

02/2004

lww info

ZEITSCHRIFT DES LANDESWOHLFAHRTSVERBANDES HESSEN

nachricht · bericht





Foto: Fotostudio Lengemann

Behindertenhilfe für die Zukunft finanzierbar gestalten

Liebe Leserinnen und Leser,
liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter,

am 17. März hat die Verbandsversammlung des LWV einstimmig den Haushaltsplan für das Jahr 2004 verabschiedet. In den Debattenbeiträgen der Redner wie auch in den Ausschussberatungen kam der Wille aller Fraktionen in der Verbandsversammlung zum Ausdruck, beim Beschluss über den LWV-Haushalt die gegenwärtig katastrophale Finanzlage der Kommunen nicht außer Acht zu lassen. So fand die ergänzende Mitteilung des Verwaltungsausschusses, in einem Haushaltsjahr, in dem Landkreise und kreisfreie Städte einem Finanzkollaps nahe sind, zu einer verantwortbaren Entlastung der Träger des LWV beizutragen, einhellige Zustimmung. Der verabschiedete Haushalt weist nun gegenüber dem im vergangenen Dezember eingebrachten Entwurf um 22,8 Mio. € verringerte Einnahmen aus der Verbandsumlage aus. Je nach Finanzkraft können die hessischen Landkreise und kreisfreien Städte nun in ihren eigenen Haushalten zwischen 300.000 und 3,4 Mio. € mehr verfügen. Das sind natürlich keine Riesenbeträge, aber hilfreiche Beiträge zur Erfüllung wichtiger kommunaler Aufgaben. Allen Haushaltsrednern lag ein Ausblick auf das kommende Jahr am Herzen: Nach der vollständigen Auflösung der Rücklage kann nämlich eine nennenswerte Zuführung an den Haushalt zur Verstetigung der Umlagehöhe nicht mehr eingesetzt werden. Auf die Träger des LWV kommt deshalb im nächsten Jahr ein deutlich höherer Umlageanteil zu. Auch mir liegt viel daran, auf diese Entwicklung frühzeitig und deutlich hinzuweisen.

IMPRESSUM

LWV-Info. Zeitschrift des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen

Herausgeber:

Landeswohlfahrtsverband Hessen
Öffentlichkeitsarbeit – Pressestelle
Ständeplatz 6 – 10, 34117 Kassel
Tel.: (05 61) 10 04 – 22 13 / 23 68 / 25 36
Fax: (05 61) 10 04 – 26 40
pressestelle@lww-hessen.de
<http://www.lww-hessen.de>

Redaktion:

Jörg Daniel (jda) (verantw.)
Rose-Marie von Krauss (rvk)

Redaktionsmitarbeit:

Monika Brauns (mbr)

Satz und Druck:

Grafische Werkstatt von 1980 GmbH,
Kassel

Redaktionsschluss: 3. Mai 2004
Nächster Redaktionsschluss: 2. August 2004

Gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Papier.

Nachdruck von Beiträgen dieser Zeitschrift, Vervielfältigung, Übersetzung, Vortrag, Funk- und Fernsehsendung, elektronisches Publizieren sowie Speicherung in Datenverarbeitungsanlagen – auch auszugsweise – sind nur unter Angabe der genauen Quelle und gegen Übersendung eines Belegexemplares gestattet.

2005 beginnt auch die Laufzeit der neu abgeschlossenen Vereinbarung zum Betreuten Wohnen für Menschen mit Behinderungen, die dem LWV für vier Jahre die alleinige Zuständigkeit für diese Aufgabe überträgt. Die Finanzlage der öffentlichen Hand und die demografische Entwicklung bei der Klientel des LWV gebieten, damit auch weitere Potenziale zur Kostendämpfung zu erschließen, sofern sie mit den anerkannten Grundsätzen einer humanen und integrationsfördernden Behindertenhilfe vereinbar sind. Der weitere Ausbau des Betreuten Wohnens für behinderte Menschen wird uns bei diesen Zielsetzungen ein gutes Stück voranbringen. Das beim LWV konzentrierte fachliche Know-how wird es uns in der Zukunft ermöglichen, weitere betriebswirtschaftliche Steuerungsinstrumente zu entwickeln und einzuführen, die der Finanzierbarkeit der Eingliederungshilfe dienen. Dies ist ein aus der desaströsen Finanznot geborenes Ziel, das jedoch bei Weitem nicht ausreichen wird, die wiederholte Forderung nach einer gesetzlichen Grundlage für die Eingliederungshilfe außerhalb der kommunalen Sozialhilfe zu ersetzen. Dazu soll künftig ein Ranking-System für Pflege- und Tagessätze bei den Leistungserbringern, also den Einrichtungen der Wohlfahrtspflege, ebenso beitragen wie interne, zum Beispiel nach Regionen gestaffelte Leistungs- und Kostenvergleiche. Durch enge und effiziente Abstimmungen zwischen der zentralen Steuerungsebene beim LWV und den örtlichen Sozialbehörden in den Kreisen und Städten wollen wir künftig noch stärker in der Lage sein, den örtlichen Bedarf exakt zu fassen. Der Fuldaer Landrat Fritz Kramer hat in der Haushaltsdebatte die Ausgleichsfunktion des LWV in Erinnerung gerufen. Sie soll verhindern, dass sozialpolitische Entwicklungen in diesem Land auseinander laufen. Allen Verantwortlichen beim LWV ist sie nach wie vor Maxime ihres Handelns.

Ihr

Lutz Bauer



Haushalt 2004 einstimmig verabschiedet: Verbandsversammlung am 17. März 2004 (siehe Seite 12). Foto: Jörg Daniel



Walter-Picard-Preis 2004 verliehen (siehe Seite 20). Foto: Dieter Becker



sancura BKK mit Ernährungsberatung in Kassel (siehe Seite 46). Foto: Tanja Partosch

Kurz notiert _____	4
Kostenanstieg für Kommunen 2004 gebremst _____	12
<i>Verbandsversammlung verabschiedet LWV-Etat 2004 einstimmig</i>	
Wortmeldungen _____	14
<i>Fraktionen der Verbandsversammlung zu wichtigen Themen</i>	
Die dritte kommunale Kraft _____	17
<i>Der Verband der bayerischen Bezirke</i>	
Walter-Picard-Preis 2004 _____	20
<i>Einsatz für die gemeindenahe Psychiatrie</i>	
Ziel: Ein möglichst normales Leben in der Gemeinschaft _____	22
<i>Wohn- und Pflegeheim Eltville setzt auf Wohnverbünde</i>	
Ehrensache Ehrenamt _____	25
<i>Feuerwehrmann Thomas Schmidt</i>	
Maßregelvollzug bleibt heftig diskutiertes Thema _____	26
<i>Pro und Contra Forensik in Riedstadt</i>	
Raum für Kunst _____	28
<i>Ausstellungen beim LWV</i>	
Schizophrenie – was ist das? _____	30
<i>Stimmen, die sonst keiner hört</i>	
Entgeltumwandlung _____	34
<i>Eine attraktive betriebliche Altersvorsorge</i>	
Merxhausen erste zertifizierte Klinik in Hessen _____	36
<i>Außerordentliche Leistung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter</i>	
Personalien _____	38
<i>Erfolge / Jubiläen / Ruhestand / Neue Namen / Trauer</i>	
Buchbesprechungen _____	40
Kurz notiert _____	42

Zukunft der LWV-Einrichtungen sichern



Unterschriftensammlung soll Sorgen über Zukunft der Einrichtungen ausdrücken: Manfred Rompf, Vorsitzender des Fachbereichs Gesundheit und Soziales im ver.di Landesbezirk Hessen (rechts im Vordergrund), überreichte LWV-Landesdirektor Lutz Bauer (links) zwei volle Aktenordner. Weiter beim Gespräch dabei (v. l.): Peter Lutze, Leiter des Fachbereichs Einrichtungen der LWV-Hauptverwaltung; Jörg Daniel, LWV-Pressestelle; Wolfgang Decker, Referent des Landesdirektors; Frank Lange, ver.di-Gewerkschaftssekretär; Georg Schulze-Ziehaus, ver.di Landesbezirk Hessen und Herbert Griesel, Vorsitzender der Fachgruppe Psychiatrie bei ver.di Nordhessen.

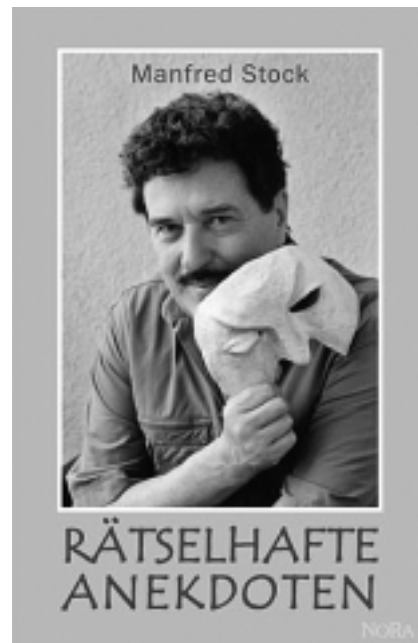
Foto: Frank Neubert

Zu einer Kundgebung hatten sich Gewerkschafts- und Personalvertreter anlässlich der März-Plenartagung der Verbandsversammlung am Kasseler Ständehaus eingefunden. Sie stand im Zusammenhang mit einem Forderungskatalog zur Zukunft der LWV-Einrichtungen, der zuvor LWV-Landesdirektor Lutz Bauer als Unterschriftensammlung unter Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern übergeben worden war. Den Unterschriftenlisten wurde ein Text vorangestellt, in dem die Beschäftigten Sorgen um den Erhalt der Arbeitsplätze äußern und in dem sie an die Fraktionen der LWV-Verbandsversammlung appellieren, die öffentliche Trägerschaft der Einrichtungen zu erhalten. Der LWV solle sich zur Tariftreue bekennen und an der Mitgliedschaft im kommunalen Arbeitgeberverband festhalten.

Er werde sich für den Erhalt der LWV-Kliniken in öffentlicher Trägerschaft einsetzen, sagte der Landesdirektor im Gespräch mit ver.di, die tariflichen Bedingungen müssten es aber erlauben, den eingeschlagenen Weg der

Modernisierung der Kliniken fortzusetzen. Die Kliniken hätten dann eine Zukunft, wenn sie Leistungsfähigkeit, Finanzierbarkeit und Wirtschaftlichkeit unter Beweis stellten. Dem Wandel im Gesundheitssystem müsse man mit einer präventiven Tarifpolitik begegnen, die nicht lediglich akute Krisen bekämpfe, wo es zu Finanzschwächen in einzelnen Kliniken komme. Der LWV-Chef forderte einen Spartentarifvertrag, der sämtliche Krankenhäuser, private wie öffentliche, einschließe. Bauer kritisierte die Haltung der Krankenkassen, die für die LWV-Kliniken keine dringend erforderlichen prospektiven Pflegesätze zuließen: „Die fast immer nachträglich genehmigten Pflegesätze bedeuten für die Kliniken ein großes finanzielles Risiko.“ Der Träger LWV habe seine Kliniken bisher erfolgreich durch den Strukturwandel geführt, trotz erheblicher Kapazitätsreduzierungen in den stationären Bereichen sei es zu keinen betriebsbedingten Kündigungen gekommen. Die Gespräche zwischen LWV und ver.di sollen in Kürze fortgesetzt werden. (jda)

„Rätselhafte Anekdoten“ jetzt auch für blinde Menschen



„Rätselhafte Anekdoten“ ist der Titel eines Buchs von Manfred Stock, das über 125 meist heiter-witzige Rätsel über Tante Emma, den Märchenkönig Ludwig II., Clown Grock, den Gartenzwerg und andere enthält. Das Buch ist jetzt zusätzlich in Brailleschrift erschienen. Dies ist lediglich bei rund 250 von 80.000 Buch-Neuerscheinungen pro Jahr der Fall. Der Autor genehmigte die Auflage und verzichtete auf das Honorar für die Blindenausgabe, um sehgeschädigten Menschen zu helfen. Die Ausgabe in Brailleschrift besteht aus zwei Bänden (310 Seiten). (Unionhilfswerk/rvk)



Zur Normalschrift-Ausgabe:
MANFRED STOCK, RÄTSELHAFTE ANEKDOTEN;
Noraverlag, Berlin; 120 Seiten;
11,90 €

Informationen über die Blindenausgabe – ob Kauf oder Ausleihe – sind bei der Deutschen Zentralbücherei für Blinde, Gustav-Adolf-Str. 7, 04105 Leipzig erhältlich.

Herzlichen Glückwunsch, Klosterspiele Merxhausen!

Auf 20 Jahre Spielzeit können in diesem Jahr die Klosterspiele Merxhausen e. V. zurückblicken. Merxhäuser Bürger, Personal und Patienten des ZSP Kurhessen führten auf der Freilichtbühne im Klostersgarten bisher 12 Stücke mit großem Erfolg auf, das 13. in diesem Jahr: „Kohlhiesels Töchter“, angelehnt an den bekannten Film mit Lieselotte Pulver (Aufführungstermine s. LWV-Info 1/2004).

Angefangen hatte alles im Jahre 1983: Das Krankenhaus feierte sein 450-jähriges Bestehen, und zu diesem Anlass wurde damals das Stück „Der Großmütige“ einstudiert – benannt nach dem Gründer des Hospitals, Landgraf Philipp der Großmütige. Das Stück wird auch bei der diesjährigen Festveranstaltung zum 500. Geburtstag von Landgraf Philipp am 11. und 12. September auszugsweise aufgeführt.

Die Aufführung im Jahr 1983 war ein solcher Erfolg, dass man beschloss, einen Verein, die „Klosterspiele Merxhausen e. V.“, zu gründen und weitere Stücke folgen zu lassen. Seither standen auf dem Spielplan:

- 1983** „Der Großmütige“
- 1985** „Bonifatius“
- 1986** „Bonifatius“
- 1989** „Die Numburger Kleinbahn“
- 1990** „Piroschka“
- 1992** „Der Schneider von Ulm“
- 1993** „Michel in der Suppen schüssel“
- 1994** „Das Wirtshaus im Spessart“
- 1995** „Rasmus und der Landstreicher“
- 1996** „Die Altweibermühle“
- 1998** „Ronja Räubertochter“
- 2000** „Das Haus in Montevideo“
- 2002** „Die kleine Hexe“

2003 „Die kleine Hexe“ und in diesem Jahr: „Kohlhiesels Töchter“

Hildegard Brabsche, die Vorsitzende der Klosterspiele, resümiert: „Der großartige Einsatz unserer Mitglieder wird belohnt: Je Spielsaison besuchen im Durchschnitt 5.000 Zuschauer unsere Vorstellungen – eine tolle Resonanz für eine Laienspielgruppe“. Mittlerweile besteht der Verein aus rund 210 Mitgliedern, darunter ca. 75 Aktive.

Im letzten Jahr wurden die Klosterspiele Merxhausen e. V. mit einem Preis ausgezeichnet: Sie erhielten für ihr großes Engagement für und mit kranken und behinderten Menschen den „Sozialpreis 2003“ der Stiftung der Kasseler Sparkasse (s. LWV-Info 3/2003). (mbr)

Hanna, die Superkuh



Im Mittelpunkt: Superkuh Hanna bei der Ehrung. Dahinter (v. l.): Georg Sczech, ehemaliger Gutsinspektor; Gero Sczech, Sohn von Georg Sczech; Marius Krummel, Mitarbeiter im Gutsbetrieb; Marco Scheffer, Gutsinspektor, und Karl-Heinz Löber, stellvertretender Betriebsleiter des ZSP Kurhessen. Im Vordergrund Paula Bruckert, die eine hölzerne Spardose in Kuhform mitbrachte.

Foto: Christina Hermann, HNA

Ausnahmsweise dürfen wir an dieser Stelle einmal aus dem Protokoll einer

Sitzung der Betriebskommission des ZSP Kurhessen zitieren: „Darüber

hinaus gab Herr Dreisbach davon Kenntnis, dass eine Kuh des Gutsbetriebes des ZSP Kurhessen eine überdurchschnittliche Lebens-Milchleistung erbrachte, indem sie mehr als 100.000 l Milch produzierte.“ In der Tat: Im Januar wurde die „überdurchschnittliche Milchproduzentin“ für ihre Lebensleistung geehrt. Präsente, Urkunden, Ehrenteller, ein lederndes Halfter mit goldener Kette – die 15-jährige Hanna, die bei der Zeremonie im Gutsbetrieb einen trotz des großen Bahnhofs eher gelangweilten Eindruck machte, schaffte somit etwas, „was nur ganz wenige Kühe schaffen“. Dies attestierte der Vertreter der Zucht- und Besamungsunion Hessen Hanna und den Gästen im Gutshof. Weit überdurchschnittliche Milchleistung, hohes Lebensalter – für Hanna noch lange kein Grund, an den Ruhestand zu denken. Ganz im Gegenteil: Im Sommer steht zum 13. Mal Nachwuchs an. (jda)

1,43 Mio. € für WfB Rhein-Main



Übergabe des Bewilligungsbescheides (v. l.): Thomas Will, Erster Kreisbeigeordneter des Landkreises Groß-Gerau; Heide Böttler, 1. Vorsitzende der WfB Rhein-Main e. V.; Thomas Rahner, Bürgermeister von Biebesheim; LWV-Landesdirektor Lutz Bauer sowie im Hintergrund Harald Kaiser, Abteilungsleiter Tagesförderstätte der WfB Rhein-Main e. V. und Cassius Hillmann, Verwaltungsleiter der WfB Rhein-Main e. V.
Foto: Burkhard Ludwig

Zwei Bewilligungsbescheide innerhalb weniger Wochen überreichte LWV-Landesdirektor Lutz Bauer an die Werkstätten für Behinderte Rhein-Main e. V. (WfB Rhein-Main). 240.000 € stellte das LWV-Integrationsamt der Solvere gGmbH, einer Tochtergesellschaft der WfB Rhein-Main, für den Aufbau einer Werkstatt mit 30 Plätzen in Rüsselsheim zur Verfügung. Dies ist die erste Werkstatt für seelisch behinderte Menschen im Landkreis Groß-Gerau.

1,19 Mio. € erhielt die WfB Rhein-Main für den dringend erforderlichen Um- und Ausbau ihres Werkstatt-Standortes Biebesheim mit 70 Plätzen.

30 Werkstattplätze für Menschen mit seelischer Behinderung

In der neuen Werkstatt der Solvere gGmbH in Rüsselsheim gibt es auf rund 720 m² Platz für verschiedene Aufgabenbereiche im Rahmen von Bürodienstleistungen wie Digitalisierung und Archivierung von Akten, Aktenvernichtung, Adressverwaltung oder auch Druck und Drucknachbearbeitung. Darüber hinaus bietet die Werkstatt einen sog. Eingangsbereich und Berufsbildungsbereich. Im Eingangsbereich wird gemeinsam mit dem einzelnen Mitarbeiter mit arbeitsdiagno-

stischen Maßnahmen geprüft, ob die Werkstatt der geeignete Rahmen für seine individuelle Teilhabe am Arbeitsleben ist. Im Berufsbildungsbereich werden die Mitarbeiter in ein- bis zweijährigen Ausbildungsabschnitten mit einem individuellen Qualifizierungskonzept beruflich fortgebildet. Die persönlichen Neigungen und Fähigkeiten des einzelnen Beschäftigten stehen dabei im Mittelpunkt.

Die neue Werkstatt ist das erste Angebot des Vereins für seelisch behinderte Menschen. Gemeinsame Planungen des LWV und der WfB Rhein-Main sehen zwei weitere Werkstätten für seelisch behinderte Menschen in Biebesheim und Mörfelden-Walldorf vor.

Dringend erforderlicher Werkstattausbau in Biebesheim nun gesichert

Die WfB Rhein-Main ist ein anerkannter Partner des LWV bei der Betreuung geistig behinderter Menschen. Sie bietet 48 Wohnheimplätze sowie 32 Plätze im Rahmen des Betreuten Wohnens. Darüber hinaus stellt die WfB Rhein-Main 257 Arbeitsplätze und 43 Plätze in der Tagesförderung in Werkstätten für behinderte Menschen zur Verfügung. Zudem ist der

Verein Träger einer Frühförderstelle. Die laufenden Personal- und Sachkosten dieser Angebote werden überwiegend vom LWV Hessen finanziert. Die öffentliche Finanznot macht sich auch in der Behindertenhilfe bemerkbar: Die Bundesagentur für Arbeit und das Hessische Sozialministerium haben ihre Zuschüsse für den dringend erforderlichen Um- und Ausbau des Standorts Biebesheim der WfB Rhein-Main gestrichen. 70 industrienahen Arbeitsplätze für Menschen mit Behinderungen wären gefährdet gewesen, da die Arbeitsbedingungen dort auf Dauer nicht mehr zu halten sind. Das LWV-Integrationsamt wird mit 1,19 Mio. € aus der Ausgleichsabgabe im Interesse des Erhalts der Arbeitsplätze die Finanzierung sicherstellen. Mit dem Betrag, den der Verein durch Eigenmittel aufstockt, können die von Bau- und Gewerbeaufsicht aufgelisteten Mängel beseitigt werden. Auch für die Produktion wird nun deutlich mehr Fläche zur Verfügung stehen.

Experten hatten einen Platzbedarf von zusätzlichen 650 m² festgestellt. Produktion, aber auch Verwaltung und Versorgung finden gegenwärtig unter zum Teil unzumutbar engen Verhältnissen statt. Sanitärräume sind unterdimensioniert, Sozialräume fehlen. Die Erweiterungspläne sehen nun den Umbau der vorhandenen Bausubstanz, aber auch die Errichtung eines neuen Gebäudes für Produktionsgruppen vor. Die Werkstätten für Behinderte Rhein-Main e. V. produzieren am Standort Biebesheim vor allem für die Lufthansa AG und die Fraport AG Frankfurt. In der Schreinerei werden sog. Kükenspacer für den Lufttransport hergestellt, die Abteilung Netzreparatur sortiert und repariert gebrauchte Frachtladeneetze.

Der Investitionsumfang für die Werkstattneubauten beträgt insgesamt voraussichtlich rd. 1,49 Mio. €. Neben dem Finanzierungsanteil des LWV bringen die Werkstätten für Behinderte Rhein-Main e. V. den Rest (300.000 €) als Eigenanteil auf. Der Finanzierungsanteil des LWV wird zum Teil als Zuschuss und zum Teil als Darlehen gewährt. (rvk)/(jda)

Offizielle Bibliotheksöffnung mit behindertengerechtem Arbeitsplatz



Horst Lipps und Sonja Bohrer vom LWV-Integrationsamt Darmstadt in der neuen Bibliothek des ZSP Bergstraße. Foto: ZSP Bergstraße

Als Gewinn für Viele bezeichnete LWV-Landesdirektor Lutz Bauer die neue Patienten- und Ärztebibliothek im ZSP Bergstraße in Heppenheim bei der offiziellen Einweihung im April. Im Rahmen der Bibliothekseinweihung wurde auch offiziell der neu geschaffene Arbeitsplatz für einen behinderten Mitarbeiter in der Bücherei seiner Bestimmung übergeben. Die Einrichtung dieses Arbeitsplatzes ist weitestgehend von der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte (BfA) und dem Integrationsamt beim LWV finanziert worden.

Die neue Bibliothek, die in drei ehemaligen Casinoräumen des ZSP untergebracht ist, fasst den Bücherbestand der verschiedenen Einrichtungsbereiche zentral zusammen. Sie ist im Wesentlichen in drei Bereiche gegliedert: Da ist zum einen die öffentliche Patientenbibliothek, die ein weites Themenspektrum vom Kriminalroman bis zum Sachbuch bietet. Hier können Patienten, Mitarbeiter und Besucher in Lesenswertem stöbern und Bücher ausleihen. In der nicht öffentlichen, sog. Ärztebibliothek

sind dagegen die medizinischen Fachbücher zentral zusammengefasst. Die Ausleihe der zum Teil sehr hochwertigen Bücher ist nur begrenzt und nur den Mitarbeitern des Hauses möglich. In einem weiteren Teil steht den Bibliotheksnutzern ein Lesesaal offen.

Die Organisation der Bibliothek – Inventarisierung der Bücher und die zentrale Ausleihe – liegt bei Horst Lipps, einem ehemaligen Krankenpfleger im ZSP. Aufgrund einer Schwerbehinderung ist er nicht mehr in der Lage, diesen Beruf auszuüben. Für Herrn Lipps wurde mit Hilfe eines beratenden Ingenieurs vom LWV-Integrationsamt ein behindertengerechter PC-Arbeitsplatz geschaffen, der auch eine Tätigkeit im Rollstuhl ermöglicht. Einen wesentlichen Teil der behinderungsbedingten Mehrkosten beim Umbau und der Ausstattung des Arbeitsplatzes sowie Schulungskosten von insgesamt 115.000 € hat die BfA finanziert, 40.000 € steuerte das LWV-Integrationsamt bei. (rvk)

Geburt und psychische Krise

Zu einer Kooperationstagung mit dem Thema „Psychiatrische Wochenbettstörungen – interdisziplinär betrachtet“ laden das Zentrum für Soziale Psychiatrie Bergstraße und der Bund Deutscher Hebammen e. V. (BDH) nach Heppenheim ein. Die bundesweite, eintägige Tagung findet am 18. Juni 2004 im Festsaal des ZSP statt und wartet mit einer Reihe aktueller Fachvorträge auf, bei denen es eingangs um Möglichkeiten und Grenzen der Hebammenbetreuung geht. Auf Symptome und Ursachen von „Baby-Blues“, postpartaler Depressionen und Psychosen geht ein weiterer Vortrag ein. Auch stellt sich die Selbsthilfeorganisation „Schatten und Licht – Krise nach der Geburt e. V.“ vor. (jda)



INFO Weitere Informationen und Anmeldungen bei:

BDH-Geschäftsstelle,
Postfach 17 24, 76006 Karlsruhe,
Tel.: 07 21 / 98 18 90

Neu erschienen

Gedenkstättenführer

Die Gedenkstätte Hadamar in leichter Sprache. Ein kurzer Gedenkstättenführer für Menschen mit Lernschwierigkeiten, gemeinsam herausgegeben vom Netzwerk People First Deutschland e. V. und dem Verein zur Förderung der Gedenkstätte Hadamar e. V.



INFO Erhältlich bei:

Gedenkstätte Hadamar,
Mönchberg 8,
65589 Hadamar,
Tel.: 0 64 33 / 91 71 72,
E-Mail: gedenkstaette-hadamar@lww-hessen.de (jda)

Studie beleuchtet Rolle des Bezirksverbandes Nassau bei NS-„Euthanasie“-Verbrechen



Buchvorstellung in Wiesbaden (v. l.): Landesdirektor Lutz Bauer; Dr. Klaus Eiler, Leiter des Hessischen Hauptstaatsarchivs (verdeckt) und Dr. Peter Sandner, Autor der Studie.

Foto: Christina Vanja

Die Beteiligung führender Akteure des Bezirksverbandes Nassau an den NS-„Euthanasie“-Verbrechen in den damaligen Heilanstalten in Hadamar, Eltville und Idstein steht im Mittelpunkt einer Studie, die im Februar im Hessischen Hauptstaatsarchiv in Wiesbaden vorgestellt wurde. In der Untersuchung mit dem Titel „Verwaltung des

Krankenmordes“ arbeitet Verfasser Dr. Peter Sandner, langjähriger Mitarbeiter der Gedenkstätte Hadamar und des LWV-Archivs in Kassel, erstmals den bedeutenden Anteil einer Verwaltung an den grausamen Verbrechen heraus, die an kranken und behinderten Menschen begangen wurden. Bei der Buchvorstellung hob LWV-Lan-

desdirektor Lutz Bauer hervor, dass die Arbeit einen bisher weitgehend unerforschten Bereich in den Fokus genommen habe und somit einen wichtigen Beitrag zur historischen Forschung über die Verbrechen an kranken und behinderten Menschen in der NS-Zeit insgesamt leiste.

Zwar sei die Arbeit Sandners nicht im Rahmen und als Teil seiner dienstlichen Aufgaben entstanden, sie könne aber durchaus in die umfangreichen wissenschaftlichen und gedenkstättenpädagogischen Bemühungen des LWV zur geschichtlichen Aufarbeitung der NS-Verbrechen in seinen Vorgängereinrichtungen eingeordnet werden, so Bauer. In den ersten Nachkriegsjahren noch eher vorsichtig und zurückhaltend, später aber, als die mit der Übernahme der Einrichtungen verbundene Verantwortung erkannt worden sei, entschiedener, habe der LWV in seinen Einrichtungen ein landesweites Netz an Gedenkstätten, Mahnmalen und Ausstellungen geschaffen. Die Arbeit in der Gedenkstätte Hadamar werde durch die umfangreiche Publizistik des LWV-Archivs ergänzt. (jda)

Reichsweites Zentrum der NS-Krankenmorde

Im Kern befasst sich die Arbeit mit der Rolle einer regionalen Verwaltungselite bei den NS-„Euthanasie“-Verbrechen. Die Studie, die im Spektrum der jüngeren Täterforschung zu verorten ist, arbeitet den elementaren Anteil der Verwaltung an der Mordpolitik heraus, nachdem sich die bisherige historische Forschung auf die Verantwortung der Ärzte und Pflegekräfte konzentriert hatte. Aufgrund seiner Scharnierfunktion zwischen oben (der Zentrale in Berlin) und unten (den örtlichen Anstalten) erwarb sich der Bezirksverband ein Handlungspotenzial, das er zum Schaden der Behinderten und Kranken nutzen konnte. Während andere Provinzial-, Bezirks- oder Landesverwaltungen eher „Sand im Getriebe“ waren, trieb der Bezirksverband Nassau die Mordmaschinerie zusätzlich an. Insgesamt kann die Studie zum Bezirksverband so verständlich machen, wieso einige wenige deutsche Regionen zu Zentren der NS-Krankenmorde wurden. Allein in

den Anstalten des Bezirks Wiesbaden fielen etwa 20.000 kranke und behinderte Menschen den NS-Verbrechen zum Opfer.

Überraschend ist dabei die reibungslose Kooperation von leitenden Beamten ganz unterschiedlicher Herkunft und Charakteristik: von NS-Ideologen (SS-Karrieristen) einerseits und von Verwaltungsfachleuten (Wahlbeamten aus der Weimarer Zeit) andererseits. Zwischen intentionalen und strukturellen Beweggründen traten weit weniger Konflikte auf, als die frühere NS-Forschung annahm. Vertreter beider Gruppen zogen vielmehr an einem Strang und verwickelten damit das „rassenhygienische“ Ziel der so genannten „Vernichtung lebensunwerten Lebens“ ebenso wie das machtpolitische Ziel einer wirtschaftlichen Stärkung des Verbandes. Erstmals wird die Frage beantwortet, wieso einzelne regionale Anstalts- und Fürsorgeträger sich aktiv an der Ermordung ihrer

Klientel beteiligten, obwohl dies (wegen ausfallender Pflegegelder) doch unweigerlich zum „Bankrott“ der von ihnen getragenen Anstalten hätte führen müssen: Durch Absprachen mit den zentralen Berliner Organisationen der Krankenmorde konnte der Bezirksverband Nassau sicherstellen, dass die jeweils „leer gemordeten“ Anstaltsplätze unverzüglich wieder mit Patienten aus anderen Reichsteilen belegt wurden. So entwickelte sich der Verband in den letzten Kriegsjahren, als die zentralen Gasmorde offiziell längst eingestellt waren, zu einer treibenden Kraft bei der Fortsetzung der Kranken- und Behindertenmorde.

Peter Sandner: Verwaltung des Krankenmordes. Der Bezirksverband Nassau im Nationalsozialismus (Historische Schriftenreihe des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen, Hochschulschriften Bd. 2), Gießen: Psychosozial-Verlag 2003, 788 Seiten, 35 Euro.

Fachübergreifende Schmerzversorgung in der OK Kassel



Bei der Vorstellung der neuen Schmerzversorgung in der OK Kassel (v. l.): Ursula Kieckebusch, Psychologin; Geschäftsführer Volker Horn; Dr. Klaus Böhme, Arzt für Anästhesie und Schmerztherapeut; Wulf Dieter Behnert, Arzt für Innere Medizin und Rheumatologie; Dr. Diethelm Träger, Arzt für Orthopädie und Spezielle Schmerztherapie; Dr. Siegfried Serafin, Arzt für Neurologie und Psychiatrie und Leitender Arzt der Fachklinik für Neuropsychiatrie Merxhausen, und der Ärztliche Direktor Prof. Dr. Werner Siebert (sitzend).
Foto: Alfredo Cillari

Dauernde Kopfschmerzen oder Rückenschmerzen – davon berichten immer mehr Menschen. Sie leiden unter den ständigen Schmerzen und suchen Linderung bei unterschiedlichen Ärzten. Das bedeutet oft einen Weg durch viele verschiedene Praxen mit langen Anfahrten, sich wiederholenden Gesprächen und Untersuchungen, da die Ärzte von den Bemühungen ihrer Kollegen meist nicht wissen. Für die Patienten ist dies oft zermürbend und nicht immer von Erfolg gekrönt. Einmalig in Nordhessen wurde hier ein neuer Weg beschritten, der kurze Wege, unkomplizierte Verständigung und schnellen Informationsaustausch unter den beteiligten Fachärzten verspricht: Im März eröffnete in der Orthopädischen Klinik (OK) Kassel gGmbH eine „Interdisziplinäre Schmerzversorgung“. D. h. Ärzte unterschiedlicher Fachrichtungen arbeiten hier unter einem Dach fachübergreifend bei der Behandlung von Menschen mit akuten, aber vor allem chronischen Schmerzen zusammen. Dabei sind gleich zwei LWV-Einrichtungen an diesem innovativen Konzept beteiligt. Neben der OK Kassel ist auch das

Zentrum für soziale Psychiatrie (ZSP) Kurhessen mit im Boot.

Neue Behandlungsqualität

Anhaltender Schmerz, so war bei der Vorstellung des neuen Versorgungskonzeptes zu hören, habe seine frühere Schutz- und Warnfunktion verloren und einen eigenen Krankheitswert. Daher spreche man heute von Schmerzkrankheit, die unter seelisch-psychischen, körperlichen und sozialen Aspekten behandelt werden müsse. In der OK Kassel stehen den Patienten auf rund 250 qm drei Praxen mit sechs Behandlungsräumen und weiteren Funktionsräumen offen. Dort sind zum einen der niedergelassene Anästhesist und Schmerztherapeut Dr. Klaus Böhme und der niedergelassene Arzt für Innere Medizin und Rheumatologie, Wulf Dieter Behnert, tätig. Zum anderen steht der Neurologe und Psychiater Dr. Siegfried Serafin, Leitender Arzt der Fachklinik für Neuropsychiatrie Merxhausen, im Rahmen einer Institutsambulanz des ZSP Kurhessen zur Verfügung. Diese Fachärzte werden eng mit dem bereits an der OK bestehen-

den klinischen Fachbereich Schmerztherapie unter Leitung von Dr. Diethelm Träger zusammenarbeiten. Die Fachärzte klären gemeinsam mit den Patienten die Schmerzsymptome aus den verschiedenen fachlichen Blickwinkeln ab, besprechen dann die auf den einzelnen Patienten zugeschnittene Therapie in einer Schmerzkonferenz und begleiten den Patienten während der gesamten Behandlung. Die Therapie erstreckt sich über eine weite Spanne von medikamentösen Spezialverfahren über Entspannungsübungen bis hin zu Bewegungstraining und Ernährungsberatung. Neben ihren ambulanten Sprechzeiten sind die niedergelassenen Ärzte auch für die Patienten der OK da.

„Diese sehr enge Verzahnung zwischen ambulanter und stationärer Versorgung ist gesundheitspolitisch von uns gewollt. Wir wollen sogar noch weitergehen und planen eine fachübergreifende Tagesklinik“, so Volker Horn, Geschäftsführer der OK Kassel. (rvk)

500 Jahre

Landgraf Philipp wird ein „halbes Jahrhundert“ alt? So war es in der letzten Ausgabe des LWV-Infos zu lesen. Für 50 Jahre ist der Mann aber verdammt konservativ gekleidet, wird sich so mancher unvoreingenommene Leser gedacht haben. LWV-Info war wohl gedanklich noch ganz dem LWV-Jubiläum verfangen, so hat sich dieser kleine Denkfehler eingeschlichen. Die Wahrheit kennen Sie: Philipp der Großmütige, Landgraf von Hessen und Begründer der Hohen Hospitäler, wurde am 13. November 1504, also vor einem halben Jahrtausend geboren. Im September feiert ihn auch der LWV, bei einer gemeinsamen Veranstaltung mit dem Landkreis Kassel und dem ZSP Kurhessen an historischer Stätte. (jda)

Uwe Brückmann besucht Nieder-Ramstädter Diakonie



Uwe Brückmann (r.) in der Mühlthalwerkstatt im Gespräch mit zwei Werkstattbeschäftigten und der Mitarbeiterin Katrin Otto (verdeckt).
Foto: NRD

Uwe Brückmann, Erster Beigeordneter des LWV, fuhr im März zu einem Informationsbesuch nach Mühlthal zur Nieder-Ramstädter Diakonie (NRD), die ein anerkannter Partner des LWV bei der Betreuung geistig behinderter Menschen in Südhessen ist. Im Anschluss an eine Besichtigung verschiedener Einrichtungsteile diskutierte Uwe Brückmann mit dem Vorstand der NRD, Pfarrer Wilhelm Weiland, Walter Diehl und Christoph Maurer über notwendige Entwicklungen und Perspektiven für die Zukunft von Behinderteneinrichtungen und die besonderen Pläne der NRD.

Differenziertes Angebot

Der LWV hat mit diesem Träger der Behindertenhilfe differenzierte und bedarfsorientierte Angebote vereinbart. So ist die NRD derzeit u. a. Träger von 70 anerkannten Plätzen im Betreuten Wohnen, 573 anerkannten Plätzen im Wohnheimbereich für erwachsene Menschen – davon wurde für 12 Menschen ein autistengemäßes Angebot geschaffen. In der Werkstatt für behinderte Menschen

mit 447 und der Tagesförderstätte mit 13 Plätzen arbeiten die Hilfeempfänger an Werktagen. Es werden zudem 45 Plätze im Wohnbereich für Kinder und Jugendliche vorgehalten und es gibt eine Schule für Praktisch Bildbare, für die 140 Plätze vereinbart sind. Außerdem ist die NRD Träger ambulanter Angebote wie des Familienentlastenden Dienstes und einer Frühförderstelle. Den überwiegenden Teil der laufenden Personal- und Sachkosten pro Jahr finanziert der LWV. Der größte Teil der Angebote befindet sich noch am Kernstandort in Mühlthal. Aktuelle Planungen der NRD zielen auf eine gemeindenahere Versorgung ab. So sind, um eine herkunftsnahe Betreuung zu ermöglichen, Neubauten von Wohnheimen in Groß-Bieberau, Griesheim, Mörfelden und Erbach geplant. Die entsprechenden Plätze werden am Kernstandort in Mühlthal abgebaut. Außerdem soll die überbelegte Tagesförderstätte am Kernstandort Mühlthal durch zwei neue Tagesförderstätten in Groß-Bieberau und Erbach entlastet werden. (rvk)

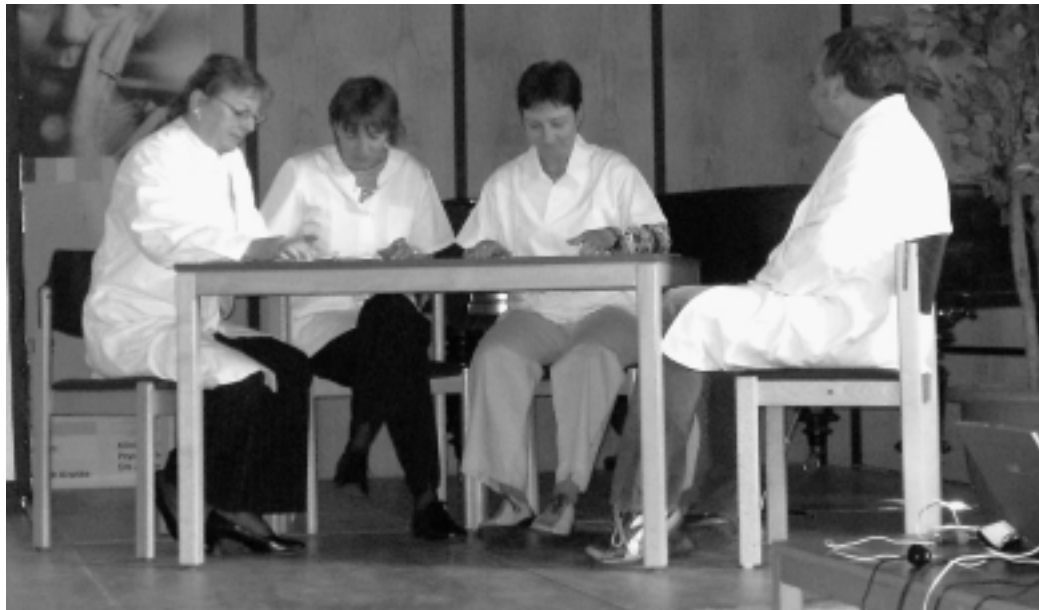
Bad Emstaler Pflegesymposium zum 10. Mal

Auf ihr kleines Jubiläum waren die Organisatoren des Bad Emstaler Pflegesymposiums mit Recht stolz: Zum 10. Mal wandten sich Vortragende und Teilnehmer grundsätzlichen und aktuellen Themen der psychiatrischen Pflege zu. Über 14 Jahre hinweg ist der Teilnehmerkreis stetig gewachsen: Ende April kamen mehr als 150 Frauen und Männer vom Fach im Festsaal des ZSP Kurhessen zusammen, um unter dem Motto „Psychiatrische Pflege – zurück aus der Zukunft?“ auch einen Rückblick auf Entwicklungen in der psychiatrischen Krankenpflege seit der Psychiatrie-Enquete zu werfen.

So stand die Professionalisierung des Pflegepersonals im Mittelpunkt des einleitenden Vortrages von Burkhard Tropper, leitender Stationskrankenschwester im ZSP, der wichtige Themen vergangener Symposien Revue passieren ließ, die zugleich die Entwicklung des Berufsstandes markierten. Die Verbesserung pflegefachlichen Handelns und rechtliche Grundlagen der Pflegedokumentation nannte er als gravierende Veränderungen im Arbeitsfeld der psychiatrischen Pflege. Er wie auch Krankenpflegedirektor Dieter Sommer betonten, dass in der Mitarbeiterentwicklung ein Schlüssel zur Zukunftsfähigkeit der psychiatrischen Kliniken liege. Teil des Qualitätsmanagements, übernehme die innerbetriebliche Fortbildung die Rolle einer gezielten Mitarbeiterentwicklung, wobei auch Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz berücksichtigt werden müssten. Im ZSP Kurhessen, so Sommer weiter, arbeite eine Projektgruppe an Bedarfsanalysen und erstelle Anforderungsprofile, um eine kontinuierliche Förderung der Mitarbeiter sicherzustellen. Über „Pflegediagnosen: Aufbau, Einführung und Praxis“ berichtete Pflegewissenschaftler Stephan Wolff. „Wenn Mitarbeiter aus der psychiatrischen Krankenpflege professionell behandeln möchten, müssen sie die Gesundheitsprobleme ihrer Patientinnen

und Patienten treffend beschreiben können und begründen, warum sie die jeweiligen Pflegemaßnahmen ausgewählt haben.“ Dazu stellte Wolff verschiedene Klassifikationen von Pflege diagnosen auf und erklärte anhand von praktischen Beispielen deren Umsetzbarkeit in der Psychiatrie. Aufgelockert wurden die Beiträge am Vormittag von szenischen Darstellungen. Die Situation der Dienstübergaben einsetzt, die Therapiekonferenz jetzt und die „Psychiatrie-Hotline“ der Zukunft reflektierten mitunter mit Humor Situationen aus dem beruflichen Alltag. Acht Werkstattgespräche am Nachmittag dienten der weiteren Vertiefung aktueller Themen.

Anita Wisenfeld-Ledderhose/(jda)



Sich selbst wiedererkennt: Szenen aus dem Alltag der psychiatrischen Krankenpflege.

Foto: ZSP Kurhessen

Radfahrtipps vom Profi



Zumindest äußerlich schon fast wie ein Profi – Gespannt folgen Kinder der Johannes-Vatter-Schule in Friedberg den Tipps des Berufsradrennfahrers Bert Grabsch vom schweizerischen Team „Phonak Hearing Systems“.

Foto: Heßler (Wetterauer Zeitung)

Am 1. Mai war der deutsche Radprofi Bert Grabsch mit seinem Team „Phonak Hearing Systems“ aus der Schweiz unterwegs beim Radsport-Klassiker „Rund um den Henninger-Turm“. Einige Tage zuvor unterbrach der erfolgreiche Pedalen-Routinier seine Vorbereitungen, um 18 interes-

sierten Schülerinnen und Schülern der Johannes-Vatter-Schule in Friedberg für ein Rad-Sicherheitstraining zur Verfügung zu stehen. Praktische Tipps und Tricks, wie man sich im Verkehr auf dem Zweirad sicher bewegen kann, nahmen die fahrrad-begeisterten Kinder mit nach Hause,

erfuhren aber auch Einiges über den Werdegang Grabschs vom Amateur zum Profi wie auch über die so wichtige Teamarbeit während eines großen Radrennens. „An unserer Schule wird Verkehrserziehung ernst genommen“, bekräftigte Schulleiterin Maria Wisnet. Sicherheit im Straßenverkehr sei gerade für schwerhörige Kinder außerordentlich wichtig, Verkehrssicherheitstrainings führe man daher regelmäßig durch. Neben den vielen Fragen, die Bert Grabsch geduldig beantwortete und manchem Auto-grammwunsch wurde es dann auch ganz praktisch: Auf einem mit Hindernissen gespickten Parcours konnten die Kinder ihre Fahrsicherheit unter den Augen des Profis unter Beweis stellen und merkten schnell: „Schnell fahren kann jeder“ – aber schnell heißt nicht automatisch sicher. Zwei Tage später dann war neben der Sicherheit auch die Geschwindigkeit gefragt: Das Team des Schweizer Hörgeräteherstellers startete unter dem Motto: „Wir fahren für besseres Hören“ – und war am Ende schnell **und** sicher im Ziel. Mehrere Teamkollegen von Grabsch belegten vordere Plätze. (jda)

Kostenanstieg für Komm aber: Rücklage wird „au

Verbandsversammlung verabschi

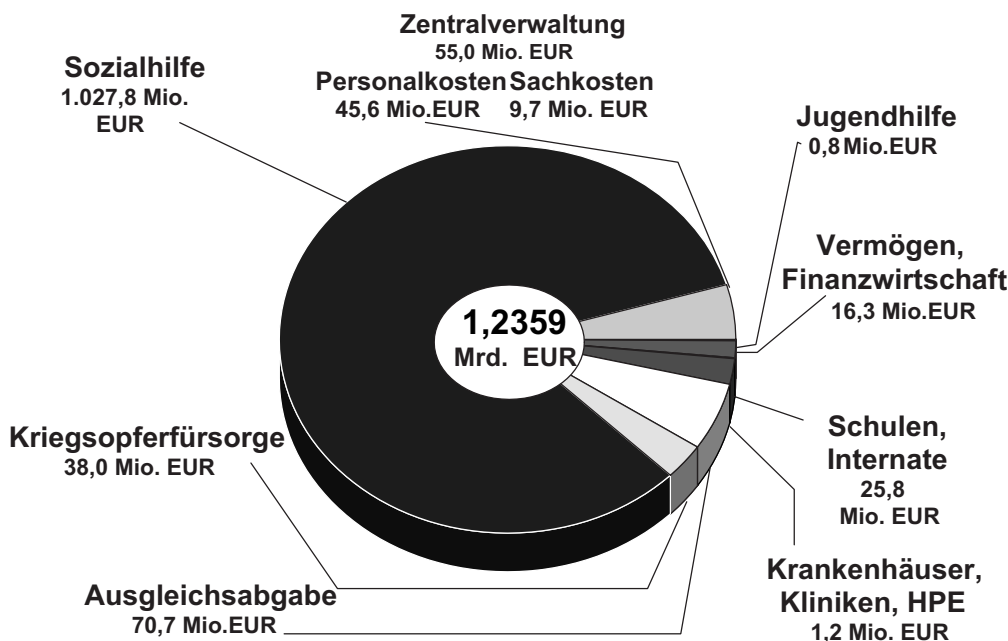
Der Hebesatz der Verbandsumlage für den LWV Hessen bleibt im Jahr 2004 unter 15 %. Landkreise und kreisfreie Städte werden somit gegenüber dem im vergangenen Dezember eingebrachten Entwurf in einer für sie finanziell katastrophalen Lage um fast 23 Mio. € entlastet. Das beinhaltet der im März von den Abgeordneten der LWV-Verbandsversammlung einstimmig beschlossene

Haushalt für das Jahr 2004. Um die Kommunen entlasten zu können, werden der Rücklage des Verbandes rund 21 Mio. € mehr als bisher vorgesehen entnommen. Dieser Betrag war der Rücklage zuvor aus Kassenresten des Vorjahres (aufgelöste Rückstellungen) zugeführt worden. „Auf diese Weise kann der LWV einen kleinen Teil der Last, die den Kommunen in diesem Jahr aufgebürdet wurde, mit-

tragen und gleichzeitig am Leitbild der Teilhabe behinderter Menschen an der Gesellschaft festhalten“, sagte LWV-Landesdirektor Lutz Bauer anlässlich der Plenartagung der LWV-Verbandsversammlung, des Hessischen Sozialparlamentes.

Trotz zahlreicher Veränderungen im Detail weist der erstmals von LWV-Kämmerer und Erstem Beigeordneten Uwe Brückmann eingebrachte Haushaltsplan nach wie vor den größten Sozialhilfeeat des LWV aller Zeiten auf: Mehr als 1 Milliarde Euro muss 2004 für die überörtliche Sozialhilfe – das ist ganz überwiegend die Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen – ausgegeben werden. Vor allem steigende Fallzahlen – in 2004 werden in 53.003 Fällen behinderte Menschen Leistungen durch den LWV erhalten – bei leicht erhöhten Entgeltsätzen der Leistungserbringer lassen den Haushaltsbedarf des Verbandes erneut anwachsen. Zwar steigt der Hebesatz, der zur Ermittlung der Verbandsumlage angesetzt wird, nun von 13,99 auf 14,99 %, wegen der kommunalen Steuerschwäche verändern sich die Einnahmen aus der Verbandsumlage aber nur leicht: Mit rund 819,9 Mio. € fließen dem Kommunalverband in 2004 für seine sozialen Aufgaben von Landkreisen und

Ausgaben 2004



Gratik: LWV-Finanzverwaltung

unten 2004 gebremst, sgekehrt“

edet LWV-Etat 2004 einstimmig

kreisfreien Städten etwa genauso viele Mittel zu wie im Jahr 2000.

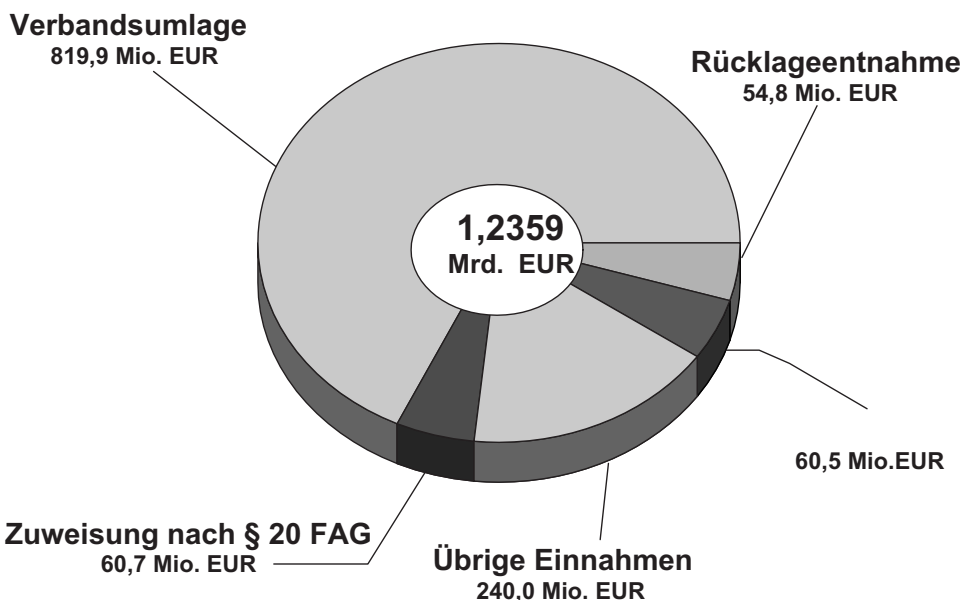
Kostendämpfung durch Betreutes Wohnen

„Mit dem vollen Einsatz der Rücklage kehren wir unsere Rücklagenbestände in diesem Haushaltsjahr aus“, erläuterte der Erste Beigeordnete die Finanzsituation. Im Haushalt für 2005 könne die Verbandsumlage dann nicht mehr durch eine Rücklagenentnahme abgedeckt werden. Die Träger des LWV müssten sich für 2005 auf eine deutlich höhere Verbandsumlage vorbereiten. Die Verstärkung der vergangenen Jahre könne nicht mehr fortgesetzt werden, weil es auch in 2005 erneut einen Anstieg bei den Fallzahlen gebe.

Doch nicht nur Belastendes sieht Brückmann für die Zukunft: „Die neue Vereinbarung zum Betreuten Wohnen wird uns in die Lage versetzen, in den kommenden Jahren mit ganzer Kraft an einer wirkungsvollen Kostendämpfung bei den sozialen Transferkosten zu arbeiten.“ Bereits 1986 bis 2004 habe das Betreute Wohnen den Kommunen Einsparungen von rund einer halben Milliarde € gebracht, da in vielen Fällen eine Heimunterbringung vermieden werden konnte. Gemeinsam forderten Bauer und Brückmann die Solidarität von Land und Bund für die gesellschaftliche Aufgabe der Integration behinderter Menschen ein: Die gemeinsame Verantwortung erlaube keinen weiteren Rückzug aus der Finanzierung der Eingliederungshilfe, wie es in den vergangenen Jahren

Grafik: LWV-Finanzverwaltung

Einnahmen 2004



festzustellen gewesen sei. Vielmehr sei eine gerechte Lastenverteilung zwischen Kommunen, Land und Bund erforderlich.

Änderungsanträge beschlossen

Nach der ersten Lesung im Dezember des vergangenen Jahres wurde der Etat mit seinen Anhängen ausführlich in Fachausschüssen und Fraktionen des LWV beraten. Aus den parlamentarischen Beratungen ging ein gemeinsamer Antrag der Fraktionen von SPD, CDU und FDP hervor, der im Plenum Zustimmung erhielt. Danach sollen zunächst 10.000 € für die Restaurierung historischer Aktenbestände aus dem 16.

und 17. Jahrhundert eingesetzt werden, die in Haina und Riedstadt lagern. Auch schloss sich eine Mehrheit des Hessischen Sozialparlamentes dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN an, Finanzvorteile des Erneuerbare-Energien-Gesetzes zu nutzen. Dazu soll der Verwaltungsausschuss prüfen, ob auf LWV-eigenen Gebäuden Anlagen zur Fotovoltaik errichtet werden können. Ein dritte Zusatzvorlage schließlich ermöglicht es 2004, zum Abbau von Arbeitsrückständen befristet zusätzliches Personal einzusetzen. Die Vorgabe der Parlamentarier für den Personalhaushalt, diesen mit einer „schwarzen Null“ abzuschließen, bleibt aber bestehen. (jda)

WORTMELDUNGEN

Die Fraktionen der Verbandsversammlung zu wichtigen Themen

Haushalt 2004 – Aus den Redebeiträgen der Verbandsversammlung vom 17. März 2004



LWV sichert kommunale Solidarität

Entgegen manchmal oberflächlich außerhalb des Verbandes geäußelter Ansichten hat der Verband – wir können dies gemeinsam mit einem gewissen Stolz feststellen – durch moderne Managementsysteme, durch Controlling, durch permanente Suche nach wirtschaftlicheren Lösungen in den letzten Jahren Millionen eingespart. Dies wird auch daran deutlich, dass die Stellen bei der Zentralverwaltung seit Jahren unverändert bleiben, während die Fallzahlen gleichzeitig um mehrere tausend Hilfeempfänger angestiegen sind. Der Personalkostenanteil an der Verwaltung beträgt beim LWV gerade noch 3,73 %. Die erfolgten Umstellungen der Krankenhäuser zu Zentren für Soziale Psychiatrie, die rechtliche und wirtschaftliche Neuorientierung der Einrichtungen haben dazu geführt, dass dort Verluste drastisch reduziert, ja schwarze Zahlen erwirtschaftet wurden und inzwischen Rücklagen für betriebswirtschaftliche Risiken vorhanden sind. Hier macht es Sinn, sich darauf zu verständigen, eine einheitliche Rechtsform für alle diese Einrichtungen einzuführen. Hierüber wird in der Verbandsversammlung noch zu einem späteren Zeitpunkt, nach Vorliegen weiterer Erkenntnisse, zu entscheiden sein.

Mit dem Rückgang der Finanzausweisung nach § 20 FAG sinkt der Anteil des Landes Hessen an der Gesamtfinanzierung weiter, während die zwangsläufig weiter ansteigende Restfinanzierung durch die kommunale Seite sicherzustellen ist. Dies kann so auf Dauer nicht fortgesetzt werden, da die Kommunen dazu finanziell nicht mehr in der Lage sind. Wenn dann hinzukommt, dass durch die vom Land durchgeführte „Operation sichere Zukunft“ insbesondere präventive Maßnahmen, die beispielsweise weitere Fallzahlanstiege verhindern oder abschwächen könnten, aus rein finanziellen Erwägungen gestrichen werden, so sollte jedem bewusst sein, dass der LWV Einrichtungen, wie beispielsweise Psychosoziale Kontakt- und Bera-

tungsstellen, zwar weiterhin im Umfang des vorigen Jahres fördert, aber nicht in der Lage ist, finanziell für das Land Hessen einzuspringen. Diese Aussage des Kämmerers, Herrn Brückmann, möchte die SPD-Fraktion in vollem Umfang so unterstreichen.

Wir fordern die Kommunen zu solidarischem Handeln im Interesse der behinderten Menschen auf und hoffen, dass nicht Streit und Zank über die Frage, inwieweit die Delegation von Aufgaben des LWV auf die Kommunen finanzielle Vorteile brächte, entsteht. Tatsache ist, dass es bei einer Dezentralisierung von Aufgaben vom LWV auf die kommunale Seite einzelne kommunale Träger gäbe, die finanziell davon profitieren, dass es aber viele andere gäbe, die finanziell völlig überfordert wären und in deren Bereich dann zwangsläufig für behinderte Menschen bestimmte Einrichtungen und Versorgungsmöglichkeiten nicht mehr angeboten werden könnten. Dies wäre letztendlich eine Lösung zu Lasten der behinderten Menschen. Die ausgleichende Funktion des LWV war ursächlich für seine Gründung. Nachweislich erfüllt der LWV seine Aufgaben wirtschaftlicher als vergleichbare Institutionen.

Norbert Leber
Stellvertretender Fraktionsvorsitzender
und haushaltspolitischer Sprecher



Akzeptanz des LWV neu sichern

Wir haben uns entschlossen, zur Finanzierung dieses Haushalts die Rücklagen auszukehren. Wir wissen schon heute, dass die Umlage des nächsten Jahres wegen des gewaltigen Mehrbedarfs einen Sprung von etwa zwei Punkten auf über 17 Prozentpunkte machen wird. Wenig Fantasie gehört bei jedem von uns dazu, sich vorzustellen, dass das Echo bei den Trägern des Verbandes von Unverständnis über Empörung bis zur Wut gehen wird. Man wird hartnäckiger als je zuvor von uns als den Mitgliedern der Verbandsversammlung wissen wollen: Was tut Ihr gegen die Kostenlawine, weshalb

verhindert Ihr denn nicht, dass die Umlage für uns zu einer immer schwereren Last wird?

Bei genauem Hinsehen gibt es auf unserer Seite genügend Argumente, die belegen, dass der Landeswohlfahrtsverband vielfach aus Oberflächlichkeit verkannt und missverstanden wird und dass es politisch sinnvoll wäre, sich mit ihm zu befassen.

Erstens: Ich behaupte, dass der größte Teil der Kritiker des Verbandes draußen bis heute kneift, wenn er aufgefordert wird, sich mit dem Pflichtenkreis, mit der Kostenstruktur und mit der Ausgabenentwicklung des LWV zu beschäftigen. Wir wissen alle, es ist sehr viel bequemer, sich seinen Ressentiments hinzugeben, als sich der Wahrheit zu stellen. Auf der anderen Seite bin ich ganz sicher, dass von uns aus in Sachen Aufklärung und Information noch viel mehr getan werden muss, als bisher geschehen ist.

Zweitens: Wir können mit gutem Recht geltend machen, dass wir als Landeswohlfahrtsverband Kontrolle im Sinne des Begriffs ausüben. Ich meine den Umstand, dass die Verwaltung uns heute viel ernster nimmt als noch vor einigen Jahren. Was früher absolut unüblich war, wird jetzt von uns praktiziert: Wir haben Ausgabenansätze gekürzt, wir haben die Forderung nach zusätzlichem Personal zurückgewiesen, wir haben die Budgets der Zielgruppenmanager eingegrenzt, wir haben die künftigen Kosten der Fachbereichskonzepte der jeweils aktuellen Finanzentwicklung unterworfen.

Und drittens: Eines ist unbestreitbar, und das ist bitter für einen Parlamentarier: Auf der Ausgabenseite sind wir fast machtlos. Umso mehr bemühen wir uns, etwas auf der Einnahmenseite zu erreichen. Dabei räume ich ein, dass sich eine Hoffnung zerschlagen hat: Es ist im Dezember des vergangenen Jahres im Vermittlungsausschuss nicht gelungen, einen ersten Schritt zu einem steuerfinanzierten Gesetz des Bundes in der Frage der Eingliederungshilfe zu machen. Die Bundesregierung ist darauf nicht eingegangen, aber wir haben für unser Anliegen einen Verbündeten gefunden, den wir bisher nicht hatten: Dieser Verbündete ist der Bundesrat, er verlangt von der Bundesregierung die Vorlage eines Gesetzentwurfs.

Die Akzeptanz des LWV aus vergangenerem Tun kann nicht bedeuten, dass alles beim Alten bleibt. Wir sind bereit, Zuständigkeiten zu verlagern, wenn sie anderswo besser aufgehoben sein soll-

ten. Und dies zu prüfen, halte ich für unsere Aufgabe. Aber wir wissen auch, dass der Landeswohlfahrtsverband eine Ausgleichsfunktion hat, die nicht einfach entfallen kann, weil sonst Entwicklungen in diesem Land auseinander laufen.

Fritz Kramer
Fraktionsvorsitzender und
haushaltspolitischer Sprecher



Behindertenhilfe benötigt Steuerungsinstanz

Wir können stolz darauf sein, im Bereich der Frühförderung, im Bereich der Beschäftigung und Versorgung von Menschen mit Behinderungen Standards entwickelt zu haben, auf deren Grundlage diese Menschen sich individuell entfalten können. Allerdings führt die dramatische Zuspitzung der Haushaltssituation der Träger dieses Verbandes und der gleichzeitige rasante Anstieg der Fallzahlen dazu, dass nicht nur die Haushaltssituation, sondern möglicherweise die Standards in der Versorgung von Menschen mit Behinderungen in Frage gestellt werden. Die Ursachen – insbesondere die demografische Entwicklung – bedürfen einer differenzierten Betrachtung. Wir haben – auch im europäischen Durchschnitt – einen durchaus erheblich überdurchschnittlichen Anstieg der Fallzahlen zu verzeichnen. Dieser Fallzahlanstieg wird nicht 2010 beendet sein. Er wird nach vorsichtigen Schätzungen mit Sicherheit bis 2015 weiter zunehmen. Die Krise der Gemeindefinanzen als ungelöstes Problem und die Krise der Fallzahlentwicklung als paralleles ungelöstes Problem wirken wie zwei Züge, die aufeinander zu rasen.

Und das, was passiert, hängt im Wesentlichen davon ab, wie wir damit umgehen, insbesondere wie wir als Abgeordnete des Landeswohlfahrtsverbandes den Gedanken einer humanitären Versorgung von Menschen mit

Behinderungen ins Land hinein bringen und dafür werben, dass das Selbstverständnis des LWV auch rational verstanden wird, und das, was diese humanen Aspekte anbelangt, auch inhaltlich mit getragen wird. Dieser Verband hat ja schon Vieles in der Vergangenheit gemacht – vorneweg sicher die Verwaltungsreform. Ich glaube, dass die Overheadkosten im Verhältnis zu den Volumenumsätzen tendenziell sinkend sind, das ist ein Erfolg derer, die hier politisch Verantwortung getragen haben. Aber es ist auch ein Beitrag der Wohlfahrtspflege, weil die Träger im Lande Hessen, die Menschen mit Behinderungen betreuen, auch in der Lage waren und bereit waren, diese Schritte mit zu gehen.

Aber was passiert nun in diesem Lande Hessen? Wo sind die innovativen Antworten der Politik? Wir müssen fragen: Worin besteht der tiefere Sinn der Kündigung der Vereinbarung zum Betreuten Wohnen? Wir haben ja die Jahre vorher gehört, es ist ein Erfolgskonzept gewesen hier im Lande Hessen, dieses Betreute Wohnen weiter kontinuierlich aufzubauen. So macht es wenig Sinn, vor Ablauf des Aufbaus der demografischen Entwicklung unterschiedliche Kostenträgerschaften zu schaffen. Und das Problem wird am Ende sein, dass das, was vielleicht diesen Verband wirklich ausmacht, auch – neben den humanen Aspekten – erhalten bleibt: die Steuerungsfunktion. Wir brauchen im Lande Hessen eine zentrale Landesplanung und Landeskoordination, die aus einem Guss ist. Und diese muss mindestens bis zum Jahre 2015 gehen. Wir werden die Probleme nur lösen, wenn alle Beteiligten sich des Problems annehmen und gemeinsame Lösungen entwickeln, die im Kern das Selbstverständnis, die Leitmotive dieses Verbandes, seinen Gründungszweck widerspiegeln. Ihn zu erhalten, macht es Wert, diesen Verband zu erhalten.

Michael Thiele
Haushaltspolitischer Sprecher

FDP

Die Liberalen



Es gibt noch Baustellen beim LWV

In den bisherigen Redebeiträgen ist mehrfach bestätigt worden, dass die Umlageerhöhung für die Mitglieder des LWV Hessen in diesem Jahr besonders schwierig zu verkraften ist. Dabei wird allzu häufig vergessen, dass die Leistungsempfänger ausnahmslos Bürgerinnen und Bürger eben dieser Mitglieder, der Städte und Landkreise in Hessen, sind. Zwar lindert dieser Tatbestand nicht die Höhe der Umlagen, selbst wenn diese für die meisten Mitglieder entsprechend ihren Berechnungsgrundlagen nominell niedriger als im Jahre 2003 sind, aber es sollte dem Verdacht vorbeugen, der LWV Hessen leiste etwas an ein eigenes Klientel! Alle Leistungsempfänger sind Bürgerinnen und Bürger der Kreise und Städte, und die Mehrzahl der Empfänger erhält die unterschiedlichen Hilfen auch innerhalb ihrer Region. Was das Verständnis gegenüber den Kosten des Zweckverbandes LWV allerdings wiederum behindert, sind die unterschiedlichen Leistungsvoraussetzungen und in den meisten Fällen die wesentlich höheren Kosten, weil es sich beim überörtlichen Träger LWV meist um stationäre und teilstationäre Angebote handelt. In diesem Jahr wird die Umlagenhöhe letztmalig um einen Beitrag von über 50 Mio. € aus der Rücklage abgedeckt, der für das Jahr 2005 nicht mehr in derartiger Höhe verfügbar ist. Und für das Jahr 2005 sind Mehrbelastungen zu erwarten, die nicht erwarten lassen, dass die Umlagenhöhe wesentlich gesenkt werden könnte.

Wir haben mit dem Jahre 2003 nicht nur das 50-jährige Jubiläum hinter uns gebracht, sondern auch die erste Dekade nach dem sogenannten „Crash“ im Jahre 1993, der zwar auch eine einmalige Landesbeihilfe ausgelöst hat, aber auch eine Verwaltungsreform, die wir allenfalls zur Hälfte geschultert haben. Auf keinen Fall haben wir aber schon den sogenannten „eingeschwungenen“ Pfad oder Zustand des optimierten Steuerungsmodells erreicht, der ergänzend zu den Controlling-Berichten die Transparenz der Kostensteigerung erkennen und vielleicht sogar reduzieren

lässt. Es gibt noch zu viele Baustellen, und bedauerlicher Weise sind auch die sogenannten Altfälle und Arbeitsrückstände, insbesondere in den Leistungsbereichen der Zielgruppenmanagements, längst nicht aufgelöst, wie es schon vor zehn Jahren versprochen wurde. Parallel dazu lassen sich aber eine Menge unsystematischer Rückstände beobachten, die vermuten lassen, dass auch in den nächsten drei Jahren eine Steuerung der Zuwächse oder auch nur bessere Transparenz kaum erreicht werden kann.

Wenn diese schwierige Phase der Verwaltungsreform mit ihren offenen Reformprozessen überwunden werden soll, ist es erforderlich, das vorhandene Defizit an Personalsteuerung angesichts der Arbeitsrückstände, die allzu wechselhaften Personalbedarfsschätzungen angesichts neuer Aufgaben wie Grundversicherung und Übernahme des Betreuten Wohnens möglichst in diesem Jahr zu beenden, weil ein weiteres Zuwarten angesichts steigender Kosten gegenüber den Trägern nicht vertretbar ist.

Ferdi Walther
Fraktionsvorsitzender



Weg sparsamer Haushaltsführung fortsetzen

Die Hauptaufgabe als Abgeordneter dieses Verbandes sehe ich darin, für die Aufgabenerfüllung dem Leitbild unseres Verbandes entsprechend den erforderlichen Rahmen festzusetzen; dabei gilt es aber auch, die Belastungsquote für unsere Landkreise und kreisfreien Städte noch tragbar zu halten. Dieser Spagat fällt uns in der aktuellen Zeit immer schwerer. Das Verhältnis der Zuweisung nach § 20 FAG an den LWV Hessen hat sich seit 1970 umgekehrt; heute müssen Landkreise und kreisfreie Städte mehr als 70 % des erforderlichen Umlagebedarfs tragen. Eine Entwicklung, die unsere kommunale Selbstverwaltung praktisch ad absurdum führt. Aktuelles Beispiel für fehlende wegweisende Vorgaben sind auch die

mageren Ergebnisse vom Dezember 2003 im Vermittlungsausschuss in Berlin. Mit der Brille der kommunalen Familie betrachtet, muss das erzielte Ergebnis als absolut unzureichend bewertet werden. Für unseren Verband bedeuten die Ergebnisse des Vermittlungsausschusses 12,1 Mio. € Verschlechterung. Auch haben sich unsere Hoffnungen, durch die von uns geforderte Änderung des Landesblindengeldgesetzes zu massiven Kosteneinsparungen zu gelangen, nur teils erfüllt.

Der Ergänzungsvorschlag zum Haushaltsplan-Entwurf 2004 sieht einerseits positive Veränderungen zu den eingebrachten Entwurfszahlen vor, was eine Reduzierung der Verbandsumlage von 15,23 % auf 14,99 % zur Folge hat. Dabei wird aber die zusätzliche Entnahme aus der Rücklage von 21 Mio. € zum Problem. Problem deswegen, weil wir damit vorerst das letzte Stück Kuchen verteilen, was uns für den Haushalt 2005 garantiert fehlen wird. Die Situation für 2005 wird aus heutiger Betrachtung kaum einen Deut besser sein als das laufende Jahr. Es bleibt daher die Frage, wie wir uns als Verantwortliche des Verbandes die Finanzierung des Haushaltsplans 2005 vorstellen? Schon allein wegen der steigenden Fallzahlen im BSHG-Bereich einerseits und den kaum verbesserten Zahlen aus dem Kommunalen Finanzausgleich andererseits ist eine sehr schwierige Haushaltslage für 2005 zu erwarten. Daher ist damit zu rechnen, dass die Landkreise und kreisfreien Städte zu erheblich höheren LWV-Zahlungen gezwungen sein werden. Insoweit hegen wir als Fraktion gewisse Bedenken zu dieser Verfahrensweise, wollen aber zumindest auf diese Entwicklung deutlich hinweisen.

Frühzeitige Erkenntnisse sind auch Auswirkungen der Controlling-Berichte, die uns Abgeordnete gut und prägnant und relativ zeitnah über aktuelle und künftige Entwicklungen informieren. Für den Verwaltungsausschuss, für die Verwaltung und die Wirtschaftsbetriebe besteht aus unserer Sicht eine gesteigerte Verpflichtung, den eingeschlagenen Weg einer wirtschaftlichen und sparsamen Betriebs- und Geschäftsführung konsequent fortzusetzen.

Da die Zeiten so schnell nicht besser werden, sind wir alle dazu aufgerufen, die große soziale Einrichtung in Hessen, unseren LWV, durch gute, sachlich dienliche und zukunftsweisende Entscheidungen zu begleiten und letztlich auch dadurch zu erhalten.

Friedel Kopp
Haushaltpolitischer Sprecher

Die dritte kommunale Kraft

- Der Verband der bayerischen Bezirke -

Die Zukunft

In Zeiten knapper öffentlicher Kassen wird auch in Bayern regelmäßig über die Zukunftsfähigkeit des Verbandes der bayerischen Bezirke und der einzelnen Bezirke diskutiert. „Das Damoklesschwert – sonst schaffen wir euch ab – wird immer wieder geschwungen werden“, weiß Manfred Hölzlein, Präsident des Verbandes der bayerischen Bezirke. Auch aus

Auf dem Weg zu sozialen Dienstleistern – Die Höheren Kommunalverbände

Ein modernes und funktionsfähiges Sozial- und Gesundheitswesen braucht professionelle Mitarbeiter/innen und professionelle Organisationsformen. Eine wichtige Rolle in diesem Feld spielen die sog. „Höheren Kommunalverbände“, in einigen Bundesländern mit Aufgaben der überörtlichen Sozialhilfe, der psychiatrischen Versorgung und spezifischer schulischer Angebote betraut. Um sich auf die Herausforderungen der Zukunft vorzubereiten, sind diese Verbände in den vergangenen Jahren in einen umfassenden Reformprozess eingetreten, der noch anhält. LWV-Info hat über den Wandel des LWV Hessen zum sozialen Dienstleister regelmäßig und umfassend informiert. Interessant dürfte aber auch sein, wie sich die Schwesterverbände des LWV modernisiert haben, an welcher Stelle im Reformprozess sie gegenwärtig stehen. Im LWV-Info Nr. 2/2002 haben wir, unterbrochen von den „Jubiläumsausgaben“, mit einer Serie aktueller Porträts über die Höheren Kommunalverbände begonnen. Lesen Sie in dieser Ausgabe einen Bericht über den Verband der bayerischen Bezirke. Mit diesem Beitrag wird die Reihe abgeschlossen. (jda)



Der amtierende Präsident, Manfred Hölzlein (l.), der seit Dezember 2003 im Amt ist, und sein Vorgänger, Dr. Georg Simmacher, der seit Gründung des Verbandes 1979 bis 2003 Präsident war.

Foto: Wolfgang Engelmair/Bezirk Oberbayern

den eigenen Reihen werden die Forderungen nach einer Auflösung gelegentlich laut: Mitglieder des Bezirkstags sehen einen unnötigen Ballast an Verwaltung und eine unzeitgemäße organisatorische und strukturelle Ausgestaltung. Hinzu kommt der Vorwurf, dass die Bezirke keine Reformbereitschaft hätten. Auch der Bayerische Landtag setzte sich mit der Frage auseinander. Eine Anhörung im Februar 2001 zeigte jedoch, dass die gewachsenen Strukturen der Bezirke in Bayern unersetzlich und wichtig sind. Die Anhörung wurde zu einem klaren Votum für die Bayerischen Bezirke, das Staatsminister Dr. Erwin Huber auf der konstituierenden Sitzung des Verbandes im Dezember 2003 erneuerte. „Jedes Jahr werden die Diskussionen über die Zukunft der Bezirke geführt, wenn es um die Verteilung des Geldes geht. Aber allen Beteiligten ist auch klar, dass die Bezirke optimal aufgestellt und nicht ersetzbar sind“, verdeutlicht Präsident Manfred Hölzlein. Auch die Gesellschaft müsse stärker gefordert wer-

den und sich insbesondere für behinderte und pflegebedürftige Menschen einbringen, so Hölzlein.

Neue Strukturen und Leistungen

Die bekannt dramatische Finanzsituation der öffentlichen Hände, insbesondere der Kommunen wirkt sich auch auf die Bezirke aus. Die Stagnation der Wirtschaft, steigende Arbeitslosigkeit, die Krise der sozialen Sicherungssysteme bei gleichzeitig einbrechenden Einnahmen wirken sich direkt auf den kommunalen Verband aus. Auf die drängenden Fragen versucht der Verband gemeinsam mit der bayerischen Staatsregierung Antworten zu finden. Miteinander werden Lösungen gesucht und vorbereitet. In einem gemeinsamen Arbeitskreis mit dem Bayerischen Ministerium für Finanzen, dem Sozial- und dem Innenministerium werden Wege aus der Krise gesucht. Tabuthemen gibt es dabei nicht: die Aufgabe von Leistungen steht eben-

so wie die Senkung von Standards auf der Tagesordnung. Zum Beispiel wird auch diskutiert, ob die bislang geltenden Leistungen und Standards in Heimen beibehalten werden können. Bereits für Mitte des Jahres werden die ersten Ergebnisse des Arbeitskreises erwartet, die dann der Öffentlichkeit vorgestellt werden sollen.

Historie

Auf eine lange und bewegte Geschichte können die Bayerischen Bezirke, die dritte kommunale Ebene des Freistaats, zurückblicken. 1828 erließ König Ludwig I. das „Gesetz über die Einführung der Landräthe betreffend“, die die Vorläufer der Bezirke waren. Deutlich spürbar war hier der französische Einfluss, denn die „Landräthe“ sind in enger Anlehnung an den französischen Generalrat zu sehen. Die Rechte der „Landräthe“ waren eingeschränkt, sie übten nur eine beratende und kontrollierende Funktion aus. Der Monarch Ludwig I. strebte mit der Einführung der neuen Ebene eine Vereinfachung der inneren Verwaltung und einen geordneteren Staatshaushalt an. Das Verwaltungsgebiet der damaligen Kreise entspricht den heutigen sieben Bezirken. 1852 änderte sich die rechtliche Position der Kreise, sie wurden zu Vertretern der Corporation und waren somit eine juristische Person. Bedeutsam ist dabei insbesondere ihr zugestandenes Haushaltsrecht.

Mit dem Ende der Monarchie 1918 und der ersten unmittelbaren Wahl der Kreistage – die damalige Bezeichnung Kreise entspricht den heutigen Bezirken – schlossen sich diese 1919 zum „Bayerischen Kreistagsverband“ zusammen. Schwerpunkt der Arbeit war die Wahrung und der Schutz des Selbstverwaltungsrechts, das durch ein Gesetz 1919 gewährt wurde. Danach waren Gemeinden, Kreise und Bezirke Körperschaften des öffentlichen Rechts und verfügten formal über größere wirtschaftliche Freiheiten. In der politischen Realität konnten die formalen Rechte jedoch kaum umgesetzt werden.

1927 wurde die Kreisordnung reformiert, die auf dem Selbstverwaltungsgesetz fußte. Durch zahlreiche Initiativen wurde den Kreisen auch

nominell die Stellung einer „Körperschaft des öffentlichen Rechts mit dem Recht auf Selbstverwaltung“ zugestanden.

Die Gleichschaltung aller politischen Ebenen während der nationalsozialistischen Tyrannei traf auch die Bezirke. Das „Gesetz zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich“ vom 31. März 1933 und das „Gesetz zur Gleichschaltung der Gemeinden und Gemeindeverbände mit Land und Reich“ vom 7. April 1933 bedeutete die Auflösung der 1928 gewählten Kreistage. Neuwahlen fanden zwar statt, jedoch wurde jegliche Opposition verboten. Nach dem Weltkrieg konnten sich die Bezirke sehr rasch wieder in die politische Arbeit einschalten. Bereits 1946 erhielten sie als dritte kommunale Ebene Verfassungsrang. Engagierter Fürsprecher für die Bezirke war der damalige bayerische Innenminister Dr. Wilhelm Hoegner, der sich für die Belange der Bezirke einsetzte. 1953 fand die Kommunalgesetzgebung ihren vorläufigen Abschluss mit der Verabschiedung der Bayerischen Bezirksordnung. Parallel gründeten die sieben Bezirkstagspräsidenten 1954 eine Arbeitsgemeinschaft, die bis 1978 als Personalzusammenschluss bestand und die Wahrung der gemeinsamen Interessen zur Aufgabe hatte. 1979, 151 Jahre nach dem „Gesetz über die Einführung der Landräthe betreffend“, wurde der Verband der bayerischen Bezirke gegründet und als vierter kommunaler Spitzenverband dem Bayerischen Gemeindetag, dem Bayerischen Städtetag und dem Bayerischen Landkreistag gleichgestellt. Der eingetragene Verein hat seinen Sitz in der Landeshauptstadt München, das Personal der Geschäftsstelle wird gemäß der Satzung vom Bezirk Oberbayern gestellt.

Die Ära Simnacher

Der Verband der bayerischen Bezirke ist untrennbar mit dem Namen Dr. Georg Simnacher verbunden. Einstimmig wurde 1979 der damalige Bezirkstagspräsident von Schwaben zum Präsidenten des Verbandes der bayerischen Bezirke gewählt. Fast ein Vierteljahrhundert stand Dr. Simnacher an der Spitze des Verbandes, bevor der „Herzog von Schwaben“ 2003 in den verdienten Ruhestand

Zahlen und Fakten

■ **Haushalt des Verbandes**
Der Haushalt des Verbandes betrug im Jahr 2003 einschließlich des Bildungswerkes Kloster Irsee 3,2 Mio. €. Derzeit (2002) beträgt das Gesamthaushaltsvolumen aller sieben bayerischen Bezirke rund 4,1 Mrd. €. Für die psychiatrischen Krankenhäuser, in denen zirka 35.000 Patienten jährlich stationär behandelt werden, entstehen Kosten von rund 1,1 Mrd. € pro Jahr. Für behinderte, alte und pflegebedürftige Menschen in stationären und teilstationären Einrichtungen, in Heimen und Krankenhäusern wenden die Bezirke als überörtliche Träger der Sozialhilfe jährlich zirka 2,6 Mrd. € auf. Für Kultur- und Heimatpflege geben die Bezirke zirka 40 Mio. € aus, davon zirka 6,6 Mio. € für Denkmalpflege.

■ **Bildungswerk Kloster Irsee:**

Der Verband unterhält ein eigenes Bildungswerk, das Kloster Irsee.

■ **Organe des Verbandes der bayerischen Bezirke**

Das Präsidium leitet den Verband. Mitglieder sind der Präsident, der Vizepräsident, der Schatzmeister und der Geschäftsführer.

Der Hauptausschuss ist zuständig für Angelegenheiten, die ihm von der Verbandsversammlung oder vom Präsidium zugewiesen werden, außerdem bestellt er die Vertreter des Verbandes in andere Körperschaften, Verbände und Ausschüsse, er wird gebildet aus 29 Politiker/innen aus allen Bezirken Bayerns und tritt mindestens dreimal jährlich zusammen.

Die Verbandsversammlung, das oberste Organ mit 71 Delegierten, tagt jährlich und bestimmt die kommunalpolitischen Leitlinien.

■ **Mitglieder des Verbandes der bayerischen Bezirke**

Bezirk Oberpfalz
Bezirk Niederbayern
Bezirk Oberbayern
Bezirk Mittelfranken
Bezirk Unterfranken
Bezirk Schwaben
Bezirk Oberfranken

■ **Der Verband der bayerischen Bezirke hat folgende Fachausschüsse:**

Fachausschuss für Bezirksverwaltungen*
Fachausschuss für Soziales*
Fachausschuss für Psychiatrie und Neurologie*
Fachausschuss für Umweltschutz, Wasserwirtschaft und Fischereiwesen
Fachausschuss für Kultur und Jugendarbeit
Fachausschuss für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

* ständige Ausschüsse, die per Gesetz vorgeschrieben sind.

ging. In seine Amtszeit fielen wichtige Projekte der Psychiatrie, dem Gesundheitswesen und Kultur. In mehreren Modellprojekten wurde so der Ausbau von Werkstätten und Heimen für Behinderte in Schwaben in außergewöhnlicher Weise gefördert. Die Gründung der Bezirk-Schwaben-Stiftung in Günzburg hat Maßstäbe gesetzt. Auch der Ausbau der gemeindenahen Psychiatrie und die damit verbundene Regionalisierung und Dezentralisierung der Versorgung liegen Dr. Simnacher am Herzen. Einstimmig wählte die konstituierende Versammlung im Dezember 2003 den Bezirkstagspräsidenten von Niederbayern, Manfred Hölzlein als Nachfolger. Aufgrund der dramatisch veränderten Rahmenbedingungen tritt Hölzlein ein schweres Erbe an.

Aufgaben und Pflichten

Vielfältig sind die Aufgaben und Pflichten, denen die Bayerischen Bezirke nachkommen müssen. Neben den Pflichtaufgaben, die gesetzlich geregelt sind, übernehmen die Bezirke wichtige freiwillige Aufgaben. Als überörtliche Träger der Sozialhilfe tragen die Bezirke eine enorme finanzielle Last. Allein zwischen 2002 und 2003 stiegen die Kosten um 158 Mio. €. Gemeinsam mit anderen kommunalen Spitzenverbänden drängen die Bezirke daher auch auf eine Gesetzesänderung, wonach der Bund für die Kosten der Sozialhilfe aufkommt.

Ein besonderer Schwerpunkt liegt im Unterhalt der stationären, teilstationären und ambulanten Einrichtungen der Psychiatrie und Neurologie, insbesondere der zahlreichen Bezirkskrankenhäuser. Aber auch für Suchtkranke sowie Seh-, Hör- und Sprachbehinderte bieten die Bezirke Schulen, Beratungsstellen, Wohnheime an. Auch die erforderlichen Werkstätten und Wohnheime für die Eingliederung Behinderter stellen die Bezirke zur Verfügung. Zusätzlich versorgen und unterstützen die Bezirke psychisch Kranke, geistig und körperlich behinderte Menschen, Nichtsesshafte sowie weitere hilfsbedürftige Personengruppen.

Ziele des Verbandes

Im Mittelpunkt der Arbeit des Verbandes der bayerischen Bezirke steht die



Förderung und Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung. Als „Anwalt“ seiner Mitglieder tritt der Verband dem Parlament und der Regierung gegenüber. Um dieses wichtige Ziel zu erreichen, beteiligt sich der Verband aktiv an der Gesetzgebungsarbeit und leitet Initiativen und gibt Stellungnahmen zu den geplanten Rechtsnormen ein. Eine der wichtigsten, aber auch schwierigsten Aufgaben ist die Sicherstellung finanzieller Mittel, etwa im Rahmen der Verhandlungen des kommunalen Finanzausgleichs.

Die Vernetzung und die Integration des Verbandes in die politische Landschaft ist weit fortgeschritten. In über 60 Organisationen und Gremien wirken Vertreter der Bayerischen Bezirke mit, so z. B. im Krankenhausplanungsausschuss, in der Bayerischen Krankenhausgesellschaft, der Bundesarbeitsgemeinschaft der Höheren Kommunalverbände sowie der Bundesarbeitsgemeinschaft der überörtlichen Träger der Sozialhilfe und dem Landesdenkmalrat. Von großer Bedeutung ist die enge Zusammenarbeit mit den anderen drei kommunalen Spitzenverbänden in Bayern. Gemeinsam sichern sie die kommunale Selbstverwaltung in Bayern.

Nicht nur externe Aufgaben, sondern auch interne Aufgaben erfüllen die Bezirke: Gleichbedeutend neben der Außenwirkung steht die interne Arbeit. Der Verband organisiert Tagungen und Foren zum Gedankenaustausch und zur Lösung von Spezialfragen, er berät seine Mitglieder in rechtlichen Fragen und vermittelt den Kontakt zu anderen Interessengruppen und Organisationen. Regelmäßige Informationen über aktuelle Geschehnisse und Entwicklungen (z. B. kommunalpolitisch relevante Gerichtsurteile und Gesetzesinitiativen) und natürlich die Fort- und Weiterbildung des Personals runden das Leistungsspektrum ab.

Ein Stück Heimat für die Bürger

Europa wächst rasant und wird für viele Menschen dadurch unüberschaubar. Die Osterweiterung und die damit verbundenen Diskussionen werden in Bayern wegen der Grenz Nähe besonders intensiv verfolgt. 25 Staaten mit mehr als 450 Mio. Bürgerinnen und Bürgern finden sich im neuen Europa wieder. Europa ist aber auch ein Europa der verschiedenen Regionen. „Natürlich gibt es historisch gewachsene Unterschiede z. B. zwischen Nieder- und Oberbayern. Eine zentrale Aufgabe der Bezirke ist, die besondere Historie zu pflegen und zu bewahren. Volkskunde und Heimatpflege sind wichtige Kernaufgaben der Bezirke, die wir auch in Zukunft nicht vernachlässigen dürfen“, so Präsident Hölzlein. Die landschaftliche Kultur- und Heimatpflege zählt zu den freiwilligen Aufgaben der Bezirke. Facettenreich ist das Spektrum: Bildung und Wissenschaft werden ebenso gefördert wie die Denkmalpflege und die landschaftlich gebundene Volkstumspflege.

Gerade in diesen schwierigen Zeiten stellt sich für die Bezirke auch die Frage, wie sie den Bürgerinnen und Bürgern die eigenen Leistungen transparenter vorstellen kann. „Wir arbeiten und wirken in erster Linie für die gesellschaftlich Schwachen und Benachteiligten, sie kennen und schätzen uns. Viele der anderen übrigen Bürgerinnen und Bürger kennen uns nicht und wissen daher zu wenig über unsere Arbeit“, verdeutlicht Hölzlein. „Diese Berührungsgänge müssen wir auflösen und auf die Bürger stärker zugehen, denn dies ist auch eine Herausforderung für die Zukunft.“ Die Intensivierung der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit und eine erhöhte Transparenz der Arbeit sind wichtige Aufgaben der Bezirke in der Zukunft.

Henner Lüttecke

Kontaktadresse

Verband der bayerischen Bezirke
Knöbelstraße 10
80538 München
Tel.: 0 89 / 21 23 89 19
Fax: 0 89 / 29 67 06
E-Mail: h.martini@bay-bezirke.de
www.bay-bezirke.de

EINSATZ FÜR DIE GEMEINDENAHE PSYCHIATRIE:

WALTER-PICARD-PREIS 2004

GEHT AN EDELGARD NOLTING UND AN
LAIENHILFE „MITEINANDER“

Edelgard Nolting aus Frankfurt am Main und die Laienhilfe „Miteinander“ im Waldkrankenhaus Friedrichsdorf-Köppern sind die Preisträger des vom LWV Hessen gestifteten Walter-Picard-Preises, der im März zum zweiten Mal vergeben wurde. LWV-Landesdirektor Lutz Bauer überreichte bei einer Festveranstaltung im Riedstädter Philipppshospital die Urkunden an die beiden Preisträger, die sich den mit insgesamt 5.000 € dotierten Preis teilen. Der Preis wird im zweijährigen Turnus verliehen. In seiner Laudatio skizzierte Bauer das langjährige Wirken der Preisträger, die sich ganz im Sinne Walter Picards, dem früheren Bundestagsabgeordneten und engagierten Psychiatriereformer aus Offenbach, für die Stärkung der gemeindenahe psychiatrischen Versorgung eingesetzt hätten: „Mit Frau Nolting und der Laienhilfe ‚Miteinander‘ möchten wir zwei bemerkenswert engagierte und tüchtige Aktivposten im sozialpsychiatrischen Hilfesystem ehren, die sich vor allem durch ihre Mitmenschlichkeit auszeichnen.“



Ehrenamtlicher Einsatz im sozialpsychiatrischen Hilfesystem ausgezeichnet. Die Preisträger 2004 bei der Preisverleihung in Riedstadt (v. l.): Eva Bablick-Hoffmann, Sprecherin der Laienhilfe „Miteinander“ im Waldkrankenhaus Köppern; Edelgard Nolting, Vorsitzende des Vereins „Arbeitsgemeinschaft der Angehörigen, Freunde und Förderer psychisch kranker Menschen in Frankfurt“ mit LWV-Landesdirektor Lutz Bauer und Gisela Picard, Witwe Walter Picards.

Foto: Michael Spallek

Die Entscheidung sei der Jury, die unter dem Vorsitz des LWV-Chefs zusammen kam, und anschließend dem Verwaltungsausschuss des Verbandes nicht leicht gefallen: Insgesamt 18 qualifizierte Vorschläge seien eingegangen, in denen sich in vielfältiger und qualifizierter Weise beherztes Engagement zur Verbesserung der sozialpsychiatrischen Versorgung in Hessen darstelle. Mit der Vergabe des Walter-Picard-Preises, so Bauer bei der Preisverleihung, verfolge der LWV drei Ziele: Reformideen im Geiste der Psychiatrie-Enquete sollen gestärkt, der ehrenamtliche Einsatz zugunsten psychisch kranker Menschen solle gefördert und die Verdienste Prof. Walter Picards, dem Initiator der Psychiatrie-Enquete und Mitbegründer

der Aktion psychisch Kranke e. V. aus Offenbach, sollten so gewürdigt werden. Bei der Gestaltung dezentraler und offener Hilfeangebote in der Psychiatrie habe Picard, der auch Abgeordneter der LWV-Verbandsversammlung war, die Stärkung der gesellschaftlichen Selbsthilfe sehr am Herzen gelegen. Daher kämen für die Preisverleihung – wie die diesjährige Auswahl zeige – besonders herausragende Einzelpersonen wie auch Vereine „außerhalb des institutionalisierten Bereiches“ in Frage. „Wir wollen dem ehrenamtlichen Einsatz – auch stellvertretend für die vielen anderen dazu entwickelten Initiativen in Hessen – unsere Anerkennung zeigen und unseren Respekt ausdrücken“, sagte Bauer. (jda)

Preisträgerin Edelgard Nolting

Das ehrenamtliche Engagement für Menschen mit einer psychischen Erkrankung und ihren Angehörigen ist seit langem Teil des Lebens der 61-jährigen Frankfurterin. Anfang der achtziger Jahre, als ihr Sohn mit 16 Jahren psychisch erkrankte, stellte Edelgard Nolting Mängel im psychiatrischen Versorgungsangebot fest: Rehabilitationsmöglichkeiten für Jugendliche gab es kaum, Angehörige fanden wenig Unterstützung, um Familienmitgliedern bei der Bewältigung ihrer Krankheit helfen zu können. Als sehr befreiend empfand sie die Möglichkeit, an einer Gesprächsgruppe für Angehörige bei der Frankfurter Werkgemeinschaft teilnehmen zu können. Die Angehörigengruppe wurde zur Keimzelle der 1988 als eingetragenen Verein gegründeten „Arbeitsgemeinschaft der Angehörigen, Freunde und Förderer psychisch kranker Menschen in Frankfurt“, in dem Edelgard Nolting den Vorsitz übernahm und bis heute inne hat. Zuvor war sie bereits bei der Gründung des Landesverbandes Hes-

sen der Angehörigen psychisch Kranker dabei. Dort wirkt sie noch heute im Vorstand mit.

Der Frankfurter Verein übernahm in den Folgejahren vielfältige Aufgaben in der Informations-, Beratungs- und Öffentlichkeitsarbeit. Bereits nach kurzer Zeit konnten Vereinsmitglieder eine wöchentliche Telefonsprechstunde und einen monatlichen Angehörigentreff anbieten. Besonders am Herzen lag der Arbeitsgemeinschaft der Aufbau eines telefonischen Krisendienstes für Tages- und Wochenzeiten, in denen professionelle Ansprechpartner nicht oder nur sehr eingeschränkt zur Verfügung stehen. 1994 wurde auf ihre Initiative in Frankfurt ein solcher telefonischer Krisendienst eingerichtet. Die Vereinsarbeit erstreckte sich in den folgenden Jahren auch auf Weiterbildungsangebote für Familienangehörige und die Öffentlichkeitsarbeit, die sich auch an nicht von psychischen Erkrankungen betroffene Menschen richtet. Gegenwärtig ist Frau Nolting auch eine von vier Sprecherinnen der



Gemeinsam lernen, mit der Krankheit umzugehen: Edelgard Nolting aus Frankfurt.

Foto: Dieter Becker

„Fachgruppe Psychiatrie Frankfurt“. „Neben der Erschütterung über die Krankheit“, sagte Edelgard Nolting in ihrer Erwiderung auf die Laudatio, „erleben wir immer wieder, wie groß die Schuldgefühle sind.“ Sie lähmten und machten viele Angehörige selbst krank. Die Selbsthilfe unter den Angehörigen psychisch kranker Menschen ermögliche zu lernen, mit der Krankheit umzugehen, die Grenzen der Belastbarkeit zu erkennen, sich von Schuld zu befreien und sich die Hilfe zu holen, die man brauche. (jda)



„Selbstverständliche christliche Verantwortung“: Eva Bablick-Hoffmann, Sprecherin der Laienhilfe „Miteinander“ bei der Preisverleihung.

Foto: Michael Spallek

Seit gut 35 Jahren gibt es die Laienhilfe „Miteinander“ im Waldkrankenhaus Friedrichsdorf-Köppern, heute als Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie eine Betriebsstätte des ZSP Hochtaunus gGmbH. Dort unterstützen die rund 30 Frauen und Männer der Gruppe psychisch kranke Mitmenschen bei ihrem Klinikaufenthalt. 1968 im Bewusstsein um die schwierige persönliche Situation von Menschen, die

Preisträgerin Laienhilfe „Miteinander“

sich in eine stationäre psychiatrische Behandlung begeben müssen, gegründet, war es Ziel der Gründerin Gertrud Vey und ihrer Mitstreiter, ein Stück Normalität in den Krankenhausalltag zu bringen, unterschieden sich doch Behandlungsmethoden und die Ausstattung in den psychiatrischen Kliniken Ende der sechziger Jahre deutlich vom heutigen Standard. Die Laienhilfe richtete Arbeitsgruppen ein, die heute noch aktiv sind: Eine dieser Arbeitsgruppen begleitet bewegungseingeschränkte behinderte Menschen sowie verwirrte und unruhige Patienten zu Gottesdiensten. Die zweite Arbeitsgruppe übernahm die Organisation und die wöchentliche Ausleihe der Patientenbücherei. Ein weiteres Team betreibt das „Lädchen“ im Waldkrankenhaus und verkauft dort preiswerte gebrauchte Kleidung und Produkte aus der Beschäftigungs- und Arbeitstherapie. Die vierte Arbeitsgruppe schließlich veranstaltet regelmäßige Kaffeenachmittage im Sozialzentrum des Krankenhauses. Die örtlichen Kir-

chengemeinden und die Klinikseelsorger beider Konfessionen unterstützen die Arbeit der Laienhilfe seit langem, auch durch materielle Hilfe. Stellvertretend für die vielen Helferinnen und Helfer, die aus den Friedrichsdorfer Stadtteilen und seit einiger Zeit auch aus der Nachbargemeinde Wehrheim kommen, nahm die Auszeichnung deren Sprecherin, Eva Bablick-Hoffmann, entgegen. „Unser ehrenamtlicher Einsatz im Waldkrankenhaus geschieht für uns Laienhelfer im Grunde aus einer selbstverständlichen christlichen Verantwortung heraus dem Menschen gegenüber, der, aus welchem Grund auch immer, gerade nicht auf der ‚Sonnenseite des Lebens‘ steht“, sagte sie bei der Preisverleihung. Die Laienhilfe bestehe aus Teams, die selbstständig und konstant in ihrem Bereich wirkten. Die Auszeichnung sehe sie als Bestätigung deren Arbeit an: „Der Walter-Picard-Preis stärkt unsere Motivation weiterzuarbeiten.“ (jda)

Ziel: Ein möglichst normales und erfülltes Leben in der Gemeinschaft

Wohn- und Pflegeheim für Menschen mit seelischer Behinderung Eltville setzt auf Wohnverbände

LWV-Einrichtungen stellen sich vor

Die Serie „LWV-Einrichtungen stellen sich vor“ zeichnet aktuelle Porträts von Einrichtungen des LWV oder auch einzelnen Betriebszweigen. In der heutigen Folge stellt LWV-Info erstmals ein Wohn- und Pflegeheim für Menschen mit seelischer Behinderung vor. Sie gibt es in 7 Zentren für Soziale Psychiatrie des LWV. Wohn- und Pflegeheime entstanden in den neunziger Jahren, um Patienten, die sich über eine lange Zeit meist in den geschlossenen Abteilungen der psychiatrischen Krankenhäuser aufhielten, zu enthospitalisieren. Grundlage der Arbeit in den Wohn- und Pflegeheimen ist eine professionelle Betreuung, die den einzelnen Menschen sieht und diesem bedarfsgerechte Hilfen anbietet. Die Wohn- und Pflegeheime (WPH) des LWV schaffen für seelisch behinderte Menschen einen entwicklungsfördernden Lebensraum. Das WPH des ZSP Rheinblick setzt dabei auf sog. Wohnverbände, die sich wenig vom normalen Wohnen unterscheiden und in ein normales soziales Umfeld eingebettet sind. (jda)

Gabriela Deutsche ist immer noch glücklich, wenn sie an die Begegnung vor einigen Tagen denkt: Da kam ihr eine der Bewohnerinnen aus dem Wohnverbund für Menschen mit seelischer Behinderung in Wiesbaden auf dem Hof entgegen, ein köstlich duftendes Baguette unter dem Arm. „Das klingt so normal, ist aber etwas ganz Besonderes“, sagt die Leiterin des Wohn- und Pflegeheims (WPH) im Zentrum für Soziale Psychiatrie Rheinblick im Rheingau. Die Frau war selbst zum Bäcker gegangen, hatte das Brot ausgesucht und gekauft und brachte es nun als Imbiss heim



Biebricher Wochenmarkt: Zwei Bewohner des Wohnverbundes (r.) am Stand.

Foto: ZSP Rheinblick

in die Wohngemeinschaft. „Für viele Menschen hier ist das ein ganz großer Schritt“, weiß Gabriela Deutsche. „Wer die meiste Zeit seines Lebens in psychiatrischen Krankenhäusern und oft genug lange auf geschlossenen Stationen verbracht hat, für den sind solche Alltagssituationen oft nahezu unüberwindliche Hürden.“

In Rüdesheim, Geisenheim, Eltville und Wiesbaden gibt es seit einigen Jahren solche Außenwohngruppen des ZSP Rheinblick, die Menschen mit einer seelischen Behinderung über ein Wohn- und Rehabilitationsangebot größtmögliche Selbstständigkeit gewähren. „Alle Menschen, auch die so genannten ‚schwierigen‘, haben schließlich ein Recht auf ein normales und erfülltes Leben in der Gesellschaft“, betont Britta Sommer,

die Leiterin der Wiesbadener Einrichtung. Und auf den ersten Blick sind es auch ganz normale Wohngemeinschaften, die sich hier zusammengefunden haben. In Wiesbaden-Biebrich, eine Querstraße vom Rhein entfernt, leben vier Männer zwischen 30 und 50 Jahren in einem hübschen, etwas verwinkelten Häuschen zusammen. Nebenan in der Nachbarwohnung sind es drei Frauen, die weitgehend selbstständig ihren Alltag zu bewältigen versuchen. Rundherum leben „ganz normale“ Familien, Kindergeschrei hallt über den Hof. Der 51-jährige Manfred Clasen freut sich, er kennt alle Kinder beim Namen und spielt gern mit ihnen. Letzthin hat ihn sogar eine Mutter aus der Nachbarschaft gebeten, doch für eine Weile auf ihre beiden Sprösslinge aufzupassen.

„Hier will ich bleiben“

Stolz erzählt er, dass er jetzt seit vier Jahren in Biebrich wohnt: „Nur einen kleinen Rückfall hatte ich voriges Jahr.“ Eine großartige Leistung, ergänzt Astrid Oettgen, die Sozialpädagogin vor Ort, denn Clasen ist schwer krank. Die Hälfte seines Lebens hat er in psychiatrischen Einrichtungen verbracht, viele Jahre auch auf geschlossenen Stationen. Er hat massive Angstattacken, verhält sich auffällig, wenn er unterwegs ist, rennt dann plötzlich einfach los und will nur noch nach Hause, blind für den Straßenverkehr und andere Gefahren um ihn herum. „Aber hier geht’s mir so gut, hier möchte ich bleiben, bis ich sterbe“, sagt der 51-Jährige. Das Schönste in Biebrich, sagt er, sei der Mittwoch. Da geht er zum Malen zu dem Kunsttherapeuten und Sozialarbeiter Alfred Niedecken und malt großformatige Bilder oder auch kleine Aquarelle, die er zu Weihnachts- oder Osterkarten verarbeitet und verkauft.

Niedecken, der sein Atelier um die Ecke hat und mit mehreren Patienten des Zentrums für Soziale Psychiatrie arbeitet, weiß aus Erfahrung, wie gut den Menschen das Malen tut. „Man bekommt beim Malen ganz andere Informationen über sich selbst“, sagt er, „kann Ängste erkennen und anschließend über erkannte Probleme besser reden.“ Deshalb ist es ihm auch wichtig, dass gelegentlich auch Betreuer und Therapeuten bei ihm malen. Die Themen gibt er dabei nicht vor, aber gegenständlich sollte das Motiv schon sein: „Bei abstrakten Bildern kann man sich eher herausreden“, meint er mit einem Augenzwinkern. Außerdem hätten Untersuchungen erwiesen, dass das menschliche Gehirn gemalte Bilder ähnlich wie erlebte Situationen akzeptiert und in die Erinnerung aufnimmt, ein wichtiges Moment in der Therapie. Auch bei schwerst gestörten Menschen gelinge es, über Sozio- und Kunsttherapie in Kontakt zu kommen.

Einmal in der Woche ist Markttag

Die vier Männer in der Biebricher Wohngemeinschaft haben immer wieder Gelegenheit auszuprobieren, wo ihre Stärken liegen, was ihnen gut

tut. Sieben Mitarbeiter kümmern sich um die insgesamt 17 Bewohner im Wohnverbund Wiesbaden. Ihren Dienstplan erstellen sie je nach Notwendigkeit. Da gibt es Arztbesuche, zu denen sie die Bewohner begleiten, Einkäufe oder einen Theaterbesuch. Höhepunkt der Woche aber ist der Marktstand, den die Bewohner immer freitags auf dem Biebricher Wochenmarkt aufbauen. Hier verkaufen sie Pflanzen und frische Kräuter aus einer Gärtnerei der Jugendhilfe, Sekt und Wein vom Eichberg, dem Weinberg des ZSP Rheinblick, selbst gemachtes Pesto oder kunstvoll bemalte Blumentöpfe. „Da sind jede Woche viele Arbeiten nötig“, erläutert Britta Sommer, „vom Planen und Einkaufen bis zum Aufbauen des Standes und Verkaufen der Waren“.

Auch der 30-jährige Thomas Heide (Name geändert) findet da Arbeit, seit dem vergangenen Sommer lebt er in Biebrich und hat sich inzwischen in die Abrechnung eingearbeitet. Immer wieder setzt er sich an den Computer, gibt Daten für die Buchhaltung ein, hilft die Budgets der einzelnen Wohngruppen zu verwalten. Jede Wohngruppe hat einen Etat, über den sie selbst bestimmen kann. So können die Betreuer flexibel auf die Bedürfnisse der Bewohner reagieren, kleinere Anschaffungen ermöglichen oder Arbeitsbelohnungen auszahlen. Denn mit zusätzlichen Arbeiten können sich die Bewohner etwas zu ihrem Taschengeld hinzuverdienen. Tun müssen sie allerdings etwas dafür: Als Bärbel Braunfels (Name geändert) Britta Sommer um einen Vorschuss bittet, weil sie schon Mitte der Woche ihr ganzes Geld für Zigaretten verbraucht hat, empfiehlt die freundlich, doch bei der Renovierung der Wohnung zu helfen, damit könne das Taschengeld aufge bessert werden. Doch das will Frau Braunfels nicht so gern. „Ich gehe gern einkaufen, aber hier mit Pinsel und Farbe arbeiten, ach nee.“ Sie lächelt und verschwindet in ihrem Zimmer. Mitarbeiterin Rosalie pinselt allein weiter das Wohnzimmer in der benachbarten Frauen-WG.

Wichtig ist eine alltägliche Struktur

Der Tag muss für die Bewohnerinnen und Bewohner eine sinnvolle Struktur erhalten. „Der Alltag soll möglichst



Szene aus dem Alltag: Bewohnerin Bärbel Braunfels (r.) und Betreuerin Rosalie Schacht, die gerade ein Zimmer frisch anstreicht.

Foto: Doris Wiese-Gutheil

normal gestaltet werden“, sagt Britta Sommer. Das heißt, dass die Bewohner nicht „den ganzen Tag nur schlafen“ können, wie es der 36-jährige Iraner Fatih Sadegh (Name geändert) am liebsten tun würde, wie er lachend gesteht. Notwendige alltägliche Tätigkeiten wie Hilfe beim Einkaufen und Kochen wechseln ab mit gezielten Angeboten für jeden Einzelnen: das Einüben sozialer Beziehungen, eine gelingende Kommunikation, eine eigenverantwortliche Gesundheitsvorsorge, die Teilnahme am kulturellen Leben der Stadt. Alles Dinge, die für Menschen ohne Behinderung selbstverständlich sind – hier müssen sie gezielt trainiert und immer wieder eingefordert werden.

Der Begriff „Wohn- und Pflegeheim im Zentrum für Soziale Psychiatrie Rheinblick“ vermittelt zwar den Eindruck eines einheitlichen Heimes, doch die Angebote im so genannten WPH sind vielfältig. Unter dem Dach des Wohn- und Pflegeheims verbergen sich vier voneinander völlig

getrennte Bereiche, erläutert die Leiterin Gabriela Deutschle. Da gibt es eine Pflegeeinrichtung mit 28 Plätzen und acht Kurzzeitplätzen auf dem Eichberg, das Wohn- und Rehabilitationsangebot mit 60 Plätzen in Rüdesheim, Eltville, Geisenheim und Wiesbaden, ein Wohnangebot speziell für Menschen mit alkoholbedingten Hirnschädigungen mit 12 Plätzen auf dem Eichberg sowie ein Wohnangebot mit 15 Plätzen für chronisch mehrfach Abhängige in Wiesbaden. Alle Angebote richten sich individuell nach dem Bedarf der Patienten.

Für chronisch Kranke und Nicht-Angepasste

Auslöser für die Betreuung seelisch behinderter Menschen in einem Wohnverbund war 1993 der Auftrag des Landeswohlfahrtsverbandes zur Enthospitalisierung. Damals war die Forderung populär geworden, Menschen mit Behinderungen wo immer möglich besser ambulant als stationär zu behandeln. Schon zwei Jahre zuvor waren die ersten Patienten von der Krankenhausstation in eine gemeindenahere Betreuung freier Träger entlassen worden. 1993 gab es noch 197 Langzeitpatienten im Psychiatrischen Krankenhaus Eichberg. Für sie hatte sich kein passendes gemeindenaheres Angebot gefunden. Viele der Patienten hatten auch Angst vor der Veränderung und „beharrten

Wohnverbünde

Zurzeit leben 60 Menschen mit seelischen Behinderungen in mehreren Häusern und Wohnungen des WPH Eltville an unterschiedlichen Standorten. Zu jedem Wohnverbund gehört ein mobiles Team aus Sozialpädagogen, Pflegekräften, Ergotherapeuten und Hauswirtschaftskräften. Die Bewohner erhalten Unterstützung nach einem individuellen Hilfeplan. Die Wohnverbünde sind in die Gemeinde integriert. Aus der

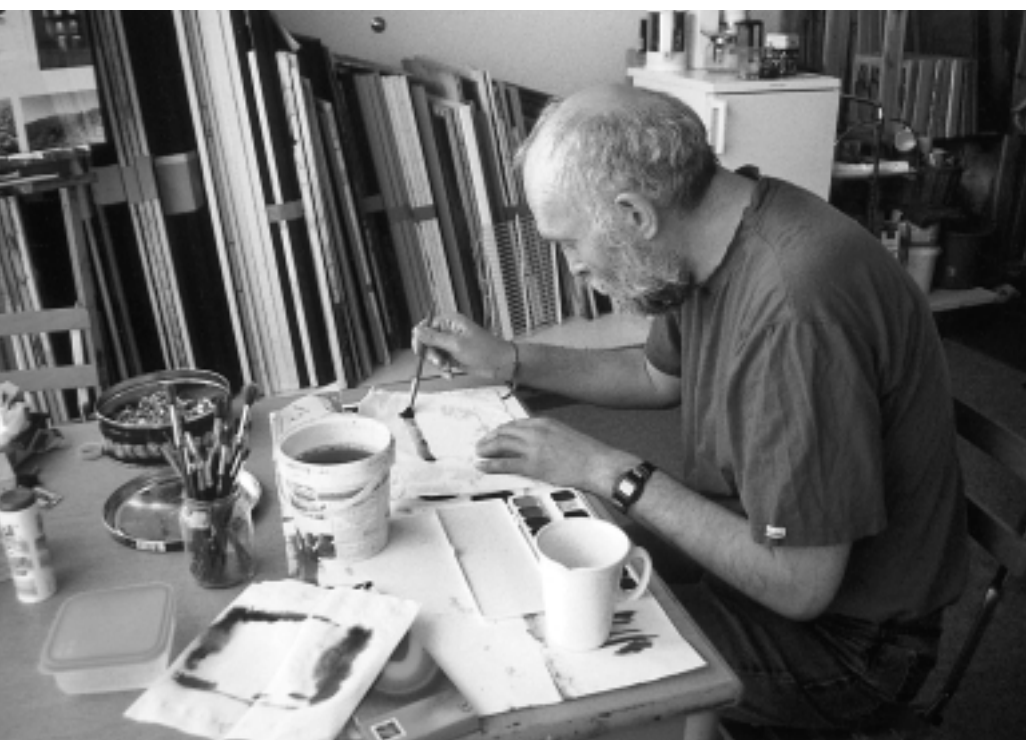
Einbindung in die Gemeinde und aus der Tagesstruktur ergeben sich für die Bewohner eine Vielzahl von Sozialkontakten. Wohnverbünde sind auch hinsichtlich des Umfangs der Betreuung flexibel: Jeder Bewohner, der mehr Selbstständigkeit entwickelt, kann ohne belastenden Wechsel des Wohnortes und des Betreuers die Versorgungsart ändern.

auf ihrem Heimatrecht“, wie es Gabriela Deutschle beschreibt. Für diese Gruppe musste ein eigenes Konzept geschaffen werden. „Das sind oft Menschen, die überall ausgeschlossen werden, chronisch Kranke und Nicht-Angepasste.“ Manchmal fragt sich Gabriela Deutschle heute noch, woher sie eigentlich damals den Mut aufgebracht haben, diese Menschen außerhalb geschlossener Anstaltsmauern unterzubringen. Doch die Bilanz ist positiv: In sieben Jahren konnten 75 Wohnplätze außerhalb des Krankenhauses geschaffen werden, davon 15 im Betreuten Wohnen. 1997 wurde, in einem ersten Schritt, mit der Pflegeversicherung eine Verein-

barung getroffen und das eigenständige Wohn- und Pflegeheim entwickelt. Dem schlossen sich Verhandlungen mit dem LWV als überörtlichem Sozialhilfeträger für die Eingliederungshilfe an.

Zielgruppe sind Erwachsene mit einer andauernden seelischen Behinderung, meist ausgelöst von einer Psychose. Die meisten von ihnen leiden zudem an schweren Hospitalisierungsschäden aufgrund des oft langjährigen Aufenthaltes in psychiatrischen Einrichtungen. Spürbar sind außerdem die Nebenwirkungen der schweren Psychopharmaka, die die Patienten über all die Jahre schlucken mussten. Wichtig ist Gabriela Deutschle, dass das Wohn- und Pflegeheim „keine Ausschlusskriterien“ kennt und sich auch keinen Doppel Diagnosen verschließt: „Das heißt, wir nehmen jeden Menschen aus der Versorgungsregion auf, wenn ein Platz frei ist.“ Und sie ist überzeugt, dass auch die so genannten schwierigen Patienten in der Lage sind, weitgehend selbstbestimmt und selbstverantwortlich in einer Wohngemeinschaft zu leben. Und wenn sich dann alle das Baguette schmecken lassen, das so ein vermeintlich hoffnungsloser „Fall“ vom Einkaufen mitgebracht hat, dann weiß die Leiterin des Wohn- und Pflegeheims wieder einmal, dass sich der Einsatz gelohnt hat.

Doris Wiese-Gutheil



Hobby hat einen festen Platz bei der Tagesgestaltung: Bewohner Manfred Classen beim Malen mit Wasserfarben.

Foto: Doris Wiese-Gutheil

Ehrensache Ehrenamt

Deutschlandweit sind nach Angaben des Familienministeriums rund 22 Millionen Menschen ehrenamtlich in Vereinen und Organisationen tätig. Ehrenamtliches Engagement in sozialen, kulturellen, umweltpflegerischen und vielen weiteren Aufgabenfeldern ist gesellschaftlich unentbehrlich.

All diejenigen, die sich dort einsetzen, verdienen Anerkennung für Ihren Einsatz. In einer Reihe stellt LWV-Info Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus den Reihen des LWV vor, die sich in ihrer Freizeit beispielhaft ehrenamtlich einbringen.

Die Feuerwehren in Deutschland schlagen Alarm: Immer weniger Menschen sind dazu bereit, sich in ihrer Freizeit für den Dienst am Nächsten zu engagieren. Weil zugleich aufgrund der Bevölkerungsentwicklung eine immer geringer werdende Anzahl junger Leute für den aktiven Feuerwehrdienst in Frage kommt, die „Alten“ den Löschtrupps aber zunehmend den Rücken kehren, könnte eine düstere Zukunftsprognose schon bald bittere Realität werden: „Stell' dir vor, es brennt, und keiner hilft ...“

Mit gutem Beispiel geht Thomas Schmidt voran, der seit 1999 als Schreiner im Zentrum für Soziale Psychiatrie (ZSP) Hochtaunus beschäftigt ist und sich ehrenamtlich in der Freiwilligen Feuerwehr der 2500-Seelen-Gemeinde Usingen-Eschbach im Hochtaunuskreis engagiert. Den Ausschlag für seine „Karriere“ als Feuerwehrmann gab ein Brandverhütungseminar, mit dem die Jugendfeuerwehr im Schulunterricht über die Aufgaben der Brandschützer informierte und nebenbei wohl auch die Gewinnung neuer Mitglieder im Auge hatte. Schmidt – wie viele seiner Altersgenossen ein glühender Verehrer des kleinen Drachen Grisus, der nichts lieber sein wollte, als Feuerwehrmann – zögerte nicht lange: Ebenso wie die Trickfilmfigur im Fernsehen meldete auch er sich zum Dienst an der Löschkanone. Das war im Jahr 1981. Bis sich der Nachwuchsfeuerwehrmann mit dem Spitznamen Thomas „Grisu“ Schmidt aber zum heutigen



Thomas Schmidt bei einem Übungseinsatz der Freiwilligen Feuerwehr Usingen-Eschbach.
Foto: Dieter Becker

Hauptfeuerwehrmann mausern würde, sollte noch einige Zeit ins Land gehen. Vorerst standen nämlich unzählige theoretische Unterrichtsstunden auf dem Programm, die seine Geduld auf eine harte Probe stellten. Dann endlich, nach schier endlosen Schulungsabenden, in denen sich Schmidt hauptsächlich mit Unfallverhütungsvorschriften vertraut machen musste, war „action“ angesagt. Denn natürlich waren praktische Ausbildungseinheiten an den Rettungsgeräten, Wettbewerbe der Jugendfeuerwehren und erste Übungseinsätze wesentlich spannender und entsprachen viel eher dem Geschmack der Jugendlichen. Hinzu kam das Freizeitangebot der Jugendfeuerwehr Eschbach, Nachtwanderungen beispielsweise oder die regelmäßig stattfindenden Zeltlager. Im Alter von 18 Jahren rückte Schmidt nach der obligatorischen Grundausbildung in die Einsatzabteilung auf. Schließlich folgten mehrere Speziallehrgänge mit den Schwerpunkten Atemschutz, Funk-sprechverkehr, technische Hilfeleistung, Verkehrsunfälle und Gefahrgut sowie eine Ausbildung zum Maschinisten.

„Ein Feuerwehrmann hat in der heutigen Zeit eigentlich schon das Zeug zum Multitalent“, meint Thomas Schmidt, der sich mit Leib und Seele dem Ehrenamt verschrieben hat. Wie sonst wäre es ihm möglich, klaglos die Vielzahl von Dienstpflichten über sich ergehen zu lassen, die regelmäßig alle 120.000 aktiven Mitglieder des Landesfeuerwehrverbandes Hessen erfüllen müssen: Übungseinsätze, Gesundheitschecks, theoretische Fortbildungsmaßnahmen, diverse Arbeitstreffen sowie Unterrichtseinheiten zur kontinuierlichen Vertiefung von Kenntnissen im praktischen Umgang mit Gerätschaften, die im Zuge des ra-

santen technischen Fortschrittes immer komplizierter werden. Die größte Herausforderung jedoch stellen die echten Einsätze dar, bei denen die Kompetenz der Rettungskräfte auch über Leben oder Tod entscheiden kann. Dabei werden den Brandbekämpfern nicht selten Höchstleistungen abverlangt, die an die Grenzen der Belastbarkeit heranreichen – körperlich wie psychisch. In der Regel handelt es sich um Brände, Verkehrsunfälle, Naturkatastrophen oder vergleichbare Notfälle, aber auch Hilfsaktionen für Tiere in Not schlagen zu Buche. Ein großes Problem sind die in großer Zahl auflaufenden Fehlalarme, die meist auf fehlerhafte Brandmeldeanlagen zurückzuführen oder das Werk rücksichtsloser Zeitgenossen sind. Werden die Mannschaften erst einmal alarmiert, beginnt ein nervenaufreibender Wettlauf gegen die Zeit: Nur wenige Minuten dürfen verstreichen, bis die Helfer am Unfallort eintreffen.

Am Beispiel der Freiwilligen Feuerwehren zeigt sich, dass es nach wie vor Idealisten gibt, die – allen Unkenrufen zum Trotz – unbeirrt ihren Dienst zum Wohl der Allgemeinheit leisten. Thomas Schmidt jedenfalls findet auch nach fast einem Vierteljahrhundert Erfüllung in der Ausübung seines aktiven Feuerwehrdienstes. Dass er dabei auf die Unterstützung seiner Ehefrau Michaela und der Töchter Marie (6) und Lisa (10) zählen kann, ist für den stellvertretenden Maschinenmeister ein Glücksfall. „Meine drei Frauen tragen ebenfalls die blaue Feuerwehruniform und haben Verständnis für meine zeitaufwändige Leidenschaft. Außerdem fängt mich meine Familie regelmäßig wieder auf, was gerade nach belastenden Einsätzen eine immense Bedeutung hat“, bemerkt der 35-Jährige dankbar.

Mit dem Stoßgebet „Heiliger Sankt Florian, verschon' mein Haus, zünd' andre an“ hofften unsere Vorfahren, dem Ungemach von Feuersbrünsten entgehen zu können. Damit diese finsternen Zeiten nicht wiederkehren, wird unsere Gesellschaft auf vielen Ebenen gefordert sein, sich künftig noch stärker für die ehrenamtlichen Helfer in den Freiwilligen Feuerwehren zu engagieren. Besondere Verantwortung tragen dabei die Arbeitgeber, die heute oft nicht dazu bereit sind, ihre Angestellten für Übungen oder Einsätze freizustellen. Dieter Becker

Maßregelvollzug bleibt heftig diskutiertes Thema

Pro und Contra Forensik in Riedstadt – Neubau in Haina in Betrieb genommen



Offene Türen für interessierte Bürger: Riedstädter beim Besuch in der forensischen Klinik in Gießen. Foto: Michael Spallek

Der vom LWV angestrebte Bau einer Klinik für forensische Psychiatrie im südhessischen Riedstadt, einem etablierten Psychiatriestandort, ist dort seit Wochen kommunalpolitisches Thema Nummer 1. Mit einer offensiven Informationspolitik hat der LWV gemeinsam mit dem ZSP Philippshospital versucht, den Vorbehalten und Vorurteilen eines Teiles der Bürgerschaft zu begegnen.

In der Hainaer Klinik haben sich die Therapiebedingungen durch die im April erfolgte Inbetriebnahme des Hauses G 2 spürbar verbessert, wenngleich die Kapazitätsprobleme dort wie auch in den anderen Kliniken fortbestehen. Für verbesserte gesetzliche Rahmenbedingungen im Maßregelvollzug hat sich der LWV in Gesprächen mit dem Bundesjustizministerium eingesetzt.

Riedstadt: Auf dem Weg zum Bürgerentscheid

Nach mehrmaligem Anlauf hatte die Riedstädter Bürgerinitiative gegen

den Bau einer forensischen Klinik schließlich Erfolg mit dem Versuch, dieses Thema zum Gegenstand eines örtlichen Bürgerentscheides zu erheben: Nach dem die ersten beiden Unterschriftensammlungen aus formellen Gründen gescheitert waren, stellte der Gemeindevorstand beim dritten Mal fest, dass die Kriterien für die Zulassung eines Bürgerentscheides erfüllt seien und legte als Termin für den Urnengang, der konsultativen Charakter hat, den 16. Mai fest. Ursprünglich ein Termin, an dem die Verbandsversammlung des LWV bereits ihren Beschluss zum Standort getroffen haben wollte. Angesichts des noch ausstehenden Beschlusses der Hessischen Landesregierung und der Möglichkeit, bis zum Termin weiter über die Aufgaben und den Betrieb einer forensischen Klinik vor Ort informieren zu können, setzte die Verbandsversammlung am 17. März ihren Beschluss auf Empfehlung des Krankenhausausschusses zunächst aus. Der Beschluss soll nun in der kommenden Sitzung am 7. Juli

getroffen werden.

Angesichts der noch immer weit verbreiteten Vorbehalte und Vorurteile wandte sich LWV-Landesdirektor Lutz Bauer mit der Bitte an die Bürgerinnen und Bürger Riedstadts, die kommende Zeit für die weitere persönliche Informationsgewinnung zu nutzen. Dabei sahen sich LWV und das ZSP Philippshospital selbst in der Pflicht, den Bürgern ein leicht erreichbares Informationsangebot zu machen. Bereits im Februar hatte der erste Besuch einer Gruppe Riedstädter Bürgerinnen und Bürger, unter ihnen auch der Bürgermeister Riedstadts, Gerald Kummer, in der forensischen Klinik in Gießen stattgefunden. Dort konnten sich die Riedstädter Bürger mit dem Betrieb einer modernen forensischen Klinik vertraut machen. Doch nicht nur Vertreter, die pro domo sprachen, standen den zum Teil durchaus kritisch eingestellten Riedstädter Bürgern zur Verfügung: Auch Gießens Oberbürgermeister Heinz-Peter Haumann, zugleich Vorsitzender des dortigen Forensikbeirates, berichtete über die Erfahrungen mit dem Maßregelvollzug aus kommunaler Sicht und beantwortete zahlreiche Fragen. Bis zum Bürgerentscheid am 16. Mai blieben Gegner wie Befürworter eines Klinikbaues aktiv und setzten sich in vielen Veranstaltungen und durch publizistische Aktionen mit dem Thema auseinander.

Neubau in Haina

Mitglieder der Betriebskommission des Zentrums für Soziale Psychiatrie Haina und des Forensikbeirates der Klinik für forensische Psychiatrie

Haina gaben im April den Startschuss für die Nutzung des neu errichteten Gebäudes G 2. Mit dem Neubau wurden die Bedingungen für Unterbringung und Behandlung verbessert, die Kapazitäten der überbelegten Klinik aber nicht erweitert. „Natürlich erfüllt uns die Inbetriebnahme des Gebäudes mit Freude. Einen ausschließlichen Grund zum Feiern gibt es mit Bezug auf die anhaltende Überbelegung in der Klinik und die Engpässe im hessischen Maßregelvollzug jedoch nicht“, gab LWV-Landesdirektor Lutz Bauer bei der gemeinsamen Sitzung beider Gremien zu bedenken. Im April 2002 sei der Grundstein für diesen Neubau gelegt worden, nach nur rund zweieinhalbjähriger Bauzeit habe man den Bau vollenden können, für Investitionen im Maßregelvollzug keine Selbstverständlichkeit, so Bauer weiter.

Im neuen Gebäude wurden Räumlichkeiten für 32 Plätze (zwei Stationen à 16 Betten) sowie bewegungs- und ergotherapeutische Angebote geschaffen. Mit diesen Kapazitäten schafft der Neubau Ersatz für später wegfallende Räume zweier Stationen mit insgesamt 40 Plätzen im alten Gebäude G 2. Diese Räume sollen so bald wie möglich zu Funktionsräumen umgebaut werden (Dienstzimmer für Mitarbeiter, Schulungsräume, Behandlungs- und Gruppenräume). Das neue Gebäude ist der erste Bauabschnitt von Baumaßnahmen mit einem Gesamtvolumen von rund 9,7 Mio. €, in das auch der Umbau des alten Gebäudes eingerechnet wurde. Auf den Neubau entfielen davon rund 5,1 Mio. €.

Informationsaustausch mit dem Bundesjustizministerium

Die Forderung, den Kapazitätsproblemen im Maßregelvollzug – neben der Schaffung von mehr Therapieplätzen – auch mit einer dringend gebotenen Änderung des Strafgesetzbuches zu begegnen, hatte der LWV in der Vergangenheit bereits mehrfach erhoben. LWV-Landesdirektor Lutz Bauer geht es dabei zum

einen darum, dass die Voraussetzungen für eine Einweisung von suchtkranken Rechtsbrechern in den Maßregelvollzug wesentlich enger gefasst werden: Sie sollen nur noch durch die Gerichte eingewiesen werden können, wenn eine begründete Aussicht auf einen positiven Therapieverlauf bestehe. Außerdem solle die Möglichkeit erleichtert werden, die Therapie abzubrechen und Patienten mit noch nicht verbüßten Haftstrafen in den Justizvollzug zu überführen, wenn während der Therapie die Aussichtslosigkeit einer Behandlung festgestellt werde. Als des Weiteren dringend erforderlich ist für den LWV-Chef der sog. Vorwegvollzug: Suchtkranke Rechtsbrecher, die zu einer Freiheitsstrafe von mehr als drei Jahren verurteilt wurden, sollen künftig zu Beginn ihres Freiheitsentzuges und nicht – wie in vielen Fällen bisher geschehen – nach Abschluss einer erfolgreichen Therapie in den Justizvollzug überstellt werden. In einem weiteren Kernpunkt zielen die Forderungen des LWV darauf ab, Fehlunterbringungen psychisch kranker Rechtsbrecher im Maßregelvollzug zu vermeiden und ggf. korrigieren zu können. Bei fortdauernder Gefährlichkeit für die Allgemeinheit käme eine Überweisung dieser Personen in die Sicherungsverwahrung in Betracht. Die gegenwärtige Praxis binde nach Auffassung des LWV-Chefs Kapazitäten, die dann für erfolgversprechende Fälle nicht mehr zur Verfügung stünden.

Um dem Gesetzgeber diesen Novellierungsbedarf zu verdeutlichen, hatte der LWV bereits im vergangenen Jahr Kontakt zum Bundesjustizministerium aufgenommen. Nach einem ersten Informationsaustausch zwischen dem

Parlamentarischen Staatssekretär Alfred Hartenbach und Lutz Bauer in Berlin, setzten LWV und Ministerium im Februar mit einem Besuch der beiden Ministeriumsvertreterinnen Dr. Ursula Schneider und Sylvia Frey den begonnenen Dialog fort. Auch einen Einblick in die praktische Arbeit der forensischen Kliniken wollten sich die beiden Fachfrauen verschaffen. So stand ein Besuch in den Kliniken in Haina (Kloster), Außenstelle Gießen, und Hadamar auf dem Programm, wo Vertreter der Klinikleitung und des Fachbereiches Einrichtungen als Gesprächspartner zur Verfügung standen. Mittlerweile gibt es Signale aus dem Justizministerium, dass die Gesetzesnovelle allmählich konkrete Formen annimmt. Ein Entwurf befindet sich gegenwärtig in der Ressortabstimmung. (jda)

Letzte Meldung

Bürgervotum gegen Klinik

Von 15.988 wahlberechtigten Bürgerinnen und Bürgern der Gemeinde Riedstadt beteiligten sich am 16. Mai 6.684 am Bürgerentscheid, was einer Wahlbeteiligung von 41,8 % entspricht. Von den 6.637 gültigen Stimmen entfielen 5.631 auf „Ja“ und 1.006 auf „Nein“. Das bedeutet, dass sich 84,8 % der an der Abstimmung beteiligten Bürger gegen den Bau einer forensischen Klinik im ZSP Philippshospital ausgesprochen haben. (rvk)

Nun besseres Therapieangebot möglich: Südansicht des neuen Gebäudes G 2 in der forensischen Klinik Haina (Kloster). Foto: ZSP Haina





Bei der Ausstellungseröffnung in Darmstadt (v. l.): Dr. Martin Röper, Leiter des Bürgermeister-Müller-Museums Solnhofen; Landesdirektor Lutz Bauer; Hans-Josef Becker, Regionalmanager Kriegsopferfürsorge; Künstler Mario Derra und Roland Held, Journalist. Foto: privat

RAU

Kunst braucht den öffentlichen Raum. Der LWV kann „**Kim Rahmen seiner Aufgabenstellung keine nennenswerten Geldmittel, wohl aber öffentlichen Raum für die Kunst bereitstellen.**“ So formulierte LWV-Landesdirektor Lutz Bauer den Beweggrund für die Ausstellung des Gernsheimer Künstlers Mario Derra, der sein bereits 30 Jahre andauerndes graphisches Schaffen vom 6. Februar bis zum 10. März in der Regionalverwaltung Darmstadt vorstellte. Wenige Tage später begann im Kasseler Ständehaus eine weitere Ausstellung, in der Skulpturen aus einer Einrichtung des Hessischen Diakoniezentrums Hephata gezeigt wurden. In beiden Ausstellungen spielte das Material Stein eine besondere Rolle.

Größte Lithographie der Welt

Knapp 100 Exemplare der Wanderheuschrecke fallen über das Schwamm-Mikrobenriff einer der schönsten Jura-Landschaften im Herzen des Naturparks Altmühltal her. Seine 11,20 Meter lange und 1,25 Meter breite, in einer Auflage von nur 12 Exemplaren hergestellte Lithographie hat Mario Derra „Massentourismus an den zwölf Aposteln“ genannt. Aufgrund ihrer Ausmaße bereits ins Guinness-Buch der Rekorde aufgenommen, verdient die Grafik aber auch wegen der Art ihrer Herstellung Erwähnung: Im Steindruckverfahren wurde sie in einem Solnhofener Steinbruch auf 150 Millionen Jahre altem Plattenkalk geschaffen. Für das Rekordprojekt konstruierte der Gernsheimer Künstler eigens eine anderthalb Tonnen schwere, mobile Steindruckpresse und ließ besondere Papierdruckbahnen herstellen. 1.200 Kunstinteressierte und Schau-

lustige verfolgten den zweitägigen Druckvorgang in Solnhofen. Heraus kam nach bescheidener Selbsteinschätzung des Künstlers „keine große Kunst, aber ein großes Kunstwerk“ und ein „Diskussionsbeitrag“ zur Evolutionsgeschichte des Menschen. Nun stand die Lithographie im Mittelpunkt der Wanderausstellung Derras, die in der Darmstädter Regionalverwaltung gezeigt wurde. Sie gab einen Überblick über „30 Jahre Originalgraphik“ und reichte von der kleinformatischen Aquatinta-Radierung bis eben zum Weltrekordobjekt. Viele Darmstädter ließen sich die Ausstellung nicht entgehen und strömten in die LWV-Dependance.

Naturstein-Objekte im Ständehaus

Eine ungewöhnliche Ausstellung war auch von März bis Mai im Foyer des Kasseler Ständehaus zu sehen: „Stein“ zeigte eine Sammlung von Skulpturen aus Basaltstein, die von



UMM FÜR NST

ihren Schöpfern, allesamt Bewohner des Marta-Merz-Hauses in Schwalmstadt, nicht bildhauerisch bearbeitet, sondern in eine neue Konstellation und eine veränderte „künstliche“ Umgebung gebracht wurden. Die Objekte entstanden in der „Winterwerkstatt“ der Einrichtung für abhängigkeitskranke Menschen, die von den Diakonischen Einrichtungen Hephata getragen wird. Zur Vernissage fanden sich viele Interessierte ein, die der Bild-Text-Meditation von Gerd Grabowski folgen wollten. Faszinierende, großformatige Fotomotive aus den australischen Outbacks, von Grabowski, der die Gärtnerei im Marta-Merz-Haus leitet, geschossen, zeigten bizarre und archaische Gesteinsformationen, die eindringlich auf die Objekte der Ausstellung verwiesen. Zuvor hatten LWV-Landesdirektor Lutz Bauer und Jochen Göbel-Braun, Direktor der Diakonieverrichtungen Hephata, in ihren Grußworten ihren Respekt vor den Werken der Laien-Künstler zum Ausdruck gebracht: Wie in einem Gleichnis zeugen die Steine von Wandlungen, Erfahrungen und Wunden, wie sie auch Menschen erleiden und ähnlich schwierig, aber lohnend wie mit den Steinen sei die Arbeit an sich selbst. In der Ausstellung wirken die massiven, mitunter aber auch filigranen Gesteinsbrocken auf den Betrachter scheinbar schwerelos. Sie schweben,

scheinen emporzuwachsen und bilden neue, schroffe oder auch harmonische Formen und Perspektiven. Licht und verschiedene Hänge- und Stütztechniken unterstützen die Wirkung. Eine Skulptur enthält ein spielerisches Element: Sie kann vom

Betrachter verändert, neu gestaltet werden. Manch einer formte sich so ein eigenes, vergängliches Stonehenge. (jda)



Vernissage der Ausstellung „Stein“ im Ständehaus: Gerd Grabowski (rechts), Mitarbeiter im Marta-Merz-Haus, erläutert die Stein-Skulpturen; links Kurt-Wilhelm Sauerwein, Präsident der LWV-Verbandsversammlung.
Foto: Jörg Daniel

Stimmen, die sonst Schizophrenie

Wenn sie Hunger hat, nimmt sie sich etwas zum Essen. Ein Brötchen im Supermarkt, und manchmal geht sie, ohne zu bezahlen. Wenn sie schlafen will, legt sie sich hin, vielleicht auf einer Bank im Park. Grenzen scheint sie nicht zu kennen, Regeln nicht zu akzeptieren. „Sie lebt in ihrer eigenen Welt“, sagen die Eltern, es ist eine Welt, die kaum jemand versteht. Freunde sind irritiert, wenn Anna F. redet, diskutiert oder streitet – mit den Stimmen, die niemand sonst hört. Stimmen in ihrem Kopf, die ihr seltsame Befehle geben. Dann fühlt die 23-Jährige sich verfolgt, bedroht und glaubt, dass sich alle Menschen gegen sie verschworen hätten – auch diejenigen, die ihr doch nur helfen wollen. Da muss sie sich wehren, schimpfen – manchmal mit wildfremden Leuten: „Was starrst Du mich so an?! Hör auf, mein Gehirn anzuzapfen und meine Gedanken zu klauen!“ Manchmal hat sie das Gefühl, als würden ihre Gedanken ganz plötzlich aufhören. Manchmal fällt es ihr schwer, klare Gedanken über irgend etwas zu fassen. Oder sie hat das Gefühl, als werde ihr Hirn von unsinnigen Informationen überschwemmt. Mit so vielen Gedanken im Kopf fällt es ihr schwer, sich zu konzentrieren oder Entscheidungen zu treffen.

Das war vor zweieinhalb Jahren. Die stille junge Frau, die das Abitur noch ohne große Anstrengungen bestanden hatte, konnte sich plötzlich nur noch schwer konzentrieren. Es fiel ihr schwer, logisch zu denken. Pläne aufstellen, Probleme lösen, Erinnern, Kommunizieren mit anderen Menschen: plötzlich schien alles unendlich schwer. Anna zog sich immer mehr zurück, verbarrikadierte sich stundenlang in ihrem Zimmer. Dazu kamen die Stimmen – und schließlich die Vorstellung, nein, für sie war es

Gewissheit, sie werde an ihrem Arbeitsplatz überwacht. Abhörgeräte in den Wänden, Kameras in der Lampe und die Kollegin ein Spion – Anna F. war sich sicher. Sicher waren sich auch ihre Freunde und Kollegen: „Sie spinnt. Völlig verrückt, ihre Geschichten“.

Etwa ein Prozent der Bevölkerung betroffen

Es dauerte eine Weile, bis Annas „Geschichten“ einen Namen bekamen: Schizophrenie. Anna war ebenso geschockt wie ihre Eltern, als sie schließlich im Zentrum für Soziale Psychiatrie (ZSP) Kurhessen des LWV die Diagnose bekam. „Es ist eine ‚Strafe‘, geschickt von den dunklen Mächten, die mich kontrollieren“, da war sich Anna sicher. „Was habe ich bloß falsch gemacht?“ fragte sich dagegen Annas Mutter.

„Niemand ist daran schuld“, sagt Dr. Rolf Günther, Facharzt für Psychiatrie und Psychotherapie und Leitender Abteilungsarzt der Außenstelle Kassel der Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie Merxhausen im ZSP Kurhessen, „Schizophrenie ist eine Erkrankung wie Zuckerkrankheit oder Herzschmerzen. Die Ursache liegt weder in einer Schwäche oder einem Fehler des Betroffenen, noch an irgend etwas, was er oder seine Angehörigen getan haben“.

Die Schizophrenie ist weit häufiger als gemeinhin angenommen wird. „Sie betrifft Menschen aller Kulturen und Biographien“, sagt Dr. Thomas Kanzow, Ärztlicher Direktor der Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie Marburg im ZSP Mittlere Lahn. Egal in welchem Land der Welt: Im Durchschnitt findet sich unter 100 Menschen einer mit Schizophrenie – so ist etwa ein Prozent der Bevölkerung, und das sind in Deutschland immer-



hin rund 800.000 Menschen, von dieser Krankheit, die Kanzow lieber „seelische Prägung“ nennt, betroffen: „Schizophrenie ist eine Störung, sie beeinträchtigt die Möglichkeiten im Umgang mit sich und anderen“, so Dr. Kanzow.

Genauere Ursache noch nicht geklärt

Die genaue Ursache der Störung ist bislang nicht geklärt. Inzwischen werde jedoch, sagt Dr. Günther, davon ausgegangen, dass die Dispo-

niemand hört: – Was ist das?



Auflösung und „Rekonstruktion“ – Im Verlauf einer psychischen Erkrankung wie der Schizophrenie entwickelt der Betroffene eine sehr eigene Deutung seiner Umwelt, die auch in Bildern zum Ausdruck kommen kann. P.S. malte dieses 2001 in der Merxhäuser Ausstellung „Art Brut – Das Petschner-Konvolut aus Nordhessen“ gezeigte Bild etwa 1971.

Repro: Ausstellungskatalog ZSP Kurhessen

dadurch das Hirn geschädigt wurde“. Hirnschädigungen, die Schizophrenie verursachen können, könnten überdies entstehen, wenn die Mutter während der Schwangerschaft genau in den Monaten an einer Grippe oder einer Virusinfektion erkrankte, in denen sich bei den Kindern das Hirn entwickle: „Das weiß man daher, dass 15 bis 25 Jahre nach Grippe-Epidemien die Zahl der Schizophrenen höher ist als sonst“, sagt Dr. Günther. Meist bricht die Krankheit erstmals zwischen dem 15. und dem 25. Lebensjahr aus – wobei es, erklärt Dr. Kanzow, einen zeitlichen Zusammenhang zwischen situativen Belastungen und Ausbruch der Erkrankung gebe. „Das Jugendalter ist für alle eine schwierige Phase: Erwachsen werden, Partnersuche, einen Platz im Leben finden, mit dem Druck kommen manche nicht klar, und das kann dann bei denen, die ein entsprechendes Risiko in sich tragen, zum Ausbruch der Schizophrenie führen“, so Dr. Kanzow.

In den 70-er Jahren habe man angenommen, dass psychosoziale Bedingungen, etwa Störungen im Miteinander der Familie oder Partnerschaft zur Entstehung der Schizophrenie beitragen, „doch das“, sagt Kanzow, „ist wissenschaftlich nicht belegt“. Es sei eher wahrscheinlich, dass diese Faktoren lediglich den Verlauf der Erkrankung beeinflussen könnten. So habe sich beispielsweise gezeigt, dass die Rückfallquote bei den Schizophrenen höher sei, die in Familien

sition, an Schizophrenie zu erkranken, u. a. genetisch mitbedingt sei – auch wenn noch niemand das Gen gefunden habe, das für die Schizophrenie verantwortlich gemacht werden könne. Vermutlich werde aber die Anfälligkeit für Schizophrenie, das heißt die Wahrscheinlichkeit, an Schizophrenie zu erkranken, vererbt: „Das Erkrankungsrisiko beträgt etwa 1 : 10, wenn bei einem Elternteil, einem Bruder oder einer Schwester eine Schizophrenie diagnostiziert wurde“, so der Experte. Bei zweieiigen Zwillingen liege die Wahrschein-

lichkeit, dass der Zwilling eines Schizophrenen ebenfalls erkrankt, bei 15 Prozent, bei eineiigen Zwillingen bei 50 Prozent. „Die Übereinstimmung ist hoch, aber nicht hundertprozentig, das zeigt, dass die genetische Grundlage nicht als alleinige Ursache gesehen werden kann“, sagt Dr. Günther. Klar sei inzwischen, dass die Disposition zur Erkrankung auch organisch erworben werden könne: „Beispielsweise wenn ein Kind bei seiner Geburt die Nabelschnur um den Hals gewickelt hatte oder wenn es eine Zangengeburt war und

lebten, die sich gegenüber dem Erkrankten übermäßig behütend verhielten.

Chemische Substanzen im Hirn verändern ihre Aktivität

Inzwischen gibt es auch eine biochemische Seite für die Symptome der Schizophrenie: Dieser Ansatz geht davon aus, dass die Erkrankung mit einer veränderten Aktivität bestimmter chemischer Substanzen im Gehirn – der so genannten Neurotransmitter – einher geht. Neurotransmitter, wie beispielsweise Dopamin oder Serotonin, sind Substanzen, die dazu dienen, Nervenimpulse von einer Nervenzelle zur nächsten zu übermitteln. Durch die Neurotransmitter können Hirnzellen untereinander kommunizieren: „Laufen, Gehen, Sprechen, Lesen, Essen, Lachen, Weinen: Im Gehirn müssen Verbindungen zwi-

schen den einzelnen Regionen gelegt werden, damit man handeln, denken oder fühlen kann“, erklärt Dr. Günther. „Wenn da Störströme entstehen, wenn andere als die jeweils benötigten Hirnregionen mit aktiviert werden, kommt es zum Beispiel zu Konzentrationsstörungen“. Einige der Symptome der Schizophrenie ließen auf eine Überempfindlichkeit und hohe Aktivität von Dopaminrezeptoren schließen, während gleichzeitig die Aktivität des Serotonins erniedrigt sei. Was dann passiert, vergleicht Dr. Günther mit einem Telefonnetz: „Früher hat man, wenn man mit Jemandem telefoniert hat, manchmal noch eine Stimme nebenbei gehört. Und wenn man mit dem Handy telefoniert, hört man gelegentlich seine eigene Stimme zeitverzögert über die Leitung, so in etwa kann man sich vorstellen, was die Betroffenen erleben“, erklärt Dr. Günther. „Und wenn Sie mit einer Freundin telefonieren, und Sie hören die ganze Zeit überlaut andere Stimmen mit, dann bitten Sie die irgendwann, aus der Leitung zu gehen. Das ist das, was die Schizophrenen machen.“

„Wahrnehmungsgenie“

Menschen, die an einer schizophrenen Psychose leiden, sind eigentlich „Wahrnehmungsgenie“. Ununterbrochen ist jeder Mensch Wahrnehmungen, Empfindungen, Eindrücken, Gefühlen ausgesetzt. Ein gesunder Mensch nimmt davon nur etwa zehn Prozent bewusst wahr. Verdoppelt sich der Anteil der bewussten Wahrnehmung auf 20 Prozent, so stehen die meisten Menschen kurz vor einem „Nervenzusammenbruch“. Wenn es noch mehr wird, dann werden Seele und Geist des Betroffenen krank. „Im Hirn läuft eine Rechenleistung ab: was ist relevant, was ist nicht relevant“, sagt Dr. Günther, „ein Knacken in der Wohnung beispielsweise wird überlaut wahrgenommen, ein draußen vor dem Haus vorbeifahrendes Auto auch. Wenn sich zwei gesunde Menschen im Wohnzimmer unterhalten und draußen herrscht Verkehrslärm, werden sich die beiden trotzdem weiter unterhalten können – Schizophrene können aber das Gespräch nicht gut herausfiltern“. Das alles führt dazu, dass die Betroffenen die Lage, in der sie sich befinden, oder auch ihre Beziehungen zu

anderen nicht mehr richtig einschätzen können. „Man kann sich das so vorstellen, dass bei den Betroffenen das Gehirn gewissermaßen länger ‚nachglimmt‘ als bei Gesunden“, erklärt Dr. Günther. „Wenn beispielsweise ein gesunder Mensch von irgend Jemandem in der Straßbahn angesprochen wird, wird er sich nicht lange etwas daraus machen, sondern das Ganze schnell wieder vergessen. Schizophrene können so etwas oft nicht richtig einordnen, es kann ihnen tagelang nachhängen. Daraus kann man das ganze Krankheitsbild verstehen: Alles, was dann passiert, ist entweder direktes Symptom oder Ausdruck des Bewältigungsversuchs der Störung.“

Beispiel Verfolgungswahn: „Wenn jemand eine schizophrene Phase bekommt, wird er noch langsamer im Schaltzentrum, braucht länger, um Personen zu erkennen – die Antwort auf die Frage, wo hab’ ich Diesen oder Jenen schon mal gesehen, kommt verlangsamt“, erklärt Dr. Günther, „Zum Beispiel im Bus, da entstehen zwischen den Fahrgästen Interaktionen: Der Eine guckt den Anderen an, fragt sich, ob er Denjenigen kennt, der Andere fühlt den Blick und guckt zurück. Bei gesunden Menschen läuft das so nebenbei ab. Bei Schizophrenen löst das etwas ganz anderes aus: ‚Der guckt, kenne ich den?‘ Er wird sich von Allen angeschaut und damit irritiert fühlen. Seine Erklärung ist dann: Die sind alle von der Polizei, die bespitzeln mich – und diese Interpretation ist fast noch das Logischste“.

Behandlung: Kombination aus Medikamenten und Soziotherapie

Untersuchungen haben ergeben, dass die Krankheit schon etwa fünf Jahre, bevor sich die akuten Symptome zeigen, beginnt. Vorher seien eher unspezifische Beschwerden zu beobachten, sagt Dr. Günther: „Die Betroffenen ziehen sich zurück, sie haben Kontaktschwierigkeiten, depressive Verstimmungen, die schulischen Leistungen sinken. „Die Erkrankung beginnt nicht abrupt, aber es gibt dann schon den Punkt, wo das berühmte Fass überläuft“, sagt Dr. Günther. „Auslöser können dann ganz banale Dinge sein – ein Streit über den Weihnachtsbraten, eine

Was ist das?

In der Serie „Was ist das?“ erklärt LWV-Info leicht verständlich wichtige psychiatrische Krankheitsbilder und Themen aus einem psychiatrischen Kontext. Die bisher erschienenen Artikel zeigt Ihnen die nachfolgende Übersicht. Gern senden wir Ihnen bei Interesse Kopien erschienener Beiträge zu. Sie können diese unter Tel.: 05 61 / 10 04 – 25 36 anfordern.

- **Autismus (1991)**
- **Depression (1991)**
- **Zappelphilippsyndrom (1994)**
- **Borderline (1996)**
- **Zwangsstörungen (1996)**
- **Supervision (1997)**
- **Manisch depressiv (1997)**
- **Parkinson (1998)**
- **Anorexie (1998)**
- **Waschzwang (1998)**
- **Posttraumatische Stresssymptome (1998)**
- **Selbstverletzung (1999)**
- **Burnout-Syndrom (1999)**
- **Sehnsucht nach dem Risiko (1999)**
- **Amoklauf (2000)**
- **Flugangst (2000)**
- **Soziotherapie (2001)**
- **Internetsucht (2002)**

unerwiderte Liebe – es muss nicht immer einen spektakulären Auslöser geben.

Schizophrenie wird in der Regel mit einer Kombination von Medikamenten (so genannte Antipsychotika oder Neuroleptika) und Soziotherapie behandelt, die bei der Bewältigung der Krankheit eine wichtige Rolle spielt: „Jede Krankheit stellt Kränkung dar – und eine Erkrankung des Geistes noch eine besondere Kränkung, da geht es in der Therapie dann darum, die Tatsache der Erkrankung ins eigene Selbstbild zu integrieren“, sagt Dr. Günther. „Die Medikamente dienen, wenn wir beim Vergleich mit dem Telefonnetz bleiben, gewissermaßen dazu, die Leitungen ‚abzudichten‘, damit man nicht so überschwemmt wird mit sensorischen Reizen“, erklärt Dr. Günther.

Meist müssen die Betroffenen die Medikamente über einen langen Zeitraum einnehmen, in der Regel mehrere Jahre, manchmal auch ein Leben lang. Viele Patienten können aber – aufgrund ihrer Krankheit – nicht akzeptieren, dass sie krank sind. Mangelnde Krankheitseinsicht kann dazu führen, dass ein Patient die Kooperation bei der Therapie verweigert oder die Medikamente ganz absetzt. Manche Patienten sind zu schwer krank, um zu erkennen, dass sie Hilfe brauchen: „Die Betroffenen stellen dann keinen Zusammenhang her zwischen den Medikamenten und der Besserung. Ihre Erklärung ist: ‚Der Geheimdienst hat seine Arbeit eingestellt‘“, sagt Dr. Günther.

Doch das Risiko, dass die Symptome wiederkehren, wenn die Behandlung abgebrochen wird, ist hoch. Und die Genesung wird mit jeder Krankheitsepisode schwieriger: „In akuten Phasen der Schizophrenie wird im Hirn zu viel Glutamat produziert. Glutamat ist ein weiterer Neurotransmitter, der aber in zu hoher Dosis Gift für die Nervenzellen ist und sie vernichtet“, erklärt Dr. Günther, „deshalb kann die Krankheit immer schlimmer werden, wenn die Patienten die Behandlung abbrechen“.

Selbsthilfetechniken und Verhaltensstrategien lernen

Dass sie das nicht tun, versucht – unter anderem – die Soziotherapie zu erreichen. Soziotherapie ist eine The-

rapieform, die den Alltag der Patienten einbezieht: Sie sollen nicht im künstlichen Raum, sondern mitten im Leben eine Therapie erfahren. Nicht in gestellten Situationen, sondern unter echten, aktuellen Bedingungen sollen sie sich selbst ausprobieren können. „In der Soziotherapie kümmern sich Sozialarbeiter und Therapeuten um die Patienten und um ihre Familien“, erklärt Dr. Günther, „Ziel ist, die Patienten zu unterstützen, damit sie wieder zu einem möglichst normalen Leben zurückfinden und die Krankheit gut bewältigen, da geht es dann zum Beispiel darum, dass die Betroffenen ihre Arbeit nicht verlieren, die Schule zu Ende machen, vielleicht eine neue Wohnung finden oder finanzielle Angelegenheiten geregelt werden“. Es gebe auch viele Selbsthilfestrategien und Verhaltenstechniken: „Manche Patienten lernen beispielsweise, mit den Stimmen und Wahnvorstellungen umzugehen, ihre Angstzustände zu reduzieren und ihre Konzentrationsfähigkeit zu verbessern“. Welche Art von Psychotherapie am besten helfe, sei individuell verschieden und hänge auch von der Krankheitsphase ab.

Fest steht: Die Krankheit kann zwar nicht einfach „geheilt“ werden, aber die Symptome können erheblich gebessert und der Verlauf günstig

beeinflusst werden: „Durch Medikamente und Soziotherapie kann man erreichen, dass mehr als ein Drittel der Patienten völlig beschwerdefrei wird“, sagt Dr. Günther, „ein Drittel muss mit leichten Behinderungen leben, bei weniger als einem Drittel nimmt die Krankheit einen ungünstigen Verlauf“.

Anna F. hat die Kombination aus Medikamenten und Soziotherapie geholfen: Sie hat inzwischen ihre Ausbildung abgeschlossen, ist von ihrem Arbeitgeber übernommen worden – und führt derzeit ein völlig beschwerdefreies Leben. Ähnlich geht es Werner D.: Der 45-jährige Klempner war jahrelang Patient bei Dr. Günther. Aufgrund seiner Erkrankung verlor er mehrmals seinen Arbeitsplatz, zeitweise war er in stationärer Behandlung. Auch den Führerschein verlor er der passionierte Autofahrer. Doch inzwischen kommt er, Dank der Medikamente und der Soziotherapie, gut zurecht: Der 45-Jährige arbeitet als Koch in einer Tagesstätte, „und er hat sogar die Behörden überzeugt und den Führerschein neu gemacht“, sagt Dr. Günther. Die Wahnvorstellungen seien selten geworden, „und wenn sie auftauchen, weiß er, wie er damit umgehen kann“.

Gundula Zeitz

Psychoedukative Familienintervention

Zu lernen mit der Krankheit umzugehen, ist auch das Ziel der so genannten Psychoedukativen Familienintervention, die an der Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie Philipppshospital in Riedstadt entwickelt wurde – und sich an Patienten und Angehörige gemeinsam richtet. Das ist nach Angaben des Ärztlichen Direktors der Klinik, Dr. Hartmut Berger, europaweit einzigartig. „Das familiäre Klima bestimmt in nicht unerheblichem Maß den Verlauf schizophrener Störungen“, erklärt Berger den Hintergrund der Initiative der Klinik: Untersuchungen hätten ergeben, dass bei der Entstehung schizophrener Episoden ein Zusammenhang zwischen einer feindlichen, emotional überengagierten familiären Atmosphäre und erhöhten Rückfallraten bestehe. Hier setzt die Psychoedukative Familien-

intervention an: Die Patienten und ihre Angehörigen werden gemeinsam in zehn Sitzungen über die Krankheit und ihre Behandlungsmethoden aufgeklärt – und ihnen werden Fähigkeiten vermittelt, Krisen frühzeitig zu erkennen und durch geeignete Strategien abzuwenden. „Auch Strategien zur Stressbewältigung, zur Problemlösung und zur Verbesserung kommunikativer Fähigkeiten werden in den Gruppen entwickelt“, erklärt Dr. Berger, „die Teilnehmer lernen beispielsweise, wie sie besser zuhören können oder wie sie Jemandem etwas so sagen können, dass er es auch versteht“. Ziel der Gruppen sei auch die Vermeidung von Rückfällen – und tatsächlich hätten Untersuchungen ergeben, dass das Rückfallrisiko gesunken sei.

Gundula Zeitz

Entgeltumwandlung – Eine attraktive betriebliche Altersvorsorge



Freude und Lebensqualität im Alter: LWV-Pensionäre bei ihrem jährlichen Treffen.

Foto: Gerhard Rüdtenklau

Wie werde ich im Alter leben? Die Vorfreude ganzer Rentnergenerationen auf den „wohlverdienten Ruhestand“ ist längst einer Verunsicherung der Jüngeren gewichen. Wirtschaftliche und demografische Entwicklung setzen der gesetzlichen Rente enge Grenzen. Die Bedeutung betrieblicher und privater Altersvorsorge wächst. Doch auch hier herrscht Missmut: Viele verschließen einen Vertragabschluss, weil sie vor einer undurchschaubaren Vielfalt an Möglichkeiten kapitulieren. Riester-Rente, Lebensversicherung, Fondsmodelle, Betriebsrente – wer blickt da noch durch? Immerhin geht es um einen meist nicht unbeträchtlichen Teil des monatlichen Einkommens, der auf Jahrzehnte festgelegt werden soll. Mit der „Entgeltumwandlung“ ist eine weitere Form der freiwilligen betrieblichen Altersvorsorge hinzugekommen. LWV-Info informiert Sie hier über eine neue attraktive Form der Alterssicherung.

Was können heutige Arbeitnehmer gegen die drohende „Versorgungslücke“ tun?

Die gesetzliche Rente wird in Zukunft als alleinige Alterssicherung nicht mehr ausreichen. Sie können zusätzlich privat oder betrieblich vorsorgen. Zum Beispiel durch Abschluss eines sog. „Riester-Vertrages“: Zahlungen aus dem Nettoverdienst werden durch staatliche Zulagen aufgestockt oder steuerlich als Sonderausgaben berücksichtigt. Weniger bekannt, aber nicht minder attraktiv ist eine weitere Möglichkeit der betrieblichen Altersvorsorge: die Entgeltumwandlung. Der „Tarifvertrag zur Entgeltumwandlung für Arbeitnehmer im kommunalen öffentlichen Dienst“ eröffnet seit Anfang 2003 auch den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern des LWV Hessen die Möglichkeit, eine zusätzliche Altersvorsorge durch Entgeltumwandlung aufzubauen.

Ist Entgeltumwandlung auch beim LWV Hessen möglich?

Ja! Entgeltumwandlung war bisher nur in einigen Branchen der privaten Wirtschaft möglich. Durch den erwähnten Tarifabschluss ist diese lukrative Form der Altersvorsorge grundsätzlich auch im kommunalen öffentlichen Dienst möglich, sofern der Arbeitgeber die entsprechenden Voraussetzungen dafür schafft. Dies ist beim LWV Hessen inzwischen durch die Zulassung von drei verschiedenen Anbietern für den Durchführungsweg „Pensionskasse“ geschehen. Die in der gesetzlichen Rentenversicherung pflichtversicherten Angestellten, Arbeiter, Auszubildenden, Krankenpflegeschüler und Ärzte im Praktikum in den Verwaltungen und Einrichtungen des Verbandes können nunmehr ihren Rechtsanspruch auf Entgeltumwandlung verwirklichen. Für Beamte dagegen besteht ein solcher Anspruch derzeit nicht.

Welche Vorteile bietet eine Entgeltumwandlung?

Hauptvorteil ist der Aufbau einer zusätzlichen Altersvorsorge, die sich zum Großteil aus ersparten Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen finanziert. Das Besondere hieran ist, dass ein direkter Abzug aus dem Bruttoverdienst erfolgt. Es werden also zum Beispiel 200 € aus dem Brutto entnommen und direkt dem persönlichen Altersvorsorgekonto gutgeschrieben. Dieses umgewandelte Entgelt wird nicht versteuert und unterliegt gegenwärtig auch nicht der Sozialversicherungspflicht. Dadurch spart der Arbeitnehmer einiges an Abgaben. Das nebenstehende Beispiel verdeutlicht dies. Hier wandelt ein Angestellter monatlich 200 € aus seinem Bruttoverdienst (= 2.400 € im Jahr) um.

	ohne EUmw	mit EUmw
Bruttojahreseinkommen	35.000 €	32.600 €
Lohnsteuer (III/0)	3.020	2.328
Solidaritätszuschlag	166	128
Kirchensteuer	272	209
Sozialversicherungsbeiträge (AN-Anteil 21,2 %)	7.420	6.911
Gesamtabgaben:	10.878	9.576

Durch die Entgeltumwandlung ergibt sich eine Einsparung an Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen in Höhe von 1.302 € (Förderquote: ca. 54 %) – oder anders ausgedrückt: Ein Bruttoverzicht von monatlich 200 € und von jährlich 2.400 € mindert das Nettoeinkommen lediglich um monatlich 91 € bzw. um jährlich 1.098 €. Da sich durch die Entgeltumwandlung das Bruttoeinkommen reduziert, können im Einzelfall auch weitere Vorteile bei anderen Leistungen eintreten, die von einer Einkommensgrenze abhängig sind (z. B. Arbeitnehmer-sparzulage, Wohnungsbauprämie, Anspruch auf Erziehungsgeld, ggf. auch Kindergartengebühren etc.).

Sind auch Nachteile zu befürchten?

Wie oben beschrieben, reduziert sich das Brutto-Entgelt. Man zahlt somit weniger Rentenversicherungsbeiträge, was normalerweise eine geringfügige Renteneinbuße zur Folge hat. Dagegen wirkt sich eine Entgeltumwandlung auf die ZVK-Betriebsrente nicht aus; hier sind also keinerlei Einbußen zu befürchten. Es reduziert sich allerdings auch das Netto-Arbeitsentgelt, so dass sich auch Auswirkungen auf hiervon abhängige Leistungen ergeben, z. B. beim Zuschuss zum Mutterschaftsgeld oder bei der Höhe des Krankengeldzuschusses. Unter Umständen spürbare Nachteile sehen wir jedoch nur bei einer Entgeltumwandlung im Zusammenhang mit Altersteilzeit; hier empfehlen wir, sich mit Ihrer Personalverwaltung in Verbindung zu setzen.

Welche Beträge sollten umgewandelt werden?

Grundsätzlich kann man sowohl das monatliche Einkommen als auch künftige Einmalzahlungen wie z. B. Urlaubsgeld oder die Sonderzuwen-

dung in die Entgeltumwandlung einbeziehen. Der jährliche Mindestbetrag liegt gegenwärtig bei 181,13 € (ca. 15 € monatlich), der Höchstbetrag bei 2.472 € (206 € monatlich). Wie oben bereits dargestellt, ist der tatsächliche Nettoverzicht jeweils deutlich geringer.

Wie flexibel lässt sich die Entgeltumwandlung handhaben?

An eine Vereinbarung mit dem Arbeitgeber ist man nicht etwa bis zum Renteneintritt, sondern lediglich für die Dauer eines Jahres gebunden. Man kann also z. B. in Zeiten, da das Geld anderweitig benötigt wird, eine Unterbrechung wählen. Denkbar ist auch, nur in den Jahren 2004 bis 2008 Entgeltbestandteile umzuwandeln. Eine solche vertragliche Vereinbarung kann sinnvoll sein, da die Sozialversicherungsfreiheit der Beiträge bis 31. Dezember 2008 begrenzt ist. Insgesamt handelt es sich somit um eine ausgesprochen flexible Form der Altersvorsorge.

Was ist vom Arbeitnehmer zu veranlassen?

Die zugelassenen Anbieter, an die Sie sich wenden können, sind weiter unten aufgelistet. Sie können sich dort beraten lassen und erhalten alle notwendigen Informationen über die zugelassenen verschiedenen Anlagemöglichkeiten und Produkte.

Was ist besser: Entgeltumwandlung oder „Riester-Förderung“?

Das hängt vom Einzelfall ab! Aus unserer Sicht ist die Riester-Förderung vor allem für untere Einkommensgruppen bzw. Teilzeitbeschäftigte mit kleinen Kindern interessant. Für die überwiegende Mehrzahl der Arbeitnehmer dagegen stellt die Ent-

geltumwandlung eine sehr attraktive Möglichkeit zur Altersvorsorge dar.

Welche Leistung ist aus der freiwilligen betrieblichen Altersversorgung zu erwarten?

Die zu erwartende Rentenleistung ist von mehreren Faktoren abhängig:

- Laufzeit der Anlage
- Höhe der Einzahlungsbeträge
- Einbeziehung verschiedener Risiken wie z. B. Erwerbsminderung oder Hinterbliebenenversorgung
- gewählte Anlagestrategie
- voraussichtliche Verzinsung der Anlage

sind wichtige Faktoren, die die Höhe der späteren Rentenleistung bestimmen. Nähere Auskünfte hierzu können jedoch nur die jeweiligen Anbieter geben.

Inwieweit werden Leistungen aus der freiwilligen betrieblichen Altersversorgung versteuert?

Näheres lässt sich hierzu im Moment nicht sagen, da sich das „Alterseinkünftegesetz“ zur Zeit des Redaktionsschlusses noch im Gesetzgebungsverfahren des Bundes befand.

Welche Anbieter sind zugelassen?

- Die regionalen Zusatzversorgungskassen (Kassel, Tel.: 05 61 / 78 89 – 63 00; Darmstadt, Tel.: 0 61 51 / 7 06 – 2 86 bis 2 89; Wiesbaden, Tel.: 01 80 / 20 00 – 9 84)
- Die Sparkassen-Pensionskasse erreichen Sie über die örtlichen Sparkassen
- GVV-Kommunalversicherungen, Köln, Tel.: 02 21 / 4 89 38 93

Andere Anbieter sind tarifvertraglich nicht zugelassen.

Servicebereich Personal / (jda)



INFO Bei weiteren Fragen wenden Sie sich bitte an:

- die jeweiligen Anbieter (Produkte, Vertrag, Leistungen)
- Ihre örtliche Personalverwaltung (fiktive Bezügeberechnung)
- LWV-Hauptverwaltung Kassel, Servicebereich Personal, Peter Erbe, Tel.: 05 61 / 10 04 – 24 76

„Außerordentliche Leistung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter“ – Merxhausen erste zertifizierte

„**Q**ualitätsmanagement“ (QM) ist ein Schlüsselwort aus der aktuellen Debatte im Gesundheitswesen. Dahinter steht das Ziel, die Behandlungsqualität zu verbessern und auf dem Weg zu Qualitätssicherung und -verbesserung Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kliniken mitzunehmen. In unserer Serie über die Zukunft der LWV-Kliniken berichtete LWW-Info in der vergangenen Ausgabe über ein erfolgreiches Weiterbildungsangebot zum Qualitätsmanagement im ZSP Bergstraße. Im folgenden Beitrag geht es um die erstmalige Zertifizierung eines QM-Systems nach DIN ISO 9001:2000 in einer hessischen Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie.

Mit der Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie in Bad Emstal-Merxhausen erhielt ein Krankenhaus des LWV als erste psychiatrische Klinik in Hessen die Zertifizierung nach DIN ISO 9001:2000. Bisher wurden bereits zwei Betriebsteile des ZSP Bergstraße zertifiziert. Das Zertifikat bescheinigt der Klinik durch einen unabhängigen Auditor, dass sie ein erfolgreiches Qualitätsmanagement be-

Im Überblick: Zertifizierte LWV-Einrichtungen

- ZSP Bergstraße – Krankenpflegeschule: DIN ISO 9001:2000 verliehen am 5. Juli 2001
- ZSP Bergstraße – Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie Heppenheim – Tagesklinik Erbach: DIN ISO 9001:2000 verliehen am 27. Mai 2003
- ZSP Kurhessen – Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie Merxhausen: DIN ISO 9001:2000 verliehen am 9. Februar 2004



Einmal mehr Vorreiter: Stolz präsentieren Johannes Ewert, Qualitätsmanagementbeauftragter der Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie Merxhausen; Dieter Sommer, Krankenpflegedirektor des ZSP; LWV-Landesdirektor Lutz Bauer; Betriebsleiter Herbert Dreisbach; Walter Kistner, leitender Qualitätsmanager; Ingeburg Gründer-Schäfer, Vorsitzende der Betriebskommission; Prof. Dr. Heinrich Kunze, Ärztlicher Direktor der Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie, und Dr. Herfried Kohl, Geschäftsführer der Fa. LGA InterCert GmbH (v. l.) die Zertifizierungsurkunde.

Foto: ZSP Kurhessen

treibt, in das alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einbezogen sind und von dem die Patienten profitieren. Bei einer Feierstunde im Februar, die im Festsaal des Zentrums für Soziale Psychiatrie Kurhessen stattfand, wurde das Zertifikat an Betriebsleiter Herbert Dreisbach und den Ärztlichen Direktor der Klinik, Prof. Dr. Heinrich Kunze, übergeben. „Die Zertifizierung der Merxhäuser Klinik ist das Ergebnis einer außerordentlichen gemeinschaftlichen Leistung aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Darauf können Sie stolz sein“, lobte LWV-Landesdirektor Lutz Bauer die Anstrengungen der Klinik, in die neben den medizinischen Abteilungen auch Servicebereiche und Verwaltung einbezogen waren.

Ansporn für die Zukunft

Bauer betonte, dass die Anstrengungen der Klinik, trotz knapper Ressourcen die Behandlungsqualität zu verbessern, mit der Verleihung des Zertifikates nicht abgeschlossen seien, sondern kontinuierlich weiter gehen würden. „Qualitätssicherung und Qualitätsmanagement sind tragende Elemente der Unternehmensentwick-

lung, mittlerweile auch in sozialen und medizinischen Einrichtungen“, sagte der LWV-Chef. Das Zertifikat könne ab morgen als Ansporn für weitere Verbesserungen dienen.

Das Zusammenspiel von Struktur und Prozess bestimme Leistung und Ergebnisqualität einer Klinik, erläuterte Betriebsleiter Dreisbach. Beides habe man im Blick gehabt, um die Zufriedenheit der Patienten und ihrer Angehörigen, der einweisenden Ärzte, der Kostenträger, aber auch der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu analysieren. Fünf Aktenordner mit dem gesamten Inhalt der Arbeitsergebnisse würden zeigen, wie intensiv dieser Prozess verlaufen sei. Obwohl man sich nach Einschätzung des Betriebsleiters in einer „Scherenentwicklung“ mit steigenden Kosten bei stagnierenden Erlösen befinde, sei man dem Hauptziel, eine qualitativ hochwertige medizinische und pflegerische Behandlung dauerhaft zu gewährleisten, näher gekommen. Die Klinik unterzog sich dem Audit (Prüfung) im vergangenen Dezember, das Zertifikat wurde von Dr. Herfried Kohl, Hauptgeschäftsführer der Fa. LGA InterCert GmbH, übergeben. (jda)

Die größte psychiatrische Klinik in Hessen

„Zertifizierung ist Bestätigung für alle engagierten Mitarbeiter“

LWV-Info: Die Einführung eines Qualitätsmanagements ist ein langer Prozess, die Zertifizierung dabei „nur“ die Krönung. Was war im Laufe der Arbeiten, die über die klinischen Bereiche hinausgingen, besonders schwierig und was hat besonders gut funktioniert?

Johannes Ewert: Schwierig war es sicherlich, Akzeptanz für Qualitätsmanagement (QM) in allen Teilen der Mitarbeiterschaft zu erreichen. Auch das Bewusstsein für die Notwendigkeit eines umfassenden Qualitätsmanagementsystems galt es erst zu erarbeiten. Es war uns ein großes Anliegen, dass die Mitarbeiter QM als Managementstil oder als Managementkultur begreifen und nicht als eine an das eigentliche Management „angeflanschte“ Struktur. Als sehr wertvoll hat sich die Einrichtung von Qualitätsbeauftragten (QB) in den Abteilungen der Klinik erwiesen. Sie wurden von uns intern geschult und haben sich mit den Grundsätzen von QM auseinander gesetzt. Im Kreis der QB, die durchweg in der praktischen Arbeit auf den Stationen oder in den therapeutischen Abteilungen tätig sind, war es möglich, sehr effektiv die Prozesse, die besondere Risiken bergen, zu identifizieren und Regelungen für diese Prozesse zu erarbeiten. Die QB haben einen wesentlichen Anteil daran, dass die Mitarbeiter vor Ort den Nutzen des Qualitätsmanagements erkennen und den Bezug zu ihrer täglichen Arbeitssituation herstellen können.

LWV-Info: Haben die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mitgezogen, oder gab es hier eher Vorbehalte?

Johannes Ewert: Wie bereits erwähnt, gab es besonders am Anfang, als der Begriff „Qualitätsmanagement“ noch nicht mit Leben gefüllt war, naturgemäß Vorbehalte. Immer wieder sahen wir uns mit der Frage konfrontiert: „Wozu brauchen wir denn QM? Wir machen doch schon eine gute Behandlung und könnten mit mehr Personal eine noch bessere Behandlung durchführen.“ Mittlerweile setzt sich aber bei fast allen Mitarbeitern die Überzeugung durch, dass QM

nicht nur die Dienstleistung am Patienten betrachtet, sondern helfen kann, die internen Prozesse transparenter, reibungsärmer und damit effektiver zu gestalten und Risiken zu minimieren. Je mehr die Mitarbeiter in die Gestaltung der Prozesse und die Erarbeitung der Regelungen einbezogen werden, desto eher finden sie sich in dem System wieder. Letztlich ist natürlich so eine Prüfung wie das Zertifizierungsverfahren mit dem erfolgreichen Abschluss eine Bestätigung all der Mitarbeiter, die engagiert an dem Aufbau beteiligt waren.

LWV-Info: Sie sprachen eben davon, dass sich die Identifikation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter durch die Zertifizierung erhöht habe. Das ganze Verfahren hört sich aber doch eher technisch und nach Mehrbelastung an, denn die übliche Arbeit musste ja während dieser Zeit auch geleistet werden. Wie haben Sie das „Wir-Gefühl“ stärken können?

Johannes Ewert: Sicherlich ist die Erstellung einer QM-Dokumentation eine Menge „technischer“ Arbeit, wie Sie es nennen. Das Erarbeiten der Regelungen in Arbeitsgruppen, die Konsensfindung und Überprüfung der Ergebnisse benötigte eine Menge personeller Ressourcen. Wenn als Ergebnis aber herauskommt, dass Zuständigkeiten und Ziele im täglichen Geschäft transparenter, Arbeitsabläufe reibungsärmer werden, lohnt sich der Einsatz. Da die Arbeitsgruppen, also die Qualitätszirkel, auch mit dem Ziel, möglichst gemeinsame, übergeordnete Regelungen zu formulieren, zusammengestellt wurden, waren immer Mitarbeiter aus den verschiedenen an dem Prozess beteiligten Organisationseinheiten und Professionen beteiligt. Dies und die Tatsache, dass sich die Organisationseinheiten in den Regelungen hinterher wiederfinden, machen sicherlich einen Teil der Identifikation mit dem Ganzen aus. Die Anspannung vor dem Zertifizierungsaudit, als kollektive Prüfung, welches jeden Bereich und jeden Mitarbeiter genauso betraf, hat sicherlich auch einen Teil dazu



Johannes Ewert

Foto: privat

beitragen.

LWV-Info: Hintergrund ist ja auch der wachsende ökonomische Druck im Gesundheitswesen. Sind Sie nun als Klinik auf die Herausforderungen der Zukunft besser vorbereitet?

Johannes Ewert: Wir haben im Rahmen einer QM-Führungskräfteschulung zu Beginn der Implementierung des QM-Systems das Thema „Zukunftsfähigkeit“ in Bezug auf unsere Einrichtung eingehend diskutiert. Konsens dieser Diskussion war, dass zum Beispiel geregelte Führungsstrukturen, Transparenz, Innovationsfähigkeit, also funktionierende Veränderungsprozesse, und ein stabiler Status Quo einige der Merkmale von Zukunftsfähigkeit darstellen. Diese Merkmale sind auch in den Grundsätzen des Qualitätsmanagements wiederzufinden. Wir können also davon ausgehen, dass der Weg, ein funktionierendes Qualitätsmanagementsystem zu implementieren, ein Schritt zu Konsolidierung und Verbesserung der Zukunftsfähigkeit des Zentrums für Soziale Psychiatrie Kurhessen ist.

LWV-Info: Der Qualitätsbegriff bezieht sich ja in starkem Maße auf Ihre Patienten ...

Johannes Ewert: „Kundenorientierung“ ist ein elementarer Grundsatz des Qualitätsmanagements. Unsere Kunden sind nicht nur die Patienten, sondern auch Einweiser, Angehörige und Kostenträger. Die Zufriedenheit besonders unserer Patienten und eine Behandlung auf höchstem fachlichen Niveau steht natürlich weiterhin im Fokus unserer Bemühungen und darf unter den ökonomischen Rahmenbedingungen nicht einbrechen. Daher werden wir in diesem Jahr anfangen, durch systematische Patientenbefragungen die Zufriedenheit unserer Patienten zu ermitteln. Maßnahmen zur Optimierung interner Prozesse und der Vernetzung im regionalen Hilfesystem sollen eine Verbesserung oder zumindest Erhaltung der Qualität unserer Dienstleistungen bei immer enger werdenden ökonomischen Rahmenbedingungen ermöglichen, um dem Auftrag, kranke Menschen zu behandeln, auch in Zukunft noch gerecht zu werden.

Johannes Ewert ist Qualitätsmanagementbeauftragter der Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie Merxhausen. Mit ihm sprach Jörg Daniel.

Krankenhäuser und Kliniken sind gesetzlich verpflichtet, zur Sicherung ihrer Leistungsfähigkeit ein Qualitätsmanagementsystem einzusetzen. Die Norm DIN ISO 9001:2000 bietet dabei ein geregeltes und inhaltlich strukturiertes Vorgehen an, ein bereits eingeführtes Qualitätsmanagement zu bewerten. Beide Instrumente haben die Aufgabe, mehr Transparenz in den komplizierten „Produktionsprozess“ der klinischen Leistungen zu bringen. Die zur Bewertung erforderlichen Daten werden durch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter selbst erfasst und gemeinsam mit der Klinikleitung bewertet. Im folgenden Schritt werden die Ergebnisse an die Mitarbeiter kommuniziert, um den Leistungsstand der Klinik zu verdeutlichen, aber auch die Wertschätzung der Mitarbeiter durch die Klinikleitung zum Ausdruck zu bringen. Die Audits werden in regelmäßigen Abständen wiederholt.

P ERSONALIEN

Erfolge

Wir gratulieren den Kolleginnen und Kollegen zur bestandenen Prüfung

Staatsexamen in der Krankenpflege Klinikum Weilmünster gGmbH

ANJA DE MARINIS
JENS DOBCZINSKI
EILEEN DROMMERSHAUSEN
DAMIR DRUZINEC
NADINE JAHR
MELANIE KIEFER
TOBIAS KOBER
NINA KREBS
NADINE MOSER
KATARZYNA PODDEBNIAK
MIRIAM ROMPEL
SIMONE SATTLER
MICHAEL SCHERMULY
TATJANA SCHUSTER
JESSICA VON TRAPP
DIANA WOHLGEMUTH

WALTRAUD BORNMANN
Krankenschwester
ZSP Haina (Kloster) 1. 3.2004

HEINRICH HESSE
Krankenpflegehelfer
ZSP Haina (Kloster) 1. 3.2004

LOTHAR WELDNER
Stationspfleger
ZSP Haina (Kloster) 1. 3.2004

WERNER WÜRFEL
Krankenpfleger
ZSP Haina (Kloster) 1. 3.2004

INGEBURG ZELINSKI
Stellv. Stationschwester
ZSP Haina (Kloster) 1. 3.2004

GABRIELE REINHARDT
Arztschreibkraft
ZSP Mittlere Lahn, Marburg 1. 3.2004

BRIGITTE GÖTTE
Krankengymnastin
ZSP Mittlere Lahn, Marburg 7. 3.2004

JÖRG FISCHER-PLEIL
Dipl.-Psychologe
ZSP Mittlere Lahn, Gießen 29. 3.2004

KARIN GERING
Sozialarbeiterin
RV Wiesbaden 1. 4.2004

MARCO DON
Stationspfleger
ZSP Kurhessen, Bad Emstal 1. 4.2004

ILONA SCHALL
Krankenschwester
ZSP Kurhessen, Bad Emstal 1. 4.2004

NORBERT PETER
Krankenpfleger
ZSP Rheinblick, Eltville 1. 4.2004

HEIDI STRAUB-RÖSSNER
Krankenpflegehelferin
ZSP Rheinblick, Eltville 1. 4.2004

HARDI-LOTTE TREMPER
Sozialarbeiterin
ZSP Rheinblick, Eltville 1. 4.2004

ALOIS JÄCKEL
Stellv. Leiter Wohn- und Pflegeheim
ZSP Rheinblick, Eltville 2. 4.2004

25-jähriges Dienstjubiläum

HILTRUD SCHÖNEWOLF
Erzieherin
SPZ Wabern-Homberg 20. 9.2003

KARIN SCHAPPERT
Erzieherin
Hermann-Schafft-Schule, Homberg
17.10.2003

RALPH NUHN
Erzieher
SPZ Wabern-Homberg 1. 1.2004

AXEL GOERLACH
Stellv. Päd. Leiter HPE
ZSP Haina (Kloster) 15. 1.2004

GERHARD BUCHENAU
Sozialarbeiter/-pädagog
HV Kassel 14. 2.2004

ANNA HETZER
Verwaltungsangestellte
HV Kassel 23. 2.2004

MONIKA KIMM
Hausgehilfin
ZSP Kurhessen, Bad Emstal 17. 4.2004

HASSO-WOLF ELSNER
Fachkrankenschwester
ZSP Mittlere Lahn, Marburg 29. 4.2004

VOLKMAR NÄGLER
Technischer Angestellter
RV Wiesbaden 1. 5.2004

40-jähriges Dienstjubiläum

HARALD SPIELBERG
Technischer Oberamtsrat
HV Kassel 17. 2.2004

RENATE EMMERT
Verwaltungsangestellte
RV Darmstadt 1. 3.2004

ELKE BAYER
Pflegerin
ZSP Kurhessen, Bad Emstal 1. 3.2004

BRIGITTE BIEDERMANN
Amtsinspektorin
HV Kassel 1. 4.2004

CHRISTA DÖRFLER
Amtsrätin
HV Kassel 1. 4.2004

HEIDRUN FENDLER
Stenotypistin
HV Kassel 1. 4.2004

HEINZ FRIEDRICH
Verwaltungsangestellter
HV Kassel 1. 4.2004

KARL HEINZ HESSE
Verwaltungsoberrat
HV Kassel 1. 4.2004

DIETRAM KREß
Amtsrat
HV Kassel 1. 4.2004

MANFRED KÜCHENMEISTER
Amtsrat
HV Kassel 1. 4.2004

EGON LUHN
Amtmann
ZSP Hochtaunus gGmbH,
Friedrichsdorf 1. 4.2004

HORST PFEIFFER
Amtsrat
HV Kassel 1. 4.2004

VOLKER SCHWEITZER
Verwaltungsrat
HV Kassel 1. 4.2004

MANFRED STERN
Amtsrat
RV Wiesbaden 1. 4.2004

NORBERT MAGURA
Schreiner
ZSP Kurhessen, Bad Emstal 1. 5.2004

50-jähriges Dienstjubiläum

HANS PETER SCHAAF
Amtsinspektor
RV Wiesbaden 1. 4.2004

Nach mehr als 10 Dienstjahren aus dem LWV ausgeschieden

SANDRA REES
Verwaltungsangestellte
ZSP Kurhessen, Bad Emstal 19. 2.2004

Nach mehr als 10 Dienstjahren gingen in Rente

WILFRIED WEISSENSTEIN
Maler (Ausbilder)
SPZ Wabern-Homburg 31.12.2003

ARLA THEELEN
Datenerfasserin
HV Kassel 31. 1.2004

DR. IRADJ RADPARVAR
Heilpädagoge
ZSP Haina (Kloster) 31. 1.2004

MARIE-LUISE OTTO
Vorzimmersekretärin
HV Kassel 29. 2.2004

CHRISTEL SCHMIDT
Verwaltungsangestellte
RV Darmstadt 29. 2.2004

MARTHA WIBNER
Krankenschwester
ZSP Mittlere Lahn, Gießen 29. 2.2004

MARIA MÜLLER-BORD
Krankenschwester
ZSP Mittlere Lahn, Gießen 29. 2.2004

DIETER SCHNEIDER
Krankenpflegehelfer
ZSP Haina (Kloster) 31. 3. 2004

ANITA KUHN
Hausgehilfin
ZSP Haina (Kloster) 31. 3.2004

SIEGLINDE KOCH
Kinderpflegerin
Hermann-Schafft-Schule, Homberg
31. 3.2004

BEATE FÖHST
Registraturangestellte
HV Kassel 30. 4.2004

ROSEMARIE FRÖHLICH
Stenotypistin
RV Wiesbaden 30. 4.2004

INGEBORG POGUNTKE
Referentin
HV Kassel 30. 4.2004

JOACHIM ZANETTI
Verwaltungsangestellter
HV Kassel 30. 4.2004

HERBERT LAUER
Malergeselle
ZSP Mittlere Lahn, Marburg 30. 4.2004

MARGARETA NEU
Hausgehilfin
SPZ Wabern-Homburg 31. 5.2004

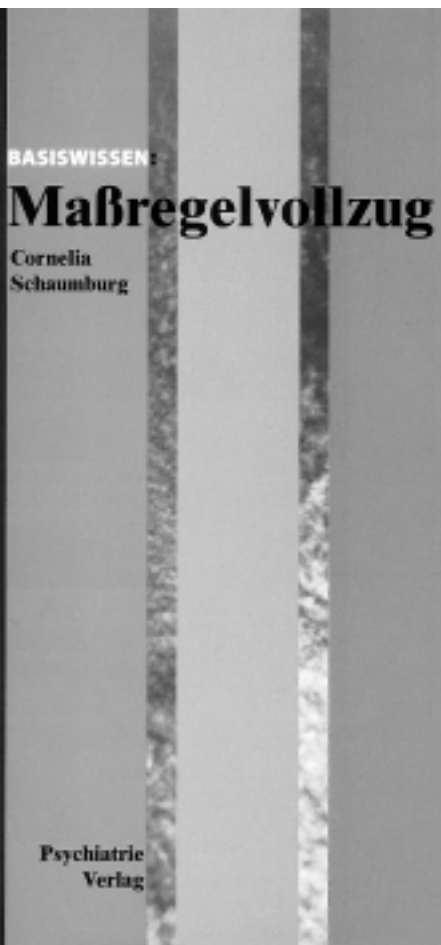
In den Ruhestand traten

GISELA KOCH
Amtsinspektorin
Stiftungsförster Kloster Haina 1. 4.2004

GÜNTHER BARTAUNE
Leitender Verwaltungsdirektor
HV Kassel 1. 5.2004

Die Personalien werden uns von der Personalabteilung der LWV-Hauptverwaltung und den LWV-Einrichtungen direkt geliefert. Die Redaktion trägt für diese Rubrik keine inhaltliche Verantwortung.

Aktuelles Kompendium zum Maßregelvollzug



Die Behandlung psychisch kranker und suchtkranker Menschen, die Straftaten begangen haben und die deshalb in den Maßregelvollzug eingewiesen werden, ist der Öffentlichkeit eine mit irrationalen Ängsten und tief sitzenden Vorurteilen verbundene Thematik. Eine reißerische Medienberichterstattung, die sich nicht selten eines Vokabulars wie „Sex-Gangster“, „Monster“, „tickende Zeitbomben“ oder „Psycho-Knast“ bedient und gern das Kanzlerwort vom „Wegsperrten – und das für immer“ zitiert, prägt das öffentliche Meinungsbild. Wer sich eingehender und sachlich mit dem Maßregelvollzug auseinandersetzen will, hat es schwer, geeignete Literatur aufzuspüren. Das kleine, 142 Seiten starke, vom Psychiatrie-Verlag in seiner Reihe „Basiswissen“ herausgegebene Büchlein von Cornelia Schaumburg schließt diese Lücke. Die Autorin wählt eine gut verständliche Spra-

che, erklärt medizinische und juristische Fachbegriffe und präsentiert so eine flüssig lesbare Lektüre. Das Buch beschreibt zunächst die rechtlichen Grundlagen sowie die Stellung des Maßregelvollzugs innerhalb des bundesdeutschen Rechtssystems, um dann auf die Kooperation zwischen Maßregelvollzugseinrichtungen und Justizorganen einzugehen. Der Leser kann dann den Weg eines Patienten im Maßregelvollzug vom Ermittlungsverfahren über das Einweisungsurteil zur Aufnahme und Behandlung in der forensischen Klinik bis hin zur Entlassungsvorbereitung und Bewährungsaussetzung verfolgen. Knapp und prägnant werden auch die heiklen Themen der Lockerungen und Entweichungen behandelt.

Der fachliche Erfahrungshintergrund der Autorin ist beim Lesen ihres Buches deutlich zu spüren. Cornelia Schaumburg stellt die Maßregelvollzugseinrichtung mit ihren Patienten, Mitarbeitern sowie den baulichen und rechtlichen Rahmenbedingungen in den Mittelpunkt. Sie sieht den Maßregelvollzugspatienten nicht nur als Täter, sondern auch als Menschen, beeinträchtigt durch seine psychische Störung oder durch eine aus der Lebensbiographie zu erklärende Persönlichkeitsstörung, zusätzlich stigmatisiert als krank und kriminell. Die Autorin spart auch nicht die besondere Problematik ausländischer Patienten mit Ausweisungsverfügung aus. Großen Raum nimmt die Behandlung im Maßregelvollzug ein; die verschiedenen Therapieangebote und der Behandlungsplan werden ausführlich beschrieben, auf Krisensituationen bis hin zur Suizidalität von Patienten geht Cornelia Schaumburg ein. Die Maßregelvollzugspraktikerin tritt besonders hervor, wenn sie das Behandlungsteam vorstellt und dabei den schmalen Grad zwischen Therapieanspruch und -auftrag auf der einen und die einschränkenden Sicherheitsanforderungen auf der anderen Seite beschreibt. Der

Umgang mit Gewalt und mit Drohungen wird ebenso aufgegriffen wie das Problem zwischen Distanz und Nähe bei Beziehungen zwischen Patienten und Mitarbeitern.

Länderspezifika kommen zu kurz

Der Bundesgesetzgeber steckte den rechtlichen Rahmen für den Maßregelvollzug ab, den die Bundesländer durch eine eigene Gesetzgebung ausgestalteten. Dabei kam es zu unterschiedlichen Entwicklungen. Der hessische Maßregelvollzug nimmt – wie ein Gutachten kürzlich feststellte – eine Vorreiterrolle ein. Deshalb hätten es einige Besonderheiten des hessischen Maßregelvollzugs verdient, erwähnt zu werden. So trifft der Hinweis der Autorin, dass Forschung in den Maßregelvollzugseinrichtungen eher eine geringere Rolle spiele, nicht zu. Die Klinik für forensische Psychiatrie Haina hat sich durch zahlreiche Publikationen auf diesem Gebiet national und auch international einen Namen gemacht.

Unter dem Stichwort „Nachbetreuung“ hat Hessen mit der dort praktizierten Form der forensischen Nachsorgeambulanz eine Besonderheit zu bieten. Die intensive Nachsorge durch Mitarbeiter der forensischen Kliniken erlaubt vergleichsweise kurze Behandlungszeiten bis zur Bewährungsaussetzung der Unterbringung und trägt nachweislich zu einem geringeren Rückfallrisiko bei. Dieser kriminalpräventive Ansatz überzeugte die Hessische Landesregierung, die die forensischen Nachsorgeambulanzen auch ohne gesetzliche Verpflichtung finanziert. Die Erfahrungen der Klinik für forensische Psychiatrie Hadamar widersprechen der Feststellung der Autorin, dass es durchaus möglich sei, suchtkranke Männer und Frauen gemeinsam auf einer Maßregelvollzugstation zu behandeln. Frauen bilden eine Minderheit im Maßregelvollzug und werden deshalb in gemischten Stationen zu einem Rollenverhalten gezwungen, das eine

erfolgsversprechende Therapie sehr beeinträchtigt. Frauenstationen sind unverzichtbar und sollten deshalb länderübergreifend betrieben werden, wie dies zwischen Hessen und Rheinland-Pfalz geschieht.

Das Büchlein von Cornelia Schaumburg will in erster Linie „Insider“ ansprechen. Die übersichtliche und

prägnante Form der Darstellung und die verständliche Sprache empfehlen diese Publikation aber auch einer breiteren Öffentlichkeit. Manches Mitglied einer Bürgerinitiative gegen eine forensische Klinik könnte sich hier informieren und so zu neuen Sichtweisen gelangen.
Joachim Hübner



Cornelia Schaumburg: Basiswissen Maßregelvollzug (unter juristischer Beratung von Heinz G. Tritschler), Bonn 2003 (Psychiatrie-Verlag)

Literaturwettbewerb für Menschen mit einem Handicap

Durch künstlerischen Ausdruck mit einer Umwelt kommunizieren, die ansonsten bei Krankheit und Behinderung eher reserviert und nicht gerade kommunikationsfreundlich auftritt. Die Idee des Beauftragten der Bundesregierung für die Belange behinderter Menschen, im Europäischen Jahr der Menschen mit Behinderungen neben einem Wettbewerb für die freien Künste (siehe Info Nr. 4/2003) auch zu literarischen Beiträgen aufzurufen, lag nahe. Nun liegt das Ergebnis vor. Zur Teilnahme am Literaturwettbewerb aufgerufen waren Patienten mit ernsten Erkrankungen und behinderte Menschen sowie junge Erwachsene unter 25 Jahren. Etwa 500 Autoren nahmen teil, ihre Beiträge wurden von einer unabhängigen Jury beurteilt, drei der Beiträge wurden prämiert. 35 eingesandte Beiträge wurden in einem Buch mit dem Titel „Nehmt mich beim Wort“ veröffentlicht. Zehn Texte enthält die dem Buch beiliegende CD als „Hörbuch“.

Bereits im Vorwort geht der Herausgeber, Karl Hermann Haack, auf das eigentliche Ziel des Wettbewerbs ein, nämlich den fürsorglichen Blick auf Behinderte abzubauen und zu zeigen, dass auch behinderte Autoren etwas leisten können. Ja, vielleicht haben sie den Gesunden aufgrund

ihrer besonderen Erfahrungen manchmal sogar etwas voraus, was man mit dem Wort Reife umschreiben kann. Bis auf einen Beitrag, eine Weihnachtsgeschichte, thematisieren alle Geschichten das Leben mit einer Behinderung und das Zusammenleben mit Gesunden. Auffallend beim Lesen der Texte ist, dass die meisten Beiträge beim zweiten Lesen gewinnen. Die erste prämierte Geschichte, „Nehmt mich beim Wort“ von Nelly Christina Kuske, ist auch gleichzeitig der Titel des Buchs. Sie ist bruchstückhaft geschrieben und erschließt sich dem Leser nur schwer. Die zweite Preisträgerin, Petra Hechler aus Darmstadt, thematisiert in der Geschichte „Worte – zu spät“ den selbstbewussten Umgang mit einer ernsten Diagnose. Diese Geschichte ist für den Leser gut zugänglich. Der ausgezeichnete Beitrag „Innerer Monolog“ von Wolfgang Nitsche kann in weiten Teilen wegen Langatmigkeit nicht überzeugen. Die meiner Meinung nach schönste Geschichte ist „Benni“ von Julia Becker. Hierin wird erzählt, wie ein junger Epileptiker mit Wasserkopf sich gegen eine notwendige Operation sperrt, die später auch mit schweren Komplikationen endet. Am Ende wünscht sich der Patient den Tod und stirbt. Dieser Beitrag ist für

einen Amateur auffallend gut geschrieben und geht wirklich unter die Haut.

Ebenfalls sehr gelungen ist „Flüchtige Begegnung“ von Joachim Frank. Ein junger Mann versucht mit einem attraktiven Mädchen zu flirten, das seltsamerweise darauf nicht reagiert. Schließlich erkennt er ihre Behinderung und bricht den Annäherungsversuch ab. Hier wird ein wichtiges Thema für behinderte Menschen aufgegriffen, nämlich Liebe und Sexualität und die Ablehnung von Menschen mit Behinderung durch Gesunde. Dieser Beitrag fällt besonders durch sein gelungenes Ende auf. Von den 35 Verfassern kommen zwei aus Hessen. Der bereits oben besprochene Text „Worte zu spät“ von Petra Hechler aus Darmstadt und „Der Einakter“ von Gwendolyn Schulte aus Marburg.

Constantin Gora/(jda)



Karl Hermann Haack (Hg.), Nehmt mich beim Wort. Von Buntschatten, Pandas und 50 Arten, die Strümpfe anzuziehen. Literaturwettbewerb zum Europäischen Jahr der Menschen mit Behinderungen, München, 2003 (C. Bertelsmann Verlag)

Der Mensch im Mittelpunkt – Modellprojekte gestartet



Unterzeichnung der Vereinbarung für den Vogelsbergkreis (v. l.): Ulrich Krüger, Geschäftsführer der Aktion Psychisch Kranke; Rudolf Marx, Landrat des Vogelsbergkreises und Abgeordneter der LWV-Verbandsversammlung, sowie Uwe Brückmann, Erster Beigeordneter des LWV.

Foto: Vogelsbergkreis

In zehn hessischen Landkreisen und kreisfreien Städten wollen die für die psychiatrische Versorgung verantwortlichen Instanzen künftig enger zusammenarbeiten. Auch wollen sie ihre Hilfen stärker am Grundsatz der Personenzentrierung ausrichten. Dazu unterzeichneten die Beteiligten in sechs hessischen Landkreisen und Städten – unter ihnen der LWV sowie einige LWV-Einrichtungen – in den vergangenen Wochen Vereinbarungen über Modellprojekte, in denen Inhalt und Verfahren festgeschrieben werden. Diese „Implementationsprojekte“ werden vom Hessischen Sozialministerium unterstützt.

Mit dem durch die Psychiatrie-Enquete postulierten Grundsatz der „gemeindenahen Psychiatrie“ entstand in den Städten und Landkreisen ein enges Netz komplementärer, also die stationäre Versorgung ergänzender Hilfeangebote, die von Tageskliniken bis hin zu Selbsthilfegruppen reichen. Im Anschluss daran konnten stationäre Kapazitäten deutlich verringert werden. Eine durch das Hessische Sozialministerium in Auftrag gegebene Bestandsaufnahme aus dem Jahr 2002 bescheinigt den Beteiligten in Hessen insgesamt, die Reformziele der Psychiatrie-Enquete weitgehend erreicht zu haben. Die Kooperation der Leistungserbringer und Kostenträger vor Ort jedoch

erschien den Gutachtern verbesserungsbedürftig. Grund genug für die Verantwortlichen, ein Modellprojekt in mehreren Gebietskörperschaften auf den Weg zu bringen. In den vergangenen Wochen wurden die dazu erarbeiteten Vereinbarungen unterzeichnet. Modellprojekte wird es zunächst in den Kreisen Main-Kinzig, Lahn-Dill, Vogelsberg, Wetterau, Darmstadt-Dieburg sowie der Stadt Darmstadt geben. Ebenfalls dabei ist die Landeshauptstadt Wiesbaden. In allen Vereinbarungen gehört der LWV als Kostenträger für viele Menschen mit seelischer Behinderung und Menschen mit Abhängigkeitserkrankungen sowie als Träger der in den Modellregionen bestehenden Kliniken und Heimen mit zu den Unterzeichnern. Auch beteiligt ist die „Aktion psychisch Kranke e. V.“ als bundesweite Selbsthilfeorganisation psychisch kranker Menschen. Sie wird die Modellprojekte wissenschaftlich begleiten und bewerten, ob die Zielsetzungen erreicht wurden.

Die Vereinbarung schreibt fest, dass die Beteiligten eng zusammenarbeiten und in gemeinsamen Hilfeplan-Konferenzen die erforderlichen Hilfen passgenau abstimmen. Darüber hinaus eröffnet die Zusammenarbeit die Möglichkeit, gemeindepsychiatrische Verbände aufzubauen, welche sowohl koordinierende wie auch Pla-

nungs- und Steuerungsaufgaben sowie verbindliche Absprachen übernehmen sollen. Der Verbund hat die Aufgabe eines einrichtungsübergreifenden Qualitätsmanagements, mit dem die Qualität im Versorgungsgebiet sichergestellt werden soll. Zur Qualitätssicherung gehört die Verankerung des Grundsatzes der Personenzentrierung (siehe Kasten). Dazu wollen die Beteiligten das Instrument des „Integrierten Behandlungs- und Rehabilitationsplans“ einführen, welcher unter maßgeblicher Beteiligung des psychisch kranken Menschen erarbeitet wird. Auch haben die Unterzeichner vereinbart, dass zu den Zielen der Modellprojekte der stärkere Ausbau ambulanter Betreuungsformen, wie beispielsweise das Betreute Wohnen, gehören soll. (jda)

Personenzentrierung statt Einrichtungszentrierung

In der Versorgung von Menschen mit Behinderungen wurde über mehr als 100 Jahre in den Kategorien „Einrichtung“ und „Plätze“ gedacht und gehandelt. Ein Mensch, der in seinem eigenen Lebensumfeld nicht zurechtkommt, weil er seelisch krank oder behindert ist, wird in einer stationären oder teilstationären Einrichtung „untergebracht“ und aus seinem angestammten Lebensfeld ausgegliedert. Häufige Konsequenz einer solchen Rehabilitationsmaßnahme ist die persönliche, subjektive Entwurzelung aus dem vorherigen Lebensumfeld, auch gehen Fertigkeiten und soziale Kompetenzen verloren. Der Mensch wird ausgegliedert statt eingegliedert.

Einen anderen, gegenteiligen Ansatz verfolgen die personenzentrierten Hilfen. Der personenzentrierte Ansatz verfolgt das Ziel einer bedarfsgerechten, lebensfeldbezogenen und effizienten Versorgung von psychisch kranken und seelisch behinderten Menschen auf der Grundlage einer konsequenten Orientierung am individuellen Hilfebedarf. Eine eigene Wohnung markiert den Fix- und Angelpunkt der personenzentrierten Hilfe. Auch sollen „Persönliche Budgets“ in Zukunft den Grundsatz personenzentrierter Hilfen verwirklichen helfen.

Schule am Sommerhoffpark: Grundstein für neue Schulgebäude gelegt

Den Grundstein für ein neues dreigeschossiges Schulgebäude und eine Sporthalle an der Schule am Sommerhoffpark, der LWV-Schule für Hörgeschädigte in Frankfurt, legte im März der Erste Beigeordnete des LWV, Uwe Brückmann. „Mit den Neubauten verbessern wir die derzeit in einigen Bereichen beengte räumliche Situation und gleichzeitig auch die Ausbildungsqualität an der Schule“, so Uwe Brückmann bei der Grundsteinlegung.

1995 wurde im Schulentwicklungsplan des LWV festgelegt, dass der Standort der Schule für Hörgeschädigte in Frankfurt/Main erhalten bleibt. 2001 kaufte der LWV die Liegenschaft der Schule am Sommerhoffpark von der Stadt Frankfurt und begann mit den Planungen der Neubaumaßnahme. Damit kam der LWV zum einen einer gesetzlichen Verpflichtung nach, zum anderen sollte so die derzeit in einigen Bereichen beengte räumliche Situation verbessert werden. Eine Sporthalle fehlte bislang auf dem Gelände.

Größeres Platzangebot

In dem Neubau mit insgesamt rund 3.800 m² Fläche werden in den beiden unteren Etagen sowohl Klassen- und Horträume für die Kinder der Vorklassen und Grundstufe als auch naturwissenschaftliche Räume, Werkstätten und ein Musikraum für alle Kinder und Jugendlichen der Schule geschaffen. Zudem sollen im Obergeschoss die Frühförderstelle für Hörgeschädigte und die Beratungsstelle für Hörgeschädigte einziehen. Neben dem neuen dreigeschossigen Gebäude erhält die Schule nun auch eine Sporthalle.

Die gesamte Baumaßnahme kostet einschließlich der Baunebenkosten rd. 6,5 Mio. €. Diese Kosten werden im Wesentlichen aus der Schulbaupauschale des Landes finanziert. Da mit dem Neubau auch die Ganztagsbetreuung der Schülerinnen und



Große Gästeschar bei der Grundsteinlegung.

Foto: Schule am Sommerhoffpark

Schüler verbessert wird, hofft der LWV auf zusätzliche Unterstützung aus Mitteln, die die Bundesregierung den Ländern für die Verbesserung der Ganztagsbetreuung zur Verfü-

gung stellt. Der Bezug des Neubaus und der Sporthalle sind für Anfang des Jahres 2005 geplant. Anschließend soll die gesamte Außenanlage saniert werden. (rvk)

Jüngste Hörgeschädigten-Schule

Die Schule am Sommerhoffpark ist mit 30 Jahren die jüngste der vier LWV-Schulen für Hörgeschädigte. Hier werden rund 150 Kinder und Jugendliche mit unterschiedlichen Hörschäden und Kommunikationsfähigkeiten unterrichtet und gefördert. Seit 1974 ist die Schule ein Beratungs- und Förderzentrum, das über eine Frühförderstelle für

hörgeschädigte Kinder bis zum Schulalter, eine ambulante Fördermaßnahme für hörgeschädigte Schüler und Schülerinnen an allgemeinen Schulen und eine Beratungsstelle für hör- und sprachgeschädigte Kinder und Jugendliche verfügt. (rvk)

Erfolgreiches Modellprojekt



Zogen eine erfreuliche Zwischenbilanz: Frank-Martin Neupärtl, Landrat des Schwalm-Eder-Kreises (l.) und Erster Beigeordneter Uwe Brückmann.

Foto: Schwalm-Eder-Kreis

Bei einem Termin im Homberger Landratsamt hat der Erste Beigeordnete des LWV, Uwe Brückmann, den Landrat des Schwalm-Eder-Kreises, Frank-Martin Neupärtl, über die Ergebnisse des im Februar 2002 gemeinsam gestarteten Modellprojektes zur schulischen Integration körperlich, geistig und mehrfach behinderter Kinder unterrichtet. Neupärtl, auch Mitglied der LWV-Verbandsversammlung, zeigte sich erfreut über die positive Bilanz des Projektes: In drei von insgesamt vier Fällen, die in einer gemeinsamen Arbeitsgruppe, bestehend aus LWV, Landkreis und Staatlichem Schulamt, bisher beraten wurden, konnte eine Internatsunterbringung oder eine lange und strapaziose tägliche Anfahrt vermieden werden (siehe LWV Info Nr. 3/2003, S.9). „Entwicklungsfördernd ist vor allem, dass die Kinder durch gezielte und individuelle Hilfen in ihrem vertrauten sozialen Umfeld bleiben können“, resümierte Brückmann das Projekt. Neupärtl hob die vertrauensvolle

Kooperation zwischen den Beteiligten in der gemeinsamen Arbeitsgruppe hervor: „Dies geschah stets mit umfassender Beteiligung der Eltern, der Elternwunsch war mit ausschlaggebend für die Entscheidung der Fachleute in der Arbeitsgruppe.“ Beide waren sich einig, dass das Modellprojekt Anforderungen an eine bedarfsgerechte, integrative und möglichst früh einsetzende Förderung von Menschen mit Behinderungen erfülle: „Auch hier gilt der Grundsatz des ‚ambulant vor stationär‘, weil so stabile soziale Strukturen gefördert werden. Des weiteren trägt das Projekt zur Kostendämpfung der wachsenden Sozialausgaben bei.“ Die Vertragspartner haben nun vereinbart, dass diese Hilfen dauerhaft gewährt werden sollen. Nach den positiven Erfahrungen im Schwalm-Eder-Kreis plant der LWV mit weiteren Landkreisen in Kontakt zu treten, um über eine Ausweitung des Modellprojektes zu verhandeln. (jda)

Ausstellung in Washington zeigt Exponate vom Eichberg

Den weiten Weg in die USA haben eine Zellentür, die vermutlich ein Isolationszimmer in der ehemaligen Landheilanstalt Eichberg sicherte, und ein ebenfalls von dort stammendes Aufbewahrungsgefäß für Gehirne zurückgelegt. Sie wurden vom LWV dem United States Holocaust Memorial Museum (USHMM) in Washington als Schenkung bzw. Leihgabe für eine Ausstellung zur Verfügung gestellt, die im April öffnete: „Tödliche Medizin: Das Schaffen der Herrenrasse“ stellt zum ersten Mal in einer großen US-amerikanischen Ausstellung die aus darwinistischen Auffassungen abgeleitete NS-Rassenlehre und ihre schreckliche Praxis der Vernichtung „lebensunwerten Lebens“ dar und zeigt mehr als 200 Original-Exponate, rund 200 fotografische Reproduktionen sowie zahlreiche Zeugnisse von Überlebenden, die aus 40 Archiven rund um die Welt stammen. Bereits vor mehr als zwei Jahren traf die Anfrage der USHMM-Mitarbeiter nach möglichen Ausstel-



Ausstellungsexponat im Washingtoner Holocaust-Museum: Zellentür aus der ehemaligen Landheilanstalt Eichberg.

Foto: United States Holocaust Memorial Museum

lungsobjekten auf dem Eichberg ein. Neben der Tür, die über ein Beobachtungsfenster verfügt und vermutlich ein Isolationszimmer abschloss, konnte das ZSP Rheinblick ein Glasgefäß anbieten, welches einst als Behälter für Gehirne diente, die zum Transport in die Universität Heidelberg bestimmt waren. Nach Ende der Ausstellung kehrt dieses Gefäß nach Eltville zurück, die Tür bleibt im USHMM.

Dass es sich beim Thema der Ausstellung nicht lediglich um ein Kapitel geschichtlicher Aufklärung und Aufarbeitung handelt, betonte Museumsdirektorin Sara J. Bloomfield bei der Eröffnung der Ausstellung: „Tödliche Medizin“ beleuchtet die Wurzeln des Holocaust im seinerzeitigen wissenschaftlichen und pseudo-wissenschaftlichen Denken. Gleichzeitig berührt es komplexe ethische Themen, mit denen wir heute konfrontiert

sind, beispielsweise wie Gesellschaften wissenschaftliche Kenntnisse erwerben und nutzen und wie die Rechte des Einzelnen mit den Bedürfnissen einer größeren Gemeinschaft in ein Gleichgewicht gebracht werden können.“ Die Ausstellung im USHMM wird bis Oktober 2005 gezeigt, eine Internetversion liegt auch vor und kann unter der Adresse www.ushmm.org/deadlymedicine besucht werden. (jda)

Gerontopsychiatrische Station saniert



Überzeugten sich im Februar von der Funktionalität der neuen Station (v. l.): Bernd Kuschel, Krankenpflegedirektor der Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie im ZSP Hochtaunus; Dr. Wolfgang Gantert, dort Leitender Arzt, und Regina Bonnert, Stationsschwester der Station für Gerontopsychiatrie.

Foto: Dieter Becker

Schrittweise hat das Waldkrankenhaus Köppern, Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie im ZSP Hochtaunus, eine in 18 Monaten Bauzeit völlig neu eingerichtete gerontopsychiatrische Station in Betrieb genommen. Die Station 5 verfügt nun auf rund 600 Quadratmetern Gesamtfläche über 16 Betten in modernen und hellen Einzel- und Doppelzimmern mit zugehörigen Nasszellen. Behandelt werden dort ältere Menschen, die an Demenzerkrankungen, Psychosen, Persönlichkeitsstörungen oder Depressionen leiden. Der Unterbringungsstandard konnte durch den Umbau des 1943 errichteten Gebäudes wesentlich erhöht werden. Auch Brandschutzaufgaben galt es umzusetzen. Leitender Arzt Dr. Wolfgang Gantert hat vor allem das Wohl der

Patienten im Auge: „Mit dem Zuschnitt der Zimmer kommen wir dem Wunsch der Patienten entgegen, ihre Privatsphäre während des Klinikaufenthaltes noch besser zu schützen“, sagte der Arzt mit Hinweis auf die Ausstattung der Patientenzimmer mit eigenem Sanitärebereich. Auch in Zukunft wird der Baukran über dem Waldkrankenhaus schweben: Für das kommende Jahr ist der Umbau eines weiteren Gebäudes der Gerontopsychiatrie vorgesehen. Rund 1,3 Mio. € Baukosten sollen nach den diesbezüglichen Planungen investiert werden. Finanziert werden soll das Ganze aus dem Krankenhausbauprogramm des Landes Hessen. Sinn macht dieser Ausbau auch vor dem Hintergrund wachsender Patientenzahlen im Waldkranken-

haus: „2003 zählten wir mehr als 1.550 Patienten in den vollstationären Bereichen“, erläuterte Krankenpflegedirektor Bernd Kuschel. „Entgegen der Planzahl von 112 Betten entsprach dies einer tatsächlichen Belegung von 115,37.“ Kuschel führt diese Steigerungsraten auf die gewachsene Akzeptanz der Klinik bei der Bevölkerung zurück. (jda)

Nibelungen-Krieger am Schreibtisch



Gleich in zwei Statistenrollen ist LWV-Mitarbeiter Volker Barmann bei den Wormser Nibelungenfestspielen mit von der Partie: Als Burgunder und als Hunne steht Barmann, der tagsüber ganz undramatisch seine Arbeit im Regionalmanagement Darmstadt des ZGM Kriegsoferfürsorge verrichtet, von Mitte Juni bis Ende August unter Regisseurin Karin Bayer auf der Bühne. Bühnenerfahrung kann der Rechenstellenmann bereits vorweisen: Seit Jahren gehört er zur Statisterie des Nationaltheaters Mannheim. Hans-Josef Becker/(jda)

Foto: privat

„Fit in den Frühling“



Vor dem gesunden Mittagessen noch ein paar Tipps: Katja Schneider von der sancura BKK (links) informiert Alfred Czermak (Mitte) und Klaus Krahl vom LWV-Integrationsamt rund um die Ernährung. Foto: Tanja Partosch

Darauf vorbereitet waren sie ja bereits, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der LWV-Hauptverwaltung in Kassel, während einer Woche im März auf dem Speiseplan der Kantine Gerichte mit exotisch anmutenden Namen wie „Provencialischer Gemüseauflauf“ oder „Hähnchenbrustfilet in Honigkruste mit Safranreis“ zu finden. Auch die Beilagensalate erschienen eine Spur frischer und knuspriger als sonst auf dem Teller. Hintergrund: Die sancura BKK wollte das Thema Gesundheit in das Bewusstsein ihrer Versicherten heben und mit den Kantinenangeboten gute Beispiele zum Nachkochen liefern. Rezepte nahm manch begeisterte Esserin gleich mit nach Hause. Dringender Wunsch Ute Meyers vom Zielgruppenmanagement für Menschen mit seelischen Behinderungen an die Kantinenbesatzung: „Kocht so weiter!“ Das neudeutsche Stichwort dieser Woche lautete: „Fatburner“. Die Gerichte enthielten also Bestandteile, die den Fettabbau im Körper fördern sollen. Frei übersetzt: Abnehmen durch

Essen – eigentlich eine tolle Idee! Dass es nicht allein mit dem Essen getan ist, dass sich Fitness nur dann einstellt, wenn auch eine gesunde Lebensweise insgesamt hinzukommt, konnten Interessierte in Beratungsgesprächen erfahren: Mitarbeiterinnen der sancura BKK informierten am Kantineneingang mit Tipps und Infobroschüren, nach Anmeldung konnte man sich zu einer Ernährungsberatung mit Ernährungsanamnese und Körperfettanalyse in benachbarten Räumen einfinden. Dort wurden auch Blutzucker- und Cholesterinspiegel bestimmt – ganz ohne Praxisgebühr. Arzthelferin Anneliese Kraus erwies sich dort als Vorkämpferin gegen allzu ausgiebigen Kaffeekonsum, einer altbekannten, aber nicht gerade gesundheitsförderlichen Leidenschaft von Menschen in den Bürostuben dieser Welt: „Kaffee ist ein Cholesterinanreger. Zum Kaffee empfehle ich daher immer, ein Glas Wasser zu trinken“, war ihr Tipp. Ob mensch eher ein „Apfel-“ oder „Birnetyp“ ist, diagnostizierten die sancura-Mitarbeiter-

innen Franca Mangiameli und Suzanne van Dullemen bei einer Ernährungsberatung. Beim Apfeltyp sammeln sich überflüssige Pfunde eher im Bauchbereich, der Birnetyp legt schnell um die Hüften herum zu. Ihre Empfehlung: Kohlehydrate meiden, mehr Rohkost essen. Ein paar mehr Äpfel und Birnen dürfen es dabei schon sein. Die Aktion in Kassel war nicht die letzte dieser Art: Auch in den Regionalverwaltungen sowie in Einrichtungen will die sancura BKK für mehr Sensibilität im Hinblick auf die eigene Gesundheit werben, kündigte Helmut Siebert, Leiter des Servicebereiches Personal und einer der Initiatoren der Aktion, an. Tanja Partosch/(jda)

Frauen in der Forensik

Einer in der forensischen Psychiatrie eher kleinen Patientengruppe, den Frauen, wendet sich die 1. Hadamarer Frauenfachtagung „Frau-Sucht-Delinquenz“ zu, die vom 12. bis 13. Juli 2004 in der Klinik für forensische Psychiatrie Hadamar stattfindet. Die zweitägige Tagung eröffnet mit mehreren Fachvorträgen anerkannter Expertinnen, bevor Mitarbeiterinnen der Hadamarer Klinik am zweiten Tag ihr Frauenkonzept vorstellen. Auch wird ein Einblick in Therapieansätze gewährt, die mit künstlerischen Methoden arbeiten. Für die Tagung wird ein Beitrag von 150 € erhoben. (jda)



INFO Ausführliche Informationen und Anmeldungen:

Klinik für forensische Psychiatrie Hadamar, Dr. M. Philipp, Mönchberg 8, 65589 Hadamar, Tel.: 0 64 33 / 9 17 – 2 48, Fax: 0 64 33 / 9 17 – 3 72, EMail: aerztl.dir.forensik@zsp-hadamar.de

10 neue Arbeitsplätze für Menschen mit Behinderungen in Kassel

Mitte März eröffneten in Kassel LWV-Landesdirektor Lutz Bauer und Ilona Caroli, Vorsitzende des Vereins für Volkswohl e. V. (VfV), das Dokumentenmanagement-Center projob, dessen Aufbau vom LWV-Integrationsamt mit 1,27 Mio. € gefördert wurde. Ab sofort finden hier 10 Menschen mit Behinderungen eine befriedigende und zukunftssichere Beschäftigung in einer Region, die von hoher Arbeitslosigkeit geprägt ist. Nach Meinung von Landesdirektor Lutz Bauer, der Stadt Kassel sowie der IHK und des Arbeitsamtes ist das Unternehmen projob betriebswirtschaftlich tragfähig und verbessert die Beschäftigungssituation behinderter Menschen im Raum Kassel wesentlich.

Von der digitalen Erfassung, Archivierung, Datenpflege sowie Vervielfältigung und Lagerung bis zur Aktenvernichtung reicht das Angebot des größten Dokumenten-Management-Centers für öffentliche und privatwirtschaftliche Einrichtungen im Raum Kassel. Dabei ist es hessenweit das einzige Unternehmen seiner Art, das seinen Kunden über gesicherte Internetverbindungen Zugriff auf ihre Daten ermöglicht.

„Die projob-Dienstleistungen erspa-



Sabrina Stiehl an ihrem neuen Arbeitsplatz in der projob gGmbH.

Foto: Facette

ren unseren Kunden enorme Raum- und Personalkosten und optimieren die Effizienz der Geschäftsprozesse“, erklärt Betriebsleiter Roland Müller. Die Scan- und Verarbeitungskapazität betrage über 150.000 Seiten und Belege pro Tag, die Aktenvernichtung schreddere täglich bis zu 5 Tonnen, so Dr. Frank Walter, Geschäftsführer von Walter-Fenster in Kassel. Er nutzt

seit Kurzem die zukunftsweisende Dienstleistung.

Bei aller Effizienz und Kundenorientierung bleibt jedoch das Hauptziel des Unternehmens die berufliche Integration von Menschen, die ohne Hilfe auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt wenig oder keine Chancen haben. Constantin Gora

Zukunft liegt in gestärkter Zusammenarbeit

Erneut großes Interesse hat das Herborner Pflege- und Erziehungsforum ausgelöst: Rund 110 Experten aus allen Bereichen der Kinder- und Jugendpsychiatrie kamen im April zum zweiten Mal zu einem Reigen von Fachthemen im Herborner Rehbergpark zusammen. Die Kooperation zwischen Kinder- und Jugendpsychiatrie auf der einen und der (kommunalen) Jugendhilfe auf der anderen Seite stand im Mittelpunkt der eintägigen Veranstaltung.

Dabei waren durchaus kritische Stimmen zu vernehmen, die diese Zusammenarbeit für verbesserungsfähig

halten. Eberhard Reh, Krankenpfleger in der Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie des Kindes- und Jugendalters in Herborn und dort stellvertretender Stationsleiter, erläuterte gemeinsam mit Andrea Volk vom Sozialen Dienst der Stadt Wetzlar den Zwang zur engeren Zusammenarbeit am Beispiel der sinkenden Verweildauer in den stationären Bereichen der Klinik: Im Jahresdurchschnitt 2003 sei ein Patient 50 Tage betreut worden, im Februar 2004 liege die Zahl bei 46. Über die letzten Jahre hinweg lasse sich ein noch deutlicher Rückgang feststellen. Die Hilfean-

gebote der Jugendhilfe müssten daher direkt nach einem stationären Klinikaufenthalt im Sinne einer Anschlussbehandlung greifen, forderte Reh. Familienbeistand, Tages- oder Wochengruppe seien geeignete Instrumente einer solchen Anschlussbehandlung, wenn sie denn zum richtigen Zeitpunkt einsetzten. Ausgiebig Gelegenheit zum Erfahrungsaustausch hatten die Teilnehmer dann in Workshops, die einzelne Aspekte aus den Vorträgen vertieften. Mit vielen Anregungen für die eigene berufliche Praxis konnten die Teilnehmer die Veranstaltung verlassen. (jda)



Foto und Titelfoto: Andreas Glomb

Für die aktiven und in vielen Fällen äußerst fleißigen Malerinnen und Maler der Heilpädagogischen Einrichtung im ZSP Philippshospital ist eine Ausstellung zwar noch immer ein besonderes Ereignis, längst aber kein Ausnahmezustand mehr: Einige Besucher der Tagesförderstätte haben dabei schon eine richtiggehende Ausstellungsroutine erworben. Bereits zum zweiten Mal waren sie bei der BehindArt in Darmstadt dabei und präsentierten dort bis Ende Mai stolz ihre Bilder.

Andreas Glomb, Leiter der Tagesförderstätte der HPE, erzählt, dass der besondere Reiz für viele der Künstler darin bestünde, dass sie sich male- risch einem gestellten Thema näherten. In diesem Jahr lautete das Thema: „In Gedanken verreist“. Also machten sich Künstlerinnen und Künstler des Ateliers „Querstrich“ auf den Weg: Sie reisten ans Meer, in eine Schnee- und Frühlingslandschaft, besuchten eine Stadt oder erlebten einen Ausflug oder den letzten Urlaub ein zweites Mal – eben in Gedanken. Und ließen sich durch eine besondere Atmosphäre inspirieren: Die Künstler ließen Sand und Kiesel zwischen den Händen rieseln, sie spürten der Kälte des Schnees nach, rochen an Frühlingsblumen oder hörten das Rauschen des Meeres – so entstand eine von allen Sinnen getragene, individuelle Vorstellung von dem Ziel der Reise, mit der das Malen leicht von der Hand ging.

Das Titelbild dieser Ausgabe des LWV-Info wurde von Ortrud Landau (46) gestaltet, die seit einem Jahr die Tagesförderstätte besucht. Frau Landau wurde schon viele Jahre vor ihrer Aufnahme in die Tagesförderstätte zu Hause von ihren Eltern bei ihrer Freude am Malen unterstützt und kam daher von Beginn an gern ins Atelier. Da sie dort mehr Möglichkeiten als zu Hause vorfand, wagte sie sich rasch an neue Techniken und Motive. Auch bei der BehindArt war sie mit eigenen Bildern dabei. (jda)